

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 22. November 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interlons-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Besuchs- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 30 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummern 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Quittung.

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aachen-Land-Capen, 3. Quartal 1907 89.—, Augsburg, soz. Verein 10.—, Altona, 8. u. 10. schlesw.-holst. Wahlkr., 1. Quartal 1907/08 1367.28: Groß-Berlin a. Konto seiner acht Wahlkreise 10 000.— (darunter Arbeiter der Möbelfabrik Rimmel 60.—, Ueberrn See gefahren 6. Dobrowski 1.35, A. V. Wister 1.—, von den Arbeitern d. Firma Schwarzlopp-Reinholdsdorf aus der Unterführungs-kasse 25.—, Vierprozente v. d. Koll d. Firma Argus 21.—, Wiltz, Warten 10.—, Ueberbruch d. Kranzsp. v. 724. Bezirk 6.—, Kranzüberbruch vom 590. u. 596a Bezirk 9.75, Vorstandsmittglieder der Offenbacher Klasse 4.95, B. G. V. 14 3.—, P. Uffin 10.—, D. Schulz 3.—, Maich 2.—, Fischer v. D. u. A. Schulz, Vogthagenstr. 18.80, Radowski 2.—, Alt 21.—, Dienstmann Rimen, Hochzeit Gartenlaube 1.70, Amerikanische Kuffion, 2. Abt. der Verl. Radfahrervereine 2.50, Unions-Druckerei 6.40, Zellerfammlung in der Neuen Welt 172.34, von den Angestellten der Ortst. der Kaufleute pp. 300.—, Ueberbruch d. Sechserklasse der Firma Spengler, Lindenstraße 10.—, Knabe 6.—, Zellerfammlung bei Keller 165.12, Gewerkschaftsschule (2. Kursum) Ueberbruch der Kranzspende für Potteier durch Heßfeld 14.25, Berlin, diverse Beiträge: „Junggefallen“ 10.—, B. Nr. Pappel-Allee 15/17 3.—, Armer Schüler 1.—, Rüdorf, zur 1. Geburtstagsf. d. G. Volting gef. 6. A. Ulrich 4.—, P. G. Rüdolph 10.—, von d. Koll. d. Fa. Guggenbichler Nachf., Wöble 5.70, von d. Koll. d. Tischlerei v. Paulen, Frankfurtstr. 16 27.—, Vierprozente v. d. Arb. d. Fa. Hofmann, Brandenburgstraße 8.50, Nachtes 5.—, Rüdorf, v. d. Arb. v. Bardenmann u. Co. 25.—, für die Jugendorganisation „Trotz allem“ 3.—, Gef. 6. d. roten Hochzeit am 4. 10. d. Lauska 1.65, Kolbergstr. 14 10.60, Rüdorf, gef. 3. Verlobung d. G. Pirch d. A. Ulrich 3.10, Dr. Siegfrieda 5.—, Werkzeugmacherei Abt. Ritz, Kabelle, Überspree 10.—, Bond, Gärtnerei d. Fa. Gebr. Lüdke 3.50, von d. Arbeitern der Fa. Georg Braunert, Stralau, Gießerei-Abt. 28.90, Uffin u. Co., Holzerei-Abt. 25.65, Eingel. d. Tischlerei G. Wegener, Wilmersdorf 15.—, Kontobuch-arbeiter vom Wedding 5.—, Dr. A. 100.—, R. G. 10.—, Gesellenausflug der Firma Fiegler 3.70, „Bombe“ 0.50, Friedenau 1 5.—, Werkstatt Wieseneich, Nominantenstr. 11 5.—, P. G. 50, A. B. 50.—, Gutenberg 37.40, Fern 50.—, Braunschweig, 1. Wahlkreis, 3. Quart. 07 511.52, Braunschweig, 2. Wahlkr., 3. Quart. 07 82.48, Braunschweig, 3. Wahlkr., 2. u. 3. Quartal 07 103.24, Bremen, soz. Verein 3000.—, Bremerhaven, Zeitkalt, d. 19. hannov. Wahlkr. u. Bremerhaven 434.70, Breslau, soz. Verein, 3. Quartal 1907 902.—, Cassel-Nelungen, Beitrag für das 2. und 3. Quartal 1907 432.60, Chemnitz, 16. sächs. Reichstagswahlkreis 10 000.—, Chemnitz, zur Landarbeiterorganisation d.—, Ceefeld, Beitrag v. soz. Volkverein, 3. Quartal 1907 156.95, Dresden-Land, 6. sächs. Wahlkreis 1000.—, Düsseldorf, soz. Verein 318.90, Dortmund, soz. Verein für den Wahlkreis Dortmund-Görde 689.—, Dresden, „aus Unverland und Vohheit“ 1.50, Danzig, Bezirk Westpreußen 146.40 (darunter: Danzig-Land 3.20, Danzig-Stadt 87.76, Graudenz-Strasburg 34.36, Thorn-Stulm-Briesen 5.52, Königs-Tuchel 5.32, Deutsch-Arone 8.24), Duisburg-Mühlheim, Beitrag 3. Quartal 1907 423.24, Erstein-Wolsheim, 1. u. 2. Quartal 35.84, Eustirchen-Pergheim, Beitrag des Wahlkreises 16.36, Essen a. M., soz. Verein für den Wahlkreis Essen, 3. Quartal 1907 432.12, Elberfeld-Narmen, Beitrag des Wahlkreises 3. Quartal 1907 700.—, Falkenberg D.-Schl. 3.—, Frankfurt a. M., Beitrag des Wahlkreises f. d. 3. Quartal 1907 950.—, Goch, Beitrag v. Wahlkreis Riebeck-Geldern 6.68, Heideberg-Überbach-Rosbach, 3. Quartal 07 82.—, Hagen-Schwelm, 3. Quartal 07 358.96, Hamburg, eingegangen bei der Expedition des Hamburger „Echo“ 553.25, Juchoe, 6. schlesw.-holst. Wahlkreis 269.12, Köln a. M., Reg. B. 30.—, Karlsruhe für Vbl. 90.—, Rattowitz D.-Schl. P. G. Beitrag 55.50, Leipzig, 13. sächs. Reichstagswahlkreis 4000.—, Leipzig, 12. sächs. Reichstagswahlkreis 600.—, Lindenwalde, Rufus 5.—, Meerane, 17. sächs. Reichstagswahlkreis 100.—, Mühlhausen im Elsf., sozialdemokratischer Verein des Wahlkreises, 3. Quartal 07 51.04, Roers-Rees, aus dem Wahlkreis 84.92, München, soz. Verein, 3. Quartal 07 722.04, Mannheim, soz. Verein f. d. 11. bad. Wahlkreis, 3. Quartal 07 700.—, Mühlheim a. M., Wipperfurth-Gummersbach vom Volkverein für das 3. Quartal 07 294.—, R. - Gladbach, 15 Prozent Beiträge 39.54, Nordhausen - Grafenschaft Hohenstein, soz. Verein für den Wahlkreis, 3. Quartal 07 40.28, Reustadt D.-Schl., Beitrag für das 3. Quartal 07 10.24, Oldenburg (Großh.), soz. Wahlverein für den 1. oldbg. Wahlkreis 142.50, Oberstein, Wahlverein für das Fürstentum Wirsfeld, drittes Quartal 07 28.73, Oberlangensielauer Agitationsbezirk, Beiträge für das 3. Quartal 435.80 (darunter: Reichenbach-Neurode-Langensielau 135.—, Weisau, 2. und 3. Quartal 19.85, Peterswaldau 31.90, Weigelsdorf 2. und 3. Quartal 17.—, Waldenau 156.—, Landes-hut-Jauer-Vollstein 82.—, Strickberg-Schnäuu 23.05), Posen, Beitrag für das dritte Quartal 1907 6.26, Reddinghausen, Beitrag des Kreisvereins erstes Quartal 1907 130.50, Stuttgart, 1. württemb. Wahlkreis 2. Quartal 07 508.36, Stuttgart, Wahlkreis Quedlinburg-Achersteden-Cölbe, Juli bis September 07 145.80, Sottingen, Wahlkreisbeitrag 3. Quartal 07 400.—, Stuttgart, G. U. 10.—, Schleswig, 3. schlesw.-holsteinischer Wahlkreis 90.12, „Vorwärts“, Ueberbruch des 3. Quartals 1907 35 032.—, „Wahrer Jakob“, „Neue Zeit“, „Gleichheit“ 15 000, R. P. 3. 5000.—, Zeydenitz, gef. am Geburtstage der Frau L. überlandt d. D. 10.30, Jittau, soz. Verein f. d. 1. sächs. Wahlkr. 3. Quartal 07 149.50, Berlin, den 16. November 1907.

Für den Parteivorstand: i. V.: Fr. Ebert, Lindenstr. 69.

Reichstagsanfang.

Nach einer Pause von sechs Monaten und einer Woche tritt heute der Reichstag zusammen. Stärker als sonst sind diesmal die Gefühle der Erbitterung, die das deutsche Proletariat dem bürgerlichen Parlament entgegenbringt. Es gedenkt der Stunde, an der dieses Parlament geboren wurde und des Auges und Truges, die notwendig waren, um diese Majorität erstehen zu lassen. Die Macht, die diese

Majorität ausübt, verdankt sie ja nur der sorgfältigen Verlegung jener Verfassungsbestimmung, die die Anpassung der Wahlkreise an die Bevölkerungsziffer anordnet. Denn nur durch die Verlegung dieser Bestimmung ist es möglich geworden, daß jene Parteien, die im Volke nur eine Minorität sind, im Reichstage die Macht der Majorität ausüben. Es ist die verfassungswidrige Zusammenfügung des Parlaments, die das deutsche Proletariat zwingen wird, durch unablässige Agitation und fortgesetzte energische Aufrüttelung der Volksmassen den Versuch zu unternehmen, wenigstens die schlimmsten Pläne dieser Willkürmajorität zu vereiteln.

Im Zeichen der Krise tritt der deutsche Reichstag zusammen. Aber von diesem Parlament der Junker und der Großbourgeoisie haben die Opfer der Krise, die Arbeiter, keine Milderung, sondern nur eine weitere Erschwerung ihrer Lebensverhältnisse zu erwarten. Dem Reichstag wird ein Etat vorgelegt, der weit über hundert Millionen neuer Steuern erfordert. Die Reichsschuld übersteigt bereits die vierte Milliarde! Das Defizit und damit die neuen Steuern könnten leicht vermieden werden, wenn nicht die Anforderungen von Meer und Marine wieder um hundert Millionen Mark ohne jede Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage gesteigert worden wären. Und die Willkürmajorität wird diesen Etat, der in jedem anderen Parlamente den schärfsten Widerstand und die vernünftigsten Kritik finden würde, mit Begeisterung annehmen. Ist sie doch nur zustande gekommen durch den Schwindel der nationalen Begeisterung und muß sie jetzt doch alles daran setzen, damit der Rausch nicht verfliehe. Zwar wissen die Herren von der Majorität noch nicht, wo sie die neuen Steuerquellen ausfindig machen sollen. Aber sie werden sie finden und in dieser Furcht binden sie sich selbst, indem sie die neuen Ausgaben bewilligen, bevor sie noch die Deckung kennen.

In diesem Bewilligungseifer wird auch die Zentrumsopposition hinter dem Willkürblock nicht zurückbleiben. Seit der letzten Reichstagsauflösung haben ja alle bürgerlichen Parteien bedingungslos vor den Geboten Molochs kapituliert und die bürgerliche Opposition ist in diesem Parlamente fast vollständig verschwunden. Das Zentrum hat geradezu eine neue „Oppositionsmethode“ entbedt, die Reichstags- und Freistimm dadurch aus der Regierungsmajorität hinaus zu manövrieren, daß es dessen Bewilligungseifer noch überbietet. Nur die Sozialdemokratie allein sucht noch das Volk gegen die Umklammerung des Molochs zu schützen. Aber sie ist die Minorität. Nur die Furcht vor ihrem weiteren Anwachsen hemmt einigermaßen die Gelüste der bürgerlichen Parteien, die Ansprüche, die der Etat stellt, ausschließlich durch neue Belastung der Besitzlosen aufzubringen. Aber wir fürchten, daß auch diese Hemmungen sich zu schwach erweisen werden. Es ist möglich, daß, um den Schein zu wahren, die eine oder die andere direkte Steuer vorgeschlagen werden wird. Da aber die bestehenden Klassen von der Ausgestaltung der Erbschaftsteuer oder der Einführung einer Reichsvermögens- oder Einkommensteuer nichts wissen wollen, wird zuletzt doch der Reichstag neue indirekte Steuern bewilligen. Das Proletariat muß deswegen mit aller Energie seine Abwehraktion auch außerhalb des Reichstages führen.

Wie auf dem Gebiete der Besteuerung hat das Proletariat auch auf allen anderen Gebieten von dem Parlament des Willkürblocks nur das schlimmste zu erwarten. Dies gilt vor allem von dem neuen Reichsvereinsgesetz. Es gehört mit zu den kleinen Mitteln des Absolutismus, daß die Wirkkraft der Öffentlichkeit an neuen Gesetzen möglichst ausgeschlossen wird. Bis zum letzten Moment werden die Vorlagen von der Regierung verheimlicht. Dann sucht man sie im Parlament möglichst rasch durchzupeffeln, bevor der Widerstand in der öffentlichen Meinung den parlamentarischen Parteien das Rückgrat gestärkt hat. Diese Ueberrumpelung wird offenbar auch beim Reichsvereinsgesetz versucht werden. Um so energischer muß die Arbeiterklasse solchen Versuchen entgegenzutreten. Unter liberalem Schein wird gewiß ein reaktionäres Attentat auf Arbeiterrechte versucht werden. Auf doppeltem Wege wird man gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter vorzugehen suchen. Einmal, indem unter dem Vorwande der „nationalen“ Notwendigkeit, der immer dann hervorgehoben wird, wenn eine besonders schlimme Vergewaltigung von Volksrechten zu bemängeln ist, ein Ausnahmegesetz gegen die fremdsprachigen Arbeiter geschaffen wird. Der Raub des Koalitionsrechtes des fremdsprachigen Arbeiters bedeutet aber seine Erhaltung als Lohnbrüder des deutschen Arbeiters: Damit die Lohnbewegung in Rheinland-Westfalen möglichst ausfichtslos werde, damit im Osten die Land- und Grubenarbeiter an jeder Erhöhung ihres Kulturniveaus gehindert werden, deswegen raubt das neue Vereinsgesetz den Arbeitern das Koalitionsrecht. Diese „nationalen“ Bestimmungen sind ein Attentat auf das wirklich nationale Interesse der deutschen Arbeiter auf Hebung ihrer Lebenshaltung. Direkt aber soll das Koalitionsrecht eingeschränkt werden durch Ausnahmegesetzungen gegen die jugendlichen Arbeiter. Wenn aber das Kapital die jugendliche Arbeitskraft bereits mit 14 Jahren als reif für die Ausbeutung ansieht, wenn es die Jugendlichen in den Fabriken und Werkstätten zur Ausbeutung versammelt, dann müssen diese Jugendlichen auch das Recht haben, sich zu versammeln, um die Maßlosigkeit der Ausbeutung zu bekämpfen. Die Bestimmung

gegen die Jugendlichen trifft nicht die verwöhnten Söhnchen der Bourgeoisie, die meist bis zu ihrem 18. oder 24. Jahre von den Eltern erhalten werden, vom harten Daseinskampfe nichts erfahren. Es ist ein reines Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterjugend, die bereits mit 14 Jahren in den Kampf um das tägliche Brot geschleudert wird und die in diesem Kampfe zugunsten ihrer Ausbeuter wehrlos gemacht werden soll durch das Verbot, sich zu vereinigen.

Dieser Geist der Arbeiterfeindlichkeit wird auch in den eigentlichen sozialpolitischen Vorlagen lebendig werden. Nicht umsonst ist ja die Verführung der Regierung mit dem Zentralverband der Industriellen erfolgt. Hier soll die Willkürmajorität den Raub der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Arbeiter sanktionieren, der von der Regierung geplant ist. Die neue Gewerbenovelle soll allerdings den Jehstundentag für die Frauen bringen, bringt aber für die Männer keine Verkürzung der Arbeitszeit, obwohl eine solche Verkürzung eine der wichtigsten Maßregeln wäre, um die Not der Krisis etwas zu lindern.

Haben die Arbeiter so von dem Zusammentritt des Reichstags nur Schlimmes zu erwarten, so knüpfen die Besitzenden an diesen Zusammentritt große Hoffnungen. Die Börsenspekulation hofft auf das neue Börjensegesetz, den Industriellen versprechen die Flottenbauten und die kolonialen Eisenbahnen neue Profite und die Junker hoffen bei dem geplanten Branntweinmonopol neue Ertragserlöse in ihre Taschen zu leiten. Jeder Schicht der Besitzenden soll der neue Reichstag etwas bringen.

Eine der ersten Dinge, die sich das Parlament leisten wird, wird die Reform des Majestätsbeleidigungsparagrafen sein. Schließlich ist die Ehre, das Land der meisten Majestätsbeleidigungsprozesse zu sein, den Leuten, die sich mit der Wahrung des Ansehens der Monarchie beschäftigen, doch zu stark auf die Nerven gefallen. Der Majestätsbeleidigungsparagraf ist neben dem § 175 vielleicht zu dem beliebtesten Werkzeug für Erpresser geworden. Majestätsbeleidigungen, die im Austausch begangen wurden, die vielleicht viele Jahre zurücklagen, wurden aus Rachsucht oder ähnlichen schändlichen Motiven denunziert. Dies sucht man zu befeitigen, indem nunmehr die öffentliche Verleumdung, die mit böswilliger oder vorbedachter Absicht erfolgt ist, bestraft werden soll. Natürlich werden wir Sozialdemokraten für böswillig gehalten werden, obwohl gerade die Sozialdemokraten die Sinnlosigkeit von Majestätsbeleidigungen stets betont haben. Aber die liberale Era will auf keine Bestimmung verzichten, die gegen Sozialdemokraten ausgenutzt werden kann.

Dem Reichstag liegen aus der vergangenen Sitzungsperiode 11 Gesetzesentwürfe vor, zu denen noch einige neue hinzukommen. Die bürgerliche Presse verlangt, daß der Reichstag diesen reichen Arbeitsstoff durch eine gute Einteilung feinerzeit bewältige. Man weiß, was sich hinter solcher Forderung verbirgt: Die Kritik, die heute fast nur noch auf der Reichstagstribüne einen gewissen Spielraum hat, soll möglichst eingeschränkt werden. Aber dieser Forderung wird sich die sozialdemokratische Opposition sicherlich nicht fügen. Es ist nicht die Schuld des Parlaments, wenn sich sein Arbeitsstoff so häuft. Es ist eine der Regierungsmaximen des Scheinverfassungstums, das Parlament so lange als möglich an seiner Arbeit zu verhindern. Unter allen europäischen Parlamenten dürfte das deutsche dasjenige sein, das die kürzeste Zeit beizumessen ist. Unsere Regierung will eben durch parlamentarische Mitarbeit möglichst wenig gestört sein. Es ist ein Zeichen für die Ohnmacht des deutschen Parlaments, daß es sich dieser seiner vollständigen Vagartellierung demütig fügt, obwohl es eine ganze Reihe Mittel in der Hand hätte, um sich längere Tagungen zu erzwingen. Aber die Majorität des Parlaments selbst will eben diesen Absolutismus, will das Parlament möglichst ausgeschaltet wissen. Weil die Sozialdemokratie den Parlamentarismus zu einem der Mittel im Emanzipationskampfe des Proletariats zu machen verstanden hat, wächst die Abneigung der bürgerlichen Parteien gegen das Parlament. Immer mehr suchen sie es zu einer reinen Bewilligungsmaschine für die Regierungsforderungen zu gestalten und es seiner anderen Aufgaben, der Kontrolle der Regierungstätigkeit und der Festsetzung seiner Initiative, zu berauben. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie diesem Beginnen schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und sich an der Ausübung ihrer Pflicht, Kritik zu üben, nicht im geringsten stören lassen wird. Wenn das Arbeitsprogramm des Reichstages umfangreich ist, so wird eben der Reichstag länger beisammen bleiben müssen. Für eine Unterstützung des Absolutismus ist wenigstens die sozialdemokratische Opposition nicht zu haben.

Jedoch kann sie die Entwicklung, die dahin geht, den Schwerpunkt der Entscheidung immer mehr aus dem Parlament in die Regierung zu verlegen, nicht völlig hindern. Umso mehr haben aber die Arbeiter die Aufgabe, sich nicht auf den parlamentarischen Kampf allein zu verlassen. Die Parlamentszeit ist zu kurz, der Einfluß des Parlaments zu gering. Immer mehr muß es unser Ziel sein, auch außerhalb des Parlaments durch unablässige Agitation, durch Aufrüttelung der Indifferenten unsere Macht zu stärken. Nur dann werden wir den Entscheidungen des Parlaments mit einer gewissen Ruhe entgegensehen können.

Der preußische Parteitag.

Nicht mit Redepomp und äußerem Gepränge, sondern schlicht, aber darum doppelt würdig, wurde gestern der preußische Parteitag eröffnet. Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes leiteten die Tagung durch den stimmungsvollen Vortrag proletarischer Kampfeslieder ein. Dann eröffnete Genosse Ernst im Namen der Berliner Genossen die Verhandlung mit knappen, kernigen Worten. Der Parteitag soll das für die ganze Politik momentan wichtigste Problem behandeln, wie das preußische Proletariat und darüber hinaus das deutsche Volk den Alp der preußischen Junkerreaktion abschüttelt. Mögen die ganzen Verhandlungen in dem unbegrenzten Entschluß zusammenhängen: Ich will! Nach der Wahl des Bureaus übernahm Genosse Singer als erster Vorsitzender die Leitung der Geschäfte mit einer den gleichen Geist der Kampfesfreudigkeit atmenden Ansprache. Nach einem warmen Tausch des Genossen Gerd, der dem Parteitag die Grüße des badischen Landesvorstandes übermittelte, wurde sofort in die Arbeit eingetreten.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Frage der preußischen Landesorganisation, die eine lebhafteste Debatte auslöste. Der Referent, Genosse Haase-Königsberg, stellte sich in allen wesentlichen Teilen auf den Standpunkt des Organisationsentwurfs, den Groß-Berlin in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand vorgelegt hatte. Während er sich gezeigt zeigte, aus der auf gleicher Basis sich aufbauende Organisation für Hessen-Rheinland einzelne Bestimmungen für die Organisation Preußens zu übernehmen, wendete er sich mit aller Schärfe gegen den Antrag des Genossen Arons und dem Parteivorstand nur lose verbundenen besondern Landeskomitees für Preußen vorzuschlagen. Die Schaffung einer solchen Landesvertretung als Spitze der preußischen Organisation werde nur partikularistischen Bestrebungen Vorschub leisten und zu Reibungen mit dem Parteivorstand führen, ohne irgend welche Gewähr für eine bessere und nachdrücklichere Handhabung der Geschäfte zu bieten.

Genosse Arons, dem als geistigen Vater des Gegenentwurfs doppelte Bedeutsamkeit eingeräumt wurde, vertrat mit Eifer das Grundprinzip seines Entwurfs, dessen Gefahren für ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem Parteivorstand er lebhaft betonte. Mit aller Verehrlichkeit akkompagnierte ihm Genosse Maurerbrecher, der deutlich noch als Genosse Arons die Anschauungen, aus denen der Entwurf entstanden, verriet. Maurerbrecher meinte, das Studium der besonderen politischen Verhältnisse und die Führung eines nachdrücklichen Wahlrechtskampfes überwiegen die Leistungsfähigkeit des Parteivorstandes, erheischen die Schaffung eines besonderen Landeskomitees, das sich diesen Aufgaben ausschließlich widmen könne und dessen Mitglieder gewissermaßen mit der Person für den Erfolg ihrer Wirksamkeit einzustehen hätten. Die Person des Parteivorstandes, in der sich die geistige Regsamkeit am meisten verkörpert, scheint denn auch den ablehnenden Standpunkt des Parteivorstandes nicht zu teilen. Diese Ausführungen richteten sich gegen den Genossen Vrankusch, der zunächst im Namen des Parteivorstandes um Ablehnung des Antrags des Genossen Arons gebeten hatte. Der Antrag sei ganz unbegründet. Es liege nicht der mindeste Beweis dafür vor, daß der Parteivorstand nicht auch seinen organisatorischen und agitatorischen Verpflichtungen für Preußen vollauf entsprochen habe. Schaffe man ein besonderes, selbständiges Landeskomitee, so werde das nur zu Fraktionen mit dem Parteivorstand führen, dem man dann sein wichtigstes Betätigungsfeld genommen habe. Der Parteivorstand habe aber zudem alle Ursache, partikularistischen Reigungen, die schon früher wiederholt hervorgetreten seien — z. B. in dem Bestreben, das Amt des Reichstagsabgeordneten der Kontrolle der Gesamtpartei zu entziehen — im Interesse der Partei rechtzeitig mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Die Genossen Singer und Kollenbuhr unterstützten diese Auffassung des Parteivorstandes durch die gewichtigsten Argumente aus der organisatorischen und finanziellen Praxis. Singer wies nach, daß die Arbeit des Parteivorstandes speziell in finanzieller Hinsicht für die Agitation in Preußen wahrhaftig nichts zu wünschen übrig gelassen habe. Er stellte Maurerbrecher gegenüber auch ausdrücklich fest, daß der Parteivorstand in der Frage der Organisation einen völlig einheitlichen Standpunkt vertritt. Kollenbuhr bestritt besonders die Notwendigkeit einer preußischen Sonderorganisation nach dem Vorbild der kleineren Bundesstaaten damit, daß Preußen solche Organisationen in seinen Provinzialorganisationen längst besitze. Genosse Dittmann-Frankfurt a. M. verwies auf die Notwendigkeit, die Organisation auf der bestehenden, bewährten Organisation aufzubauen, statt sich auf unsichere Experimente einzulassen. Die Genossen Kayenlein und Ströbel bekundeten die Fertigkeit der Annahme, daß man gewissermaßen ein besonderes Landesvorstandes als einer Art Rührergeräts bedürfte, um das Verständnis für die Besonderheiten der preußischen Politik in die Massen hineinzutragen, statt die Aufklärungsarbeit organisatorisch aus der politischen Betätigung selbst erwachsen zu lassen. Wels-Berlin und Stadthagen endlich wandten sich mit äußerst glücklichem Humor gegen den Uebereifer für „positive“ Arbeit, der letzten Endes auf nichts anderes hinausläufe, als die wirklich positive Arbeit zu erklären.

Genosse Haase sprach in seinem Schlusswort nochmals die Argumente der Verteidiger des Antrags Arons. Er unterstrich nachdrücklich die von den Mitgliedern des Parteivorstandes und von den anderen Gegnern des preußischen Partikularismus vorgebrachten Einwände. So unbegründet auch das hinter dem Antrag Arons schimmernde Mißtrauen gegen den Parteivorstand sei, es sei die Triebfeder der ganzen Aktion. Der Grund dieser Aktion sei das Motiv: die ganze Richtung pakt uns nicht!

Die Organisationsentwürfe wurden schließlich einer fünfzehngliedrigen Kommission überwiesen. Genosse Adler erbat darauf sein Referat über die Tätigkeit des verflochtenen Landtages. Nach Vereinbarung Wolers mit dem Genossen Arons wird dieser in seinem Referat die Frage des Wahlrechtskampfes mitbehandeln. Genosse Adler entrollte in seinem Referat, das trotz starker Konzentrierung auf die wichtigsten Vorgänge annähernd zwei Stunden in Anspruch nahm, ein endloses Sündenregister des Dreiklassenparlamentes. Jedes der zahllosen Hatten einer schanden Klassenherrschaft bewies die Notwendigkeit, mit diesem Junker- und Geldherrschaft endlich einmal gründlich aufzuräumen!

Nach Beendigung des Referates wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

Uferlose Reichs-Pumpwirtschaft.

Der Staatsentwurf für 1908 ermächtigt durch den § 2 den Reichskanzler, zur Verrückung einmaliger außerordentlicher Ausgaben auf dem Wege der Anleihe die Summe von 260 506 091 M. fällig zu machen! Die Reichsschulden haben damit die vierte Milliarde überschritten und den Betrag von 4 003 500 000 M.

erreicht! Die Verzinsung der Reichsschuld ist auf 145 784 524 M. angewachsen!

Unsere uferlose Welt- und Fottenpolitik hat uns in diese uferlose Pumpwirtschaft hineingebracht. Trotz der ungeheuren Steigerung der Reichseinnahmen, namentlich durch die die nichtbezügliche Masse des Volkes belastenden Zölle und Verbrauchsabgaben ist die Schuldenlast des Reiches geradezu ungeheuerlich gestiegen!

Im Jahre 1875 betrug die Reichsschuld erst 120 Millionen. Im Jahre 1885 war diese Schuldenlast bereits auf rund 550 Millionen angewachsen. Im Jahre 1895 betrug die Schuldenlast des Reiches rund 2200 Millionen. Im Jahre 1905 war sie auf 3325 Millionen angewachsen. In Jahresfrist wuchs sie um weitere 340 Millionen, nämlich auf 3665 Millionen an! Und gegenwärtig beträgt sie bereits mehr als 4000 Millionen!

Dementsprechend sind auch die Zinsen für die Schulden angewachsen. Während sie 1903 erst rund 100 Millionen betragen, betragen sie gegenwärtig zirka 146 Millionen Mark! Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Statutentwurf für 1908 die Kredite für die Eisenbahnbauten für Ost- und Südwestafrika noch nicht berücksichtigt sind!

Es müssen also enorme neue Steuerquellen erschlossen werden, wenn die Reichsfinanzen nicht völlig zerfallen sollen! Und wenn es auch dem Freisinn gelingen sollte, in diesem Jahre die dringende notwendige Steuererschöpfung zu vertagen, so wird er durch seinen marxistischen und weltpolitischen Bewusstseinsbesitzer doch dazu beitragen, den Heutezug auf die Taschen des Volkes im nächsten Jahre um so schlimmer zu gestalten! —

Preußische und sächsische Ausweilungs-Barbarei.

In keinem Lande wird der Ausländer schlimmer behandelt als in Preußen-Deutschland. Die Nachtstellung des Deutschen Reiches sichert die Behörden ihrer Meinung nach vor Restriktionen des Auslandes. Da es sich aber bei den Opfern der Polizeipraxis fast ausschließlich um Arbeiter handelt, so finden die bürgerlichen Parteien fast nie ein Wort des Widerspruches. In neuerer Zeit wird eine geradezu insame Hege gegen die ausländischen Arbeiter, die von den Agenten der Großgrundbesitzer und der Großkapitalisten zur Einwanderung verführt werden, getrieben, die das Größtparzerwort: „Von Humanität durch Rationalität zur Bestialität“ wieder einmal bestätigt. Das Kapital hat Kroaten, Tschechen, Polen massenhaft in deutsche Gebiete gezogen. Es hat die Leute aus rein landlichen Verhältnissen gerissen, sie in scheußliche Massenquartiere gepfercht, mit Jüdel vergiftet. Von ihren Familien getrennt, von der übrigen Bevölkerung schon durch ihre Fremdsprachigkeit abgetrennt, in gefährlicher, harter Arbeitstrennendlos dahinschleudert, entwickelt sich unter dieser Arbeiterbevölkerung, die in ihren heimischen Verhältnissen durchaus keine besonders hohe Kriminalität aufweist, leicht eine Neigung zur Gewalttätigkeit, die sich sowohl gegeneinander, als auch gegen ihre deutsche Umgebung richtet. Es ist das Kapital, das diese Leute in Verhältnisse gebracht hat, die Verbrechen züchten, und es sind Vertreter der kapitalistischen Interessen, die die Schuld von dem Kapital auf seine Opfer abwälzen. Sie hegen gegen die Arbeiter, die sie geradezu als Arbeitsvieh behandelt wissen wollen, das man vernichten müsse, wenn es nicht stumm und gefügig als Mehrwerterschöpfer hungern wolle.

Man könnte über dieses Ausleben der Brutalitätsinstinkte, wie sie sich z. B. im „Sächsischen Tag“ ausleben, mit der Verzeihung dieses Symptoms der fortschreitenden Verrohung hinweggehen, wenn nicht in der preußischen Ausweilungspraxis genau derselbe Geist lebendig wäre. Die fremden Arbeiter stehen unter beständiger polizeilicher Ueberwachung. Die Polizei sorgt dafür, daß sie immer gefügige Werkzeuge der Besitzenden sind. Sie dürfen nur so lange im Lande bleiben, so lange Verwertungsbedürfnis für ihre Arbeitskraft besteht. Ist dieses Bedürfnis nicht vorhanden, sei es, weil die Saison vorüber, sei es, weil die Konjunktur abflaut, so werden sie aus dem Lande, in dem sie ihre Arbeitskraft und oft ihre Gesundheit verbracht haben, hinausgeworfen. Der Staat sorgt dafür um so pünktlicher, als auch fiskalische Interessen, die Sorge um die Kosten der Armenversorgung hinzukommen. Die Verhältnisse aber, die Einwanderer auf ein höheres Kulturniveau zu heben, sollen gerade jetzt für immer vernichtet werden durch die Ausnahmehesimmungen im kommenden Vereinsrecht, das diesen Arbeitern das Koalitionsrecht rauben will.

Gerade jetzt hat die preußische Regierung die Ausweilungspraxis wieder verschärft. Aus Breslau wird gemeldet:

„Der Minister des Innern und der Handelsminister beschränken für die polnisch-galizischen Arbeiter in oberdeutschen Industriebezirken die diesjährige Karenzzeit, innerhalb deren sie Preußen verlassen müssen, und die am 20. Dezember beginnt, auf 15 Tage gegen 42 Tage in den früheren Jahren.“

Nicht nur, daß man diese Arbeiter, nachdem die Junker ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigen, aus dem Lande hinauswirft, läßt man ihnen nicht einmal mehr die nötige Zeit zur Vorsehung ihrer Angelegenheiten.

Der preußische Staat wird aber noch übertroffen durch die Ausweilungspraxis, die in Sachsen gehandhabt wird und sich gegen ausländische Säuglinge wendet. Als am 23. September tr. in der Sitzung der dritten Sektion des internationalen Hygiene-Kongresses über das Fürsorgewesen für Säuglinge verhandelt wurde, erwähnte der zweite Berichterstatter Herr Sanitätsrat Dr. Laube, dirigierender Arzt des Leipziger Säuglingsheims, eines in Leipzig wiederholt vorgekommenen Verfahrens der Behörden, nämlich die polizeiliche Abschiebung von Säuglingen nach Rußland — Kindern von Russinnen, die nach ihrer Entbindung in Leipzig von dort ausgewiesen worden waren, aber sich genötigt sahen, ihre neugeborenen Kinder in Entbindungshäuser zuzulassen. Da solche, meist wenige Wochen alte Kinder kaum imstande sind, eine solche Reise lebend zu überleben, hatte Herr Dr. Laube wiederholt bei den sächsischen Behörden darauf gedrungen, diese Ausweilungen von Säuglingen, deren Transport in einer für ihren Schutz ganz ungenügenden Weise erfolgt, zu unterlassen. Er teilte einen Fall mit, bei dem es ihm erst vor kurzem gelungen war, eine Dinauschiebung der Ausweisung zu erreichen, bis das Kind ein Jahr alt wird. Er hatte aber Bedenken, ob es ihm gelingen werde, eine weitere Dinauschiebung der Ausweisung zu erreichen. Diese Mitteilung erregte unter den Anwesenden — zum großen Teil Ausländer — allgemeines Erstaunen. Prof. Dr. Axel Johannessen aus Kristiania gab seiner Enttäuschung in der auf den Vortrag folgenden Diskussion lebhaften Ausdruck. Auch erklärte er, er hätte es nie für möglich gehalten, daß so etwas in Deutschland vorkommen könne.

Man kann sich denken, welche Wirkung die Ausweilungspraxis auf das Urteil des Auslandes über Deutschland haben muß. Es ist eine dringende Aufgabe unserer Vertretung im Reichstage, mit aller Energie gegen die Deutschland immer mehr diskreditierende Art vorzugehen, in der Ausländer hier behandelt werden.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 21. November 1907.

Staatsverschleierung.

Um die durch neue Steuern zu deckende Reichs-Unterbilanz möglichst gering erscheinen zu lassen, hat die Regierung im neuen Etat für 1908 die Einnahme aus den Zöllen auf beinahe 667 Millionen Mark veranschlagt, um 67 Millionen Mark höher als im laufenden Etatsjahre. Daß diese Steigerung der Zolleinnahmen im nächsten Jahre um mehr als 11 Proz. tatsächlich eintreten wird, erscheint in Anbetracht der Abflauung der Wirtschaftskontunktur höchst fraglich. Auch der „Voss. Jtg.“ steigert Bedenken über diesen Staatsanlay auf. Zweifelhaft bemerkt sie:

„Für das Etatsjahr 1908 hatte der Anschlag ursprünglich eine Einnahme aus den Zöllen von rund 560,44 Millionen Mark angenommen. Der Reichstag aber hatte die Anlaysumme um 20 Millionen Mark erhöht. Daß im laufenden Jahre diese im Etat ausgemerkte Summe erreicht werden wird, ist zweifellos, denn die Einnahme hat im ersten Halbjahre dieses Jahres bereits 336,14 Millionen Mark betragen. Nicht so zweifellos aber ist es, ob im nächsten Jahre diese Erhöhung andauern wird, denn sie beruht zum größten Teil auf der starken Getreideernte, die wieder mit der wenig günstigen Ernte des Jahres 1907 zusammenhängt. Bringt das Jahr 1908 eine bessere Wirtschaftskontunktur, so wird die Einfuhr von Weizen und Roggen sinken, und damit auch die Zolleinnahme.“

Allerdings werden, wie hinzugefügt werden muß, die Reichsfinanzen durch einen Anfall des Ertrages der Getreidezölle nur unwesentlich beeinflusst, denn der Teil der Einnahme aus diesen Zöllen, der den Durchschnitt des während der Jahre 1898—1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Zolletrages übersteigt, muß nach § 15 des Zollgesetzes dem Fonds zur Errichtung einer Witwen- und Waisenversicherung überwiesen werden. Bleibt also der Ertrag unter dem obigen Voranschlag zurück, dann trägt zunächst dieser Fonds den Anfall. Erst wenn die Einnahme unter den Durchschnitt des Jahres 1898/1903 sinkt, trifft er die Reichskasse. —

Genf-Bücker-Klein-Tschirne ist, wie Wolffs Telegraphen-Bureau meldet, heute vormittag hier in Berlin verhaftet worden und wird nach der Irrenanstalt Dalldorf gebracht werden, weil die begründete Annahme besteht, daß er gemeingefährlich geisteskrank ist.

Die „begründete Annahme“ ist in den sogenannten maßgebenden politischen Kreisen ziemlich spät erklart worden. —

Die Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft.

dem Lübecker Stadtparlament, haben am 15. und 16. November stattgefunden und in der zweiten Wählerklasse mit einem Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten geendet. Es wurden vier Genossen auf sechs Jahre in das Vierklassenparlament gewählt. Dadurch erhöht sich die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten von vier auf acht. In der ersten Klasse, die alle Bürger enthält, welche drei Jahre lang mehr als 2100 M. Einkommen versteuert haben, siegen die vereinigten bürgerlichen Parteien. Auch in der dritten und vierten Klasse, welche die ländlichen Bürger umfassen, hatte der Witschmalch Erfolg, während die Sozialdemokratie immerhin einen erfreulichen Stimmengewinn in der vierten Klasse zu verzeichnen hatte. In der zweiten Klasse war das Wahlergebnis unserer Stimmengruppe erheblich. Es erhielten die Genossen Stellung 714, Ostinger 1017, Böger 728 und Müller 548 Stimmen; die bürgerlichen Gegenkandidaten 355, 322, 310 und 305 Stimmen. Die Wahlen der zweiten Klasse wurden in vier Wahlbezirken vorgenommen, die je einen Vertreter zu wählen hatten. Von den bürgerlichen Parteien wurde ein offener, ehrlicher Wahlkampf vermieden und dafür in geheimer Kontinuität gegen und gewöhnt. Die Blätter des Bürgerturns, besonders das vom herabwürdigen Reichsverband gespeiste amtliche Organ der Behörden, taten sich in der Verleumdung und Beschimpfung sozialdemokratischer Führer hervor. Hauptächlich laute man die bekannnten, längst widerlegten Lügen gegen Stadthagen wider, der in einer großen Versammlung selbst mit seinen Verleumdern gründlich abrednete; in dieser Versammlung schwiegen sich die Ordnungsbewahner in feiger Weise gründlich aus.

Der Anfall der Bürgerschaftswahl hat gezeigt, daß das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Führern durch gegen letztere gerichtete schmutzige Antwürfe nicht erschüttert wird, sondern daß im Gegenteil die Erbitterung der Parteigenossen gegen das reaktionäre Bürgerturn stark gewachsen ist. —

Dernburgs ostafrikanische Pläne.

Der Dernburg ist mit großen Eisenbahnplänen von seinem Herbstausflug nach den ostafrikanischen Kolonialländern zurückgekehrt; doch wird er auf die Verwirklichung seiner phantastischen Projekte noch etwas warten müssen, denn die Reichshauptkasse weist neben den noch zu deckenden Rückständen ein beträchtliches Defizit auf — und außerdem erfordern die geplante Flottenvermehrung und Heeresverfärbung neue bedeutende Mittel. Der Reichshauptkassendirektor hat sich deshalb energisch gegen die Dernburgschen Pläne ausgesprochen. Die blühige aus konservativen Kreisen bediente „Korresp. Woch.“ weiß darüber zu berichten:

„Staatssekretär Dernburg hat in den letzten Tagen Konferenzen über Konferenzen abgehalten, die sich fast ausschließlich um die von ihm gehegten Vahnprojekte in Ostafrika drehten; hauptsächlich zwischen Kolonialamt und Reichshauptamt wurden umfangreiche „Palaver“ abgehalten. Das Reichshauptamt hat sich gegenüber den Plänen Dernburgs aber sehr skeptisch verhalten und erklärt, daß an die Ausführung dieser Pläne für die nächsten Monate nicht zu denken ist. Da bei dem jetzigen Stande des Geldmarktes die Aufnahme von Anleihen für Kolonialbahnen großen Stills, wie es die projektierte ostafrikanische Zentralbahn ist, Schwierigkeiten begegnen müsse. Für das neue Rechnungsjahr dürfte man sich wohl auf die Fortführung der Bahn Arabub-Feibschuhorn nach Aretmanchoop und den Ausbau der Niambarabahn nach Moschi beschränken und die größeren Projekte auf eine günstigere Zeit aufsparen.“ —

Hochverratsprozess gegen Dr. Friedeberg.

Das gegen Dr. Friedeberg wegen Hochverrats eingeleitete Verfahren hat nach Schluß der Voruntersuchung jetzt damit geendet, daß das Reichsgericht die Erhebung der Anklage abgelehnt, das Verfahren eingestellt und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt hat. Dr. Friedeberg sollte sich durch eine Vorrede, die er zu der in der Schweiz erschienenen Schrift Hervés „Das Vaterland der Reich“ verfaßt hat, der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig gemacht haben. Schon damals, als wir die Eröffnung der Voruntersuchung mitteilten, wiesen wir darauf hin, daß selbst das Reichsgericht die Anklage schwerlich beschließen könnte. Denn abgesehen davon, daß das Hervésche Buch in Frankreich und anderen Ländern völlig unbeanstandet geblieben ist, enthält die Vorrede nirgends eine Identifizierung mit der aus der Hervéschen Broschüre herausgesehenen Anforderung zu einer gewalttätigen Veränderung der Verfassung. Das Reichsgericht selbst anerkennt in dem Einstellungsbeschlusse, daß die Friedebergische Vorrede lediglich mit den Hervéschen Ideen des „Patriotismus“, des „Vaterlandes“ und der „Vaterlandsliebe“ sich besuchte. Zugleich mit der Einstellung des Verfahrens ist ein gegen Dr. Friedeberg erlassener Haftbefehl vom Reichsgericht aufgehoben worden. —

Ein Pfarrer gegen den Rostkoller.

Der liberale Pfarrer Dr. Pfannkuche in Osnabrück hat kürzlich eine triviale Wahrheit ausgesprochen, indem er öffentlich erklärte, daß auch ein gläubiger Christ sehr wohl Sozialdemokrat sein könne. Wie gesagt, das ist trivial, aber nach der Büllovitischen Auffassung des Rationalismus wandeln sich noch trivialeer Wahrheiten zu Hochverrat und Revolution, und verdient es vermerkt zu werden, wenn ein Mann wie Pfannkuche sich zu solchen Wahrheiten bekennt, zumal wenn er dabei noch einem mächtigen Kapitalisten kräftig auf die „gelben“ Hüneraugen tritt. Gelegenheit dazu bot dem streitbaren Pfarrer dieser Tage eine Versammlung des evangelischen Arbeitervereins in Osnabrück, in der er über die Stellung des Vereins zu den Gewerkschaften referierte. Da freie Diskussion zugelassen war, hatten sich Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen, und besonders stark auch unsere Genossen eingefunden. Herr Pfarrer Dr. Pfannkuche betonte zunächst, daß er es abgelehnt habe, den Vorsitz zu übernehmen, denn ein Arbeiterverein müsse auch von einem Arbeiter geleitet sein; zweitens daß er seine Mitwirkung davon abhängig mache, daß der Verein politisch neutral bleibe. Wenn anderswo freigezwunglich organisiert oder sozialdemokratischen Arbeitern die Mitgliedschaft in protestantischen Arbeitervereinen verweigert würde, so müsse man sich in Osnabrück auf einen weitherzigeren Standpunkt stellen und dadurch erklären, daß auch christlich-gläubige Arbeiter Sozialdemokraten sein könnten. Er kenne viele gut evangelische Arbeiter, die Mitglieder freier Gewerkschaften und des sozialdemokratischen Wahlvereins seien, und dagegen sei auch gar nichts einzuwenden, denn auch das müsse einmal öffentlich festgesetzt werden; daß das Programm der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste enthalte, was einen guten Christen davon abhalten könne, der Partei beizutreten. — Dieses objektive Urteil über die Sozialdemokratie im Munde eines Geistlichen genügt der nationalliberalen „Osnabrücker Ztg.“, in einem giftgeschwollenen Artikel Herrn Dr. Pfannkuche zu beschuldigen, er besorge „die Geschäfte der Sozialdemokratie“.

Aber der evangelische Pfarrer hat noch unverzeihlicheres verbrochen. Wir berichten seinerzeit, daß die Firma Hammerstein u. Comp., Aktiengesellschaft in Osnabrück, einen gelben Arbeiterverein Klagsburger Musters für ihren Betrieb gegründet habe. Dr. Pfannkuche teilte nun in der besagten Versammlung mit, daß sich Hammerstein u. Comp. mit der brieflichen Anfrage an ihn gewandt hätten, ob es wahr sei, daß er in einer Mitgliederversammlung oder Vorstandssitzung des evangelischen Arbeitervereins den Ausspruch getan habe, die Arbeiter, die dem gelben Verein beigetreten, hätten sich verkauft. Die Firma habe ihn, den Pastor, ersucht, anzugeben, wie er diesen Ausspruch „rechtfertigen“ (1) wolle. Der pastorale Befehd ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der Pfarrer antwortete der Firma, er könne sich dieser Worte nicht entsinnen, bestritten wolle er sie nicht. Wenn sie gefallen seien, könne er davon nichts zurücknehmen, denn es sei tatsächlich ein Handelsgeschäft. Gegen einige „Moralitäts-Einrichtungen“, wie Kartoffel-Lieferungen usw., gäben die Leute ihr Koalitionsrecht preis. Er, Pfannkuche, habe die Firma schließlich zu persönlicher Auseinandersetzung, die auch in der Versammlung erfolgen könne, eingeladen. Die Firma habe aber statt dessen eine Beschwerde gegen ihn an das Konsistorium in Hannover gerichtet.

Ob das Konsistorium den „nationalen“ Jesuiten den Gefallen tun wird, den Keger zu verdrängen? Eine gelbe Kirchenregierung fehlte und ja eigentlich noch! —

Arbeitergroßen.

Einige Blätter machen sich wieder einmal das Vergnügen, der Welt vorzurechnen, wie viel die sozialdemokratischen Arbeiter für Partei, Gewerkschaft und Zeitungen ausgeben und wie wenig sie davon haben. Die zentrumsagrarische „Rheinische Volksstimme“ drückt den Artikel ab, aber nicht um die Arbeiter zu beschwenden zu stempeln, sondern „um den Bauern zu zeigen, wie sehr sie sich von den Arbeitern an Opferwilligkeit und Verständnis für die Bedeutung der Organisation ihres Berufsstandes, sowie der für sie eintretenden Presse beschämen lassen.“ Das Blatt schreibt:

„Die Arbeiter sind bedeutend einsichtsvoller als die Bauern. Wo es den Beitritt zu einer Berufsorganisation und die materielle Stärkung derselben, wo es die Unterstützung ihrer Presse gibt, da wird mit dem Gelde nicht gespart. Die Arbeiter sind eben bereits zu der Reife und Einsicht gelangt, daß sie durch diese anscheinend nicht direkt einen in Marx und Pfennige umzurechnenden Gewinn abwerfende Kapitalanlage von wenigen Groschen ihre eigenen Interessen am allerwirksamsten fördern...“ Wer freilich nur dann sich entschließen kann, seinen Groschen für etwas anzulegen, wenn man ihm sofort zwei dafür in die Hand legt, der paßt nicht in die Welt hinein und braucht sich nicht zu wundern, wenn die Mäder über ihn hinweggehen. Die Zeiten sind eben heute andere geworden wie vormals, als der Großvater die Großmutter nahm. Wer nicht mitgeht mit der Zeit und ihre Zeichen nicht begreifen lernen will, kommt unter den Schlitten.“

Leider gibt es auch unter den Arbeitern noch weite Kreise, die in dieser Beziehung es den Bauern an Gleichgültigkeit und Minderwertigkeit gleichen.

Konservative Rechenkünster.

Im konservativen Kreisverein in Weylar hat jüngst ein Generalmajor von Moeden aus Wiesbaden einen Vortrag über die Interessengemeinschaft von Industrie und Landwirtschaft gehalten. Wie der „Weylarer Anzeiger“ berichtet, bezeichnete der Redner die Lage des Arbeiters in der dortigen Gegend als gut; er habe morgens Wurst zum Brot, mittags Sauerkraut und Schweinebraten und abends wieder ein Stück Speck.

Diese Ausführungen kommen selbst dem Stöckerischen „Volk“ in Siegen, das den Konterbattien recht wohl gemut ist, ein wenig auffallend vor. Das Blatt hält dem Herrn Generalmajor den amtlichen Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden vor und stellt fest, daß der Schichtlohn der Bergarbeiter im Ruhrgebiet je nach der Gegend 2,88, 2,84, 2,98 und 3,26 M. beträgt. Dabei sind die Bergleute noch die am besten bezahlten Arbeiter woraus man einen Schluß ziehen darf auf die Lage der übrigen Arbeiterschaft der dortigen Gegend.

Das Stöckerblatt bemerkt dazu: „Die Arbeiter im Ruhrgebiet müssen also ganz hervorragende Rechenkünster sein, wenn sie sich bei den angegebenen Löhnen morgens Wurst, mittags Schweinebraten und abends Speck leisten können. Vielleicht macht der Herr Generalmajor noch ausfindig, daß sie auch täglich ein Fläschchen Viehfrauenmilch oder Feigenbeimer trinken.“

Wenn es aber Herrn Generalmajor v. Moeden einfallen sollte, bei der nächsten Reichstagswahl zu kandidieren, und er käme mit einem Sozialdemokraten in die Stichwahl, so würden sich die Stöckerleute mit aller Macht ins Zeug legen für den Mann, der die Arbeiter bei 2,88 M. Tageslohn ein Leben wie im Paradiese führen läßt. —

Militärjustiz!

Wegen Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung usw. hatte sich jetzt der Arbeitssoldat Schlimper vor der Militär-Arbeiterabteilung in Dresden zu verantworten. Eine „furchtbare“ Straftat hatte der Angeklagte begangen. Als eines Mittags die Abteilung, der Schlimper angehörte, in die Kaserne einrückte, wollte der begleitende Sergeant auf einmal beobachtet haben, daß der Angeklagte gar nicht oder nicht genügend den Arbeitssoldaten schob! Sofort fielen einige Befehle, die der Angeklagte aber infolge des Geräusches des Wagens nicht gehört hat. Nach einiger Zeit kam dem Angeklagten auf einmal ein Befehl zu Ohren. Er ging zum Sergeanten, von welchem er zur Rede gestellt wurde. Es wurde ihm mit Meldung gedroht und konnte dann wieder wegstreten. Darauf kam nun auch eine Anklage. Das Kriegsgericht in Dresden verurteilte dem auch den Angeklagten wegen „dieses Verbrechens“ zu vier Monaten Gefängnis!! Die gegen das Urteil vom Angeklagten eingelegte Verurteilung wurde vom Oberkriegsgericht verworfen, weil sich der Angeklagte vorsätzlich gegen die militärische Disziplin „aufgelehnt“ habe. —

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

New York, den 7. November. (Fig. Per.)

Die vorgestrigen Wahlen beanspruchten mehr denn gewöhnliches Interesse. Dürfen sie doch als Gradmesser gelten für die Ausschichten der Parteien bei der nächstjährigen Präsidentschaftswahl. Und wenn heuer auch nicht in allen Staaten Wähler an die Urnen schritten, so läßt das Resultat des 5. November doch immerhin einen Schluß zu auf die allgemeine Stimmung der Wählerkreise.

Hiemlich schlecht haben die Republikaner abgeschnitten. Im Staate New Jersey ist ihre Majorität von 50 000 auf 8000 gesunken, und im Staate New York ist ihre Vertretung in der Staatslegislatur eine schwächere als bisher. Bemerkenswert ist ferner ihr trotz aller Anstrengungen verfehlter Versuch, den Demokraten Positionen in den Staaten Maryland und Rhode Island oder in der Stadt Cleveland zu entreißen. Nur in Kentucky hatten sie Glück, indem sie den Staat eroberten. Zurückzuführen sind diese Mißerfolge der Partei auf die rasch übers ganze Land sich ausbreitende Krise und teilweise auch auf die Stupidität der Republikaner. Seit dem Einsetzen der Hochkonjunkturperiode ging die republikanische Partei mit der Behauptung kreben, daß sie die „guten Zeiten“, die „Kampfpottschüssel“ (1) gefüllt habe. Noch bei der letzten Präsidentschaftswahl wurde diese Phrase, die in der Bezeichnung „full dinner pail“ (gefüllter Fresskorb) zusammengefaßt ward, bis zum Ueberdruß breitgetreten, und die Wahl der Demokrate für gleichbedeutend mit dem Beginn schlechter Zeiten bezeichnet. Damals versing die Phrase, aber jetzt, da die Arbeiterentlassungen in allen Teilen des Landes einen unheimlichen Umfang annehmen, drehen die Demokraten ihren Gegnern einen Strich daraus. Das Resultat zeigte sich in dem Stimmenrückgang der Republikaner. Verfehlter sich die Verhältnisse weiter, dann dürfte im nächsten Jahre ein furchtbares Gewitter über die republikanische Partei hereinbrechen, und ihre Stimmgebenden Arbeitkreise werden zu Zehntausenden fahnenflüchtig werden.

Besondere Beachtung verdient auch der Zusammenbruch der sogenannten Hearst-Bewegung im Staate New York und hauptsächlich in der Stadt New York. Während der Demagogie Hearst, der durch seine sozialistisch schillernden Redensarten die Arbeiter einzufangen gesucht hatte, noch vor zwei Jahren bei der Wahl um den Bürgermeisterposten von Groß-New York in den Gegenden Manhattan und Bronx dem ursprünglichen New-Yorker 123 292 Stimmen auf sich vereinigt hatte — gegenüber 140 264 demokratischen und 64 289 republikanischen — wagte er dieses Jahr gar nicht, selbständig in den Wahlkampf einzutreten, vielmehr schloß er mit der republikanischen Partei (der großkapitalistischen Partei sans phrase) ein Wahlbündnis. Seine Kandidaten brachten es aber trotzdem nur auf 120 000 gegen 145 000 demokratische Stimmen. Noch augenfälliger ist seine Niederlage in dem Borough Kings, das ebenfalls zum Gebiete von Groß-New York gehört und wo seine Partei eigene Kandidaten aufstellte. Hier ist die Hearstpartei von 84 835 Stimmen im Jahre 1905 (gegenüber 68 778 demokratischen und 61 192 republikanischen) gar auf etwa 30 000 gefallen, während sich die Stimmenzahlen der Demokraten und Republikaner um die Ziffer 80 000 bewegen. (Amtliche Zahlen liegen noch nicht vor.)

Gleich erfreulich wie die Abkehr der Arbeiter von der Demagogie eines Hearst ist, soweit Ziffern vorliegen, die Zunahme der sozialistischen Stimmen. In der Stadt New York hat beispielsweise die sozialistische Partei trotz einer bedeutend geringeren Wahlbeteiligung ihre Stimmenzahl von etwas über 8000 auf etwas über 13 000 erhöht. Sicherlich sind diese Zahlen für eine Millionenstadt wie New York recht niedrige, aber die Ernüchterung der Arbeiter, die zwar dieses Jahr noch keinen sozialdemokratischen Stimmzettel abgaben, indessen zu Tausenden aus Ekel über das Treiben eines Hearst oder der Demokraten und Republikaner der Wahlurne fernblieben, läßt erhoffen, daß die nächstjährige Präsidentschaftswahl die Sozialdemokratie einen bedeutenden Schritt vorwärts bringen wird.

Ungarn.

Arbeiterheimstufungen nach neuer Methode.

Die feudalkonservative Regierung, die noch vor kurzem der Meinung war, als ließe sich die Arbeiterbewegung durch Generalstreiksauflösungen, durch Konfiszierungen der sozialdemokratischen Zeitungen und Flugblätter sowie durch ungesetzliche Versammlungsverbote vernichten, wurde am 10. Oktober eines besseren belehrt. Es stellte sich heraus, daß durch die vielen Verfolgungen die Partei derartig gestärkt wurde, wie es ohne dieselben kaum der Fall gewesen wäre. Es schien, als hätte die Regierung dies eingesehen: Manche Gewerkschaften, deren Tätigkeit von der Regierung suspendiert war, erhielten die Erlaubnis, sich weiter zu betätigen, die nächtliche Inspektion der Staatsanwaltschaft, welche eingeführt war, um die sozialdemokratischen Blätter rechtzeitig konfiszieren zu können, wurde mit der Begründung aufgehoben, daß diese Institution mit der „Reichsfreiheit“ unvereinbar sei. Nun scheint aber die Regierung die ihr erteilte Lektion schon wieder vergessen zu haben. Sie setzt zwar die alten, ungesetzlichen Anordnungen nicht fort, sucht aber durch neue Methoden auf „gesetzlichem Wege“ die Arbeiterpresse und -Organisationen zu vernichten. Durch die regierungstreuen Staatsanwälte werden gegen die Parteipresse Anklagen wegen „Aufreizung zum Massenhaß“ fast täglich erhoben und es bereiht keine Woche, wo nicht einige Genossen sich vor dem Schmutzgericht zu verantworten haben. Die Gefangenen sind Wohnungswahret oder sonstige der Arbeiterschaft deontin feindlich gesinnte Kapitalisten, daß manche von ihnen sogar offen gehehen, daß sie einen jeden Sozialdemokraten, der unter ihre Hände kommt, verurteilen werden!! Wird gegen solche Geschworenen Beschwerde erhoben, so findet diese natürlich keine Berücksichtigung. Bei dergleichen Geschworenen hat der Staatsanwalt,

der periodisch das rote Gespenst heraufbeschwört, es natürlich sehr leicht, den Angeklagten „schuldig“ gesprochen zu sehen. Ist der Spruch gefällt, so stürzen die ordentlichen Richter wie Hundehunde über die „wegen Aufreizung zum Massenhaß Schuldigen“ her und füllen drakonische Urteile, wobei die Vertreter der Landarbeiterorganisation am schändlichsten behandelt werden.

Im vergangenen Freitag und Sonnabend wurden drei Genossen, Ladanyi, Reszary und Francia, wegen einer Broschüre an die Landarbeiter und zweier Artikel des Landarbeiterblattes „Bilagsabadsäg“ (Wahlreform) zu 26 Monaten Gefängnis und 2400 Kronen Geldstrafe verurteilt, welche Summe von der Kautions des Blattes abgezogen wird. Durch die Verurteilung dieser Genossen sind bis auf einen sämtliche Angestellte der Landarbeiterorganisation entweder im Gefängnis oder doch schon verurteilt. Dies genügt den Schergen nicht, sie wollten durch die hohen Geldstrafen, die nur schwer aufzubringen sind, der „Bilagsabadsäg“ das „Politisieren“, das heißt des Kritischens an der agrarischen Gesetzgebung unterbinden; denn bekanntlich dürfen in Ungarn nur diejenigen Zeitungen „politisieren“, die eine Kautions von über 10 000 Kronen deponieren.

Diese Urteile werden hoffentlich ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft im allgemeinen und auf die Landarbeiter im besonderen nicht verfehlen. Davon dürfte schon der nächste Kongreß der Landarbeiter, der in einigen Wochen in Budapest stattfindet, Zeugnis ablegen.

Schweiz.

Bern, 20. November. Die amtlichen Schlußziffern der Volksabstimmung über das Wehrgesetz sind folgende: Stimmberechtig 808 916, mit „Ja“ stimmten 329 952, mit „Nein“ 207 005.

Italien.

Der „Unsehbare“.

Pius X. setzt seinen lästigen Kampf wider die Aufklärung unentsetzt fort. Ein vom 18. November datiertes und am 20. veröffentlichtes Motu proprio, das heißt: ein aus eigener Initiative des Papstes gegebener Erlaß, gegen den jeder Einwand unzulässig ist (1), besteht allen Katholiken, sich den Entscheidungen zu unterwerfen, die von der von Leo XIII. eingesetzten Kommission für Bibelforschung getroffen worden seien oder noch getroffen werden, und ihnen dieselbe Bedeutung beizumessen wie den Dekreten der heiligen römischen Kongregationen! Alle diejenigen, die in Wort oder Schrift diese Entscheidungen einer Kritik unterzögen oder sie angriffen, begingen damit eine schwere Sünde.

Das Motu proprio spricht von den Gegnern der gegen die Jertümer des „Modernismus“ gerichteten Entscheidungen des Papstes und droht ihnen nochmals mit Exkommunikation, indem es ausführt, daß jene sich auch allen Strafen aussetzen würden, die für die Verteidiger legerischer Propaganda beständen, falls ihre Anschauungen legerisch seien! — Schließlich fordert das Motu proprio sämtliche Bischöfe und Leiter geistlicher Kongregationen auf, die Professoren und zwar insbesondere die an Seminaren tätigen, zu überwachen und alle diejenigen zu entfernen, die „modernistische“ Lehren vertreten. Der Papst ermahnt schließlich die Bischöfe, junge Studenten, die Neigung zu den „Jertümmern des Modernismus“ zeigen, nicht zu verzeihen zu weihen, und fordert sie auf, in ihren Diözesen den Verkauf sowie die Vektüre modernistischer Bücher zu verbieten. . . .

Recht bloß noch, daß Pius sich und die ganze Bibellkommission bei lebendigem Leibe heilig spricht. —

Im Rasi-Prozess stellten am Mittwoch der Angeklagte sowie seine Verteidiger mehrere Anträge. Hierbei kam es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten und dem Verteidiger Rasi, im Verlaufe deren der Präsident diesem das Wort entzog. Rasis Verteidiger verließen darauf den Saal, indem sie erklärten, daß sie durch die Lage der Dinge an der freien Ausübung ihres Mandates gehindert würden und ihre weitere Anwesenheit daher für Rasi von keinem Nutzen, sondern sogar schädlich sei. Auf die Frage des Präsidenten, ob er die Haltung seiner Verteidiger billige, hielt Rasi eine sehr erregte Rede, in der er ausführte, daß er die Gründe seiner Verteidiger für berechtigt halte. Die Beschlüsse des Senats bedeuteten eine Gesetzesverletzung. Seine Verhaftung sei ungerecht und er werde von der ihm nach dem Gelehe zustehenden Befugnis, einige der Richter abzulehnen, Gebrauch machen. (Bewegung.) Er sei bestrebt, daß man ihn daran hindern wolle, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen; er habe sich seiner gemeinen Verbrechen schuldig gemacht und verlange, daß seine Rechte geachtet würden.

Der Präsident erwiderte, die Rechte der Verteidigung seien nicht verletzt worden; er werde die Verteidiger auf Grund der Strafprozessordnung auffordern, in der morgigen Sitzung wieder zu erscheinen und, falls sie ausbleiben sollten, die gesetzlich zulässigen Maßregeln gegen sie ergreifen.

Rom, 21. November. (B. T. D.) Die Verteidiger Rasi sind nicht erschienen. Der Präsident erklärt, er habe sie laden lassen und die Verteidiger, die von Rom abwesend seien, hätten telegraphisch geantwortet, sie würden in Rom eintreffen. Er habe darauf die erforderlichen Maßnahmen zur Verstellung einer Offizialverteidigung getroffen. Da es ungewiß ist, welche Haltung einige Verteidiger künftig beobachten werden, wird die Verhandlung auf den 3. Dezember vertagt und die Sitzung aufgehoben. —

Von unserem Korrespondenten in Rom erhalten wir hierzu folgendes Privattelegramm:

Der Rücktritt der Verteidiger Rasi nach Schluß der zweiten Verhandlungswache erfolgte zum Protest gegen die angebliche Vereinigung des Gerichtshofes, die sich darin offenbare, daß die Prüfung des Geschäftsgebarens der früheren Ministerien abgelehnt worden sei!

Mit dem taktischen Manöver wird offenbar bezweckt, die Affäre Rasi wieder vor Parlament zu bringen. —

Belgien.

Der beleidigte Leopold. Am Dienstag wurde in allen größeren Buchhandlungen Brüssels die „Simplicissimus“-Nummer mit Vorkauf belegt, die Leopold in Gesellschaft seiner Geliebten zeigt, diese mit einem aus der Kautions ermordeten Spionensohn der Königin Henriette angetan. Die Verkaufszahl erfolgte wegen — Verleumdung des Königs! Die Brüsseler hatten übrigens an diesem Tage etwas zum Lachen: Während man nämlich am Boulevard im „Soir“ die Nachricht von der Konstitution des „Simplicissimus“ las, schrien sich die Zeitungsjungen die Rechenwund mit dem Ausrufen des Witzblattes „Le cri du Peuple“, das auf seiner ersten Seite die Reproduktion des besagten Lagnamten Kenzig-Wildes zeigt!! Uebrigens wird allem Anschein nach die Verleumdung doch stattfinden, da der Prinzessin Louise zu der erforderlichen Summe 40 000 Fr. fehlen. So wird man denn wohl die läbliche Ironie erleben, daß zwar das Bild beschlagnahmt wurde, daß durch einen Witz über die Kautions das „Jartgefühl“ des Königs beleidigt, daß aber die Kautions selber stattfindet, weil des Königs — Jartgefühl nicht so weit reicht, 40 000 Fr. aus der Brieftasche zu nehmen, um die Reliquien seiner gestorbenen Frau vor der Versteigerung zu retten.

Dänemark.

Die dänischen Lotterien und das Ausland.

Das schwedische Kommerzallodium hat einen Geschenkwurf ausgearbeitet, der den Verkauf dänischer Lotterielose in Schweden verbietet, desgl. die Veröffentlichung der Ziehungslisten dieser

Lotterien. Außerdem will man verhindern, daß die Lotteriebrieft und -Lose, die aus Dänemark kommen, an die Adressaten ausgeliefert werden.

Das Lotteriewesen ist in Dänemark unter der „liberalen“ Regierung schrecklich emporgewuchert. Nicht weniger als vier große, vom Staate anerkannte Lotterien suchen im In- und Ausland den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Kopenhagens „Socialdemokraten“ macht zu dem schwedischen Gesandten u. a. folgende Vemeelung:

„Schweden verbietet sich nun schon unseren Lotterieimport, und wahrscheinlich folgen bald unsere anderen Nachbarländer, Norwegen und Deutschland, nach.“

In verschiedenen deutschen Bundesstaaten ist ja allerdings das Spielen in fremden Lotterien verboten, gleichwohl wird in Deutschland für die hauptsächlich mit deutschem Kapital neu begründete Dänisch-westindische Lotterie viel Bekantheit gemacht. Im „Vorwärts“ wurde bereits vor einiger Zeit auf das schwindelhafte Gebaren dieser in Dänemark vom Staate anerkannten Lotterie hingewiesen.

Gewerkschaftliches.

Verkürzung der Arbeitszeit in der Metallindustrie.

Trotz der günstigen Ergebnisse, die in einer ganzen Anzahl Betriebe mit der Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun und teilweise auf acht Stunden pro Tag zu verzeichnen waren, standen die deutschen Metallindustriellen noch vor kurzem auf dem Standpunkt, eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit unter zehn Stunden sei für sie undiskutierbar, eine Prinzipienfrage. Aber die Verhältnisse sind stärker als die Menschen und heute haben die Metallindustriellen nicht nur ihren rückwärtigen Standpunkt aufgeben müssen, sondern einzelne Bezirksverbände der Metallindustriellen empfehlen ihren Mitgliedern selber, die Arbeitszeit zu verkürzen. Das haben die Arbeiter aber nicht der gewonnenen Einsicht der in Betracht kommenden Unternehmer zu verdanken. Die erstarrte Organisation der Arbeiter und die Hilfsmittel, die derselben zur Seite stehen, haben die Unternehmer zu einer Revision ihrer Ansichten veranlaßt. Dem zielbewußten Vorgehen des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist es zuzuschreiben, wenn es gelungen ist, den Widerstand der Schachtmacher in der Metallindustrie zu brechen.

In den letzten Jahren ist die Arbeitszeit in der Metallindustrie Deutschlands ganz wesentlich verkürzt worden. In Berlin arbeiten heute zehntausende Metallarbeiter nicht länger als neun Stunden. Dann besteht für die gesamte Gold- und Silberindustrie, sowie den größten Teil der Betriebe der mechanischen Industrie usw. der Rheinland- und Westfälischen Provinz, die handwerksmäßigen Berufe wie dem Klempnergewerbe ist die neunstündige Arbeitszeit vielfach eingeführt; Ende 1906 arbeiteten rund 7000 Klempner neun und unter neun Stunden pro Tag. In den in der Metallindustrie abgeschlossenen Tarifverträgen ist die Arbeitszeit für 45 718 Arbeiter mit neun und unter neun Stunden festgelegt. In Stuttgart arbeiten gegenwärtig rund 5000 Metallarbeiter, das sind 48 Proz. der Beschäftigten, neun und unter neun Stunden pro Tag. Die durch den Deutschen Metallarbeiterverband erzielte Verkürzung der Arbeitszeit in den letzten Jahren beträgt:

1904	für 8 511 Arbeiter	25 403 Stunden die Woche
1905	87 286	106 644
1906	78 671	804 848
1907 erstes Halbjahr	29 626	71 277

Zusammen für 146 994 Arbeiter 506 762 Stunden die Woche. Im kurzen Zeitraum von 3 1/2 Jahren ist es dem Deutschen Metallarbeiterverband möglich gewesen, für rund 147 000 Metallarbeiter die Arbeitszeit um mehr als eine halbe Million Stunden die Woche verkürzen zu können. Das ist wahre Kulturarbeit.

Im Laufe dieses Frühjahres wurde vom Deutschen Metallarbeiterverband für die Industriegebiete Mannheim-Ludwigshafen-Frankenthal sowie Stuttgart-Eßlingen und Karlsruhe-Durlach eine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit eingeleitet, um eine möglichst gleichmäßige Arbeitszeit herbeizuführen. Die an sämtliche Unternehmer sowie die Verbände der Metallindustriellen in Baden und Württemberg eingereichten Vorschläge lauteten:

- Die tägliche regelmäßige Arbeitszeit beträgt nicht mehr wie 9 Stunden oder 54 Stunden wöchentlich.
- Eine Minderung des Verdienstes findet durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht statt.
- Soweit Akkordarbeit in Frage kommt, werden die Akkorde, bei denen sich herausstellt, daß der bisherige Verdienst nicht mehr zu erreichen ist, entsprechend reguliert.

Statistische Erhebungen, die vor Einleitung der Bewegung vorgenommen wurden, haben ergeben, daß in den in Frage kommenden Industriegebieten die tägliche Arbeitszeit betrug: 9 Stunden und weniger in 31 Betrieben mit 7027 Arbeitern, über 9 Stunden in 131 Betrieben mit 31 418 Arbeitern; 9 1/2 Stunden und weniger wurde in 85 Betrieben mit 19 557 Arbeitern und über 9 1/2 Stunden in 77 Betrieben mit 18 883 Arbeitern gearbeitet. Die Arbeitszeit schwankte pro Tag zwischen 8 und 10 1/2 Stunden und zwischen 48 und 60 Stunden pro Woche.

Kurz nach Einreichung der Vorschläge an die Unternehmer wurde von dem Verband Metallindustrieller in Württemberg der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ein Beschluß der württembergischen Metallindustriellen bekanntgegeben, der folgenden Wortlaut hatte:

„Die tägliche effektive Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden bei 10stündiger Anwesenheit im Betrieb. Es soll jedoch denjenigen Firmen, bei welchen nachmittags keine Notwendigkeit zu einer Vesperpause besteht, freigestellt sein, die Anwesenheit in der Fabrik auf 9 1/2 Stunden zu reduzieren.“

Mit diesem Beschluß erklärten sich zunächst die Arbeiter einverstanden und wurde sofort in allen Betrieben die Durchführung dieses Beschlusses in die Wege geleitet. In Baden sträubten sich anscheinlich die Unternehmer und besonders der Verband der Metallindustriellen Badens und der Pfalz wollte von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen. Erst nach längerem Briefwechsel kam es zu Verhandlungen und wurde mit dem Deutschen Metallarbeiterverband folgende Vereinbarung abgeschlossen:

- Der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und angrenzenden Industriegebiete (S. W.) ist mit einer effektiven Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden beziehungsweise 57 Stunden wöchentlich einverstanden. Frühstunden und Vespere ist in dieser Zeit nicht einbezogen. Die Regelung der Pausen außerhalb der effektiven Arbeitszeit ist den einzelnen Arbeitgebern mit ihren Arbeitern überlassen.
- Da, wo die Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, werden die Stundenlöhne im Verhältnis der Verkürzung der Arbeitszeit erhöht. Die Akkorde bleiben unberührt.
- In den Betrieben, in denen günstigere Arbeitsbedingungen bestehen, bleiben dieselben bestehen.
- Den Mitgliedern des Industriellenverbandes wird empfohlen, diese Arbeitszeit bis längstens 1. Januar 1908 einzuführen.

Mit diesem Abkommen ist wohl die beabsichtigte Verkürzung der Arbeitszeit nicht vollständig erreicht, aber daselbe bedeutet doch einen ganz wesentlichen Fortschritt. Aus folgender Zusammenstellung ist das Resultat dieser Bewegung für die einzelnen Orte zu ersehen.

Orte	auf Grund des Abkommens mit den Industriellen tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit ein um Stunden		Zahl der im Durchschnitt für sämtliche Arbeiter	
	Wochentage	darin beschäftigten Arbeiter	pro Woche	pro Jahr zu 40 Wochen
Frankenthal . . .	10	2070	3	8910
Heidelberg . . .	2	123	1 1/2	225
Ludwigshafen . . .	5	244	2 1/4	694
Mannheim	20	3896	2 1/4	8914
Speyer	1	172	3	516
Eßlingen	14	1363	2 1/4	3767
Reuerbach	3	154	1 1/2	238
Ludwigshafen . . .	2	47	2 1/4	130
Stuttgart-Cannstatt	28	1146	2 1/2	5317
Walldingen	2	87	3	261
Zuffenhausen . . .	1	29	2	58
Zusammen	88	10 296	2,6	27 023

Im Industriegebiet Mannheim-Ludwigshafen ist in 38 Betrieben für zusammen 7410 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit von 19 259 Stunden und im Industriegebiet Stuttgart-Eßlingen in 50 Betrieben für 2826 Arbeiter 7761 Stunden die Woche erreicht worden; das bedeutet zusammen in 88 Betrieben mit 10 296 Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit von 27 020 Stunden die Woche oder im Durchschnitt für den einzelnen von 105 Stunden für das Jahr.

Dieses Ergebnis ist nicht nur ein außerordentlicher Erfolg des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sondern es ist zugleich ein Meilenstein auf dem Wege zum Neunstundentag.

Berlin und Umgegend.

Die Wahlen der Ortskrankenkasse der Schneider.

Während bei früheren Delegiertenwahlen der Ortskrankenkasse der Schneider der Reichslügenverband in der wüsten Weise in Aktion trat, gingen diesmal die Wahlen in ruhigerer Weise vor sich. Bei der Wahl der Arbeitnehmer erhielt die Liste des Schneiderverbandes 715 Stimmen, während 174 Stimmen auf die Kandidaten der vereinigten Christlich-Sozialen, Kirch-Dunckerischen, Katholiken und Reichsverbandler entfielen. An den Wahlen der Arbeitgeber beteiligten sich die Schachtmacher im Schneidergewerbe überhaupt nicht, so daß alle 114 abgegebenen Stimmen auf die Kandidaten der freien Meister entfielen.

Deutsches Reich.

Der „gelbe“ Meister.

Ein Arbeiter in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Nürnberg, schrieb im September an die Fabrikdirektoren einen Brief, worin er sich über die unerhörten Schikanen durch den Vermeister Fleischmann und über grobe Verleumdungen durch diesen beschwerte mit dem Beifügen, er glaube sich dies schon am besten nicht gefallen zu lassen, nachdem der Meister Fleischmann die Fabrik besetzt und betrogen habe. Der Meister erhielt diesen Brief vorgelesen und nachdem er Vorstandsmitglied des gelben Arbeitswilligenvereins ist, dem nur „unbescholtene“ Leute angehören dürfen, mußte er selbstverständlich gegen den Arbeiter klagen, denn er sei ein vollkommenen Fremden. Hören wir nun, was die Zeugen sagten. Es marschierte ein Zeuge um den anderen auf und bekundeten, daß sie während der Arbeitszeit oft tagelang für den Meister Privatarbeiten machen mußten unter Verwendung nicht unbedeutender Mengen von Kupfer und anderem Metall. Die Heranziehung der Arbeiter zu Privatarbeiten für den Meister geschah fortgesetzt und behüte sich oft dermaßen aus, daß die Arbeiter sagten, sie müßten bald mehr für den Meister arbeiten als für die Fabrik. Die Zeugen erklärten, daß sie es für keinen Betrag halten, wenn der eine oder andere mal eine Kleinigkeit während der Arbeitszeit für sich anfertige, aber in dem Umfange, wie es der Meister Fleischmann getan, müsse man die Sache zweifellos als Betrug ansehen.

Amtsrichter: Ja, wenn Sie das als Betrug ansehen, warum haben Sie sich denn dann nicht dagegen angelehrt?

Die Zeugen: Wenn wir den Aufträgen des Werkmeisters keine Folge geleistet hätten, dann hätten wir das schwer haben müssen, dann hätten wir am Lohn tag mit einem Butterbrot nach Hause gehen können, dann wäre es aus gewesen. Er hat einen schon genug schikaniert, wenn man seine Privatarbeiten nicht schnell genug fertig gebracht hat; die Aufsicht wäre aber bei einer Weigerung noch stärker und unhaltbar geworden. Wir haben uns schon sowie so beeilt, weil wir oft nicht mehr wußten, wie wir die für den Meister verwendete Zeit im Arbeitszeitel verrechnen konnten, denn diese Zeit mußte im Auftrag des Meisters bei den Arbeiten für die Fabrik, nach Möglichkeit verteilt, aufgerechnet werden.

Ein weiterer Zeuge erklärt: An einem Lohntage habe ich kein Geld bekommen. Ich sagte zum Meister Fleischmann, was mit meinem Geld sei. Da sagte er, ob ich es notwendig brauche, was ich verneinte. Er gab mir aber dann aus seiner Tasche 5 Mark Vorkauf und erklärte, ich werde das Geld in den nächsten Wochen ratenweise bekommen. Der Meister gab mir dann den ausdrücklichen Auftrag, niemand etwas davon zu sagen. In meinem Lohnbuch war aber der volle mir zustehende Lohnbetrag von der Buchhaltung aus eingetragen. Ich kam dann an einen anderen Arbeitstag. Ob diese Arbeit mehr wert war als meine bisherige, vermag ich nicht zu beurteilen, ich erhielt aber tatsächlich drei Mark mehr Lohn, aber nur so lange, bis der Mehrlohn meinen mir vom Meister einbehaltenen Lohnbetrag erreicht hatte. Dann schrieb mir der Meister wieder meinen alten Lohn und ich kam wieder an meinen früheren Arbeitstag zurück.

Der Meister will von all den schweren Anlagen gegen ihn nichts mehr wissen. Er erinnert sich nicht und behauptet, gegen ihn bestehe eine Verschwörung. Den Eindruck gewann der Zuhörer aber nicht, denn die Zeugen hielten aus Angst vor wirtschaftlicher Schädigung zum Teil sehr zurück.

Ferner wurde festgestellt, daß der Meister die Zeugen vor dem Termin zu beeinflussen suchte, indem er drohte, er werde sie wegen ihrer Behauptungen der Direktion vorstellen usw.

Angesichts dieses niederschmetternden Beweisergebnisses zumgunsten des Werkmeisters kam das Urteil, das auf fünf Mark Geldstrafe lautete, in hohem Grade überraschend. Der Amtsrichter begründete es damit, daß er sagte, es sei zwar festzustellen, daß sich der Meister schwer vergangen habe; der Beweis für den Vorwurf des „Diebstahls“ und des „Betruges“ sei aber nicht in vollem Maße erbracht worden. — Der Arbeiter meldete bereits Berufung an.

Gelder Nürnberger Land.

Die modern organisierten Arbeiter der Siemens-Schuckertwerke in Nürnberg hatten vor zwei Jahren infolge eines Streiks ihre sogenannten „alten Rechte“ verloren, d. h. sie wurden, weil die Beschäftigungsdauer durch den Streik unterbrochen worden war, des Anspruchs an die „Wohlfahrtsleistungen“ der Firma usw. für verlustig erklärt. Sie verzichteten gern auf diese Rechte, die die Arbeiter nur zu Klauen des Unternehmens machen, und beschloffen, selbst eine Unterstützungskasse zu errichten, aus der erkrankten oder

sonst in eine Kollage geratenen Kollegen Unterstützung gewährt werden. Als Beitrag wurden wöchentlich 20 Pf. festgelegt. Die Christlichen und Hirsche waren über diese Gründung sehr geärgert und sagten ihre Mitglieder und Unorganisierten zu einer Gegenorganisation zusammen, die unter der Führung einer Unterstützungsvereinigung setzte, aber abgesehen als der Anfang einer gelben Gründung angesehen wurde, eine Aufsicht, die um so gerechtfertigter erscheinen mußte, als der Verein von der Direktion ein Geldgeschenk von 10 000 M. erhielt. Der gelbe Charakter dieser Gründung wurde von den Machern beharrlich abgelehnt. Die Seele des Ganzen war der Führer der Christlichen, der Saloffer G. S. H., der auch zum Vorsitzenden der Unterstützungsvereinigung gemacht wurde, die bestimmt war, dem Verein der Freiorganisierten das Wasser abzugraben und deren gerichtliche Eintragung bewirkt wurde, um den Verein zu einem „anerkannten“ zu machen und die Rechte der Mitglieder „sicher zu stellen“. Man hoffte auf starke Desertionen bei den Gegnern dadurch, daß man den Wochenbeitrag nur auf 10 Pf. festlegte. Jetzt ist aber der Verein in eine schwierige Lage gekommen, er kann den Anforderungen der Mitglieder nicht mehr gerecht werden, so daß nach dem Gesetz die Regierung einschreiten müßte, wenn die Beiträge nicht entsprechend erhöht werden. Inzwischen ist der Vorsitzende G. S. H. aus dem christlichen Metallarbeiter-Verbande ausgeschlossen, weil seine Persönlichkeit nicht genügend gewürdigt wurde, und nunmehr unorganisiert. Er bemüht sich jetzt, den Verein ganz ins gelbe Lager hinüberzuführen. Die Christlichen und Hirsche sahen sich vor der Gefahr, ganz aus dem Verein hinausgeworfen zu werden. In der Generalversammlung des Vereins kam es deshalb zu einem wüsten Kampf. G. S. H. sollte befreit werden, aber er hängt fest wie eine Kette und drohte, sofort einen neuen Verein zu gründen, in dem er sich die Christlichen und Hirsche vom Halse hätte lassen werden. Es kam schließlich noch einmal zu einem Kompromiß, auf wie lange, wie die Zukunft lehren. Von großem Interesse war das, was in dieser sechsstündigen, von wüstem Lärm erfüllten Versammlung ausgeplaudert wurde. Ein gelber Redner erzählte nämlich ganz natü., daß die Verwaltung des Vereins, in der die Christlichen und gewerkschaftlichen Führer vertreten sind, geheime Sitzungen mit der Direktion des Werkes abhielt und daß der Direktor Herz in einer solchen Sitzung erklärt habe, im Falle einer Ausperrung würden die Mitglieder der Unterstützungsvereinigung verhaftet bleiben.

Einheitliche Organisation der norwegischen Malergehilfen. In

Norwegen haben seit längerer Zeit zwei Malerverbände bestanden: Der „Norwegische Malerverband“ mit ungefähr 350 Mitgliedern und der „Landesverband der Malergehilfen“ mit ungefähr 940 Mitgliedern, der seinerzeit aus Ortsabteilungen gebildet wurde, die verschiedener Streitigkeiten wegen aus jenen älteren Verbänden ausgetreten waren. Um diesen unheilvollen Zustand, der die gewerkschaftliche Tätigkeit der Maler Norwegens beeinträchtigte, zu beenden, wurde auf Wunsch beider Organisationen ein Schiedsgericht von Partei- und Gewerkschaftsvertretern eingesetzt, das nun am 16. November seine Entscheidung veröffentlicht hat. Danach soll am 1. Dezember der Zusammenschluß erfolgen, in der Weise, daß der Landesverband der Malergehilfen in den Norwegischen Malerverband — „Norsk malerforbund“ — übertritt. In Kristiania soll jedoch die Ortsabteilung des Malerverbandes in den weit größeren Malergehilfenverein von Kristiania aufgehen, der dann die neue Ortsabteilung des einheitlichen Verbandes bildet. Die alte Ortsabteilung des Verbandes wird verpflichtet, den Tarifvertrag, den sie mit einer Rinderheit der Malermeister abgeschlossen hat, sofort zu kündigen, um dann dem am 1. März dieses Jahres zwischen dem Malergehilfenverein und dem Malermeisterverein von Kristiania abgeschlossenen Tarifvertrag als gemein Geltung zu verschaffen.

Die Leitung des neuen Malerverbandes wird durch Urabstimmung gewählt. Der Sitz des Verbandes ist vorläufig in Trondheim, wird jedoch, sobald die Verhältnisse geregelt sind, nach Kristiania verlegt.

Ausland.

Ein Eisenbahnerstreik in Indien.

Montagabend brach unter dem Lokomotivpersonal der ostindischen Eisenbahnen in den Bezirken Kalkutta und Asansol ein Streik aus wegen Herabsetzung der Bezahlung für Überstunden sowie wegen Aufrechterhaltung harter Geldstrafen. Die Zugführer schlossen sich dem Streik an, der sich jetzt bis Cawnpore ausbreitet. Keine Post aus Bombay oder dem Punjab erreichte vorgestern Kalkutta, da die Züge bei Asansol aufgehalten werden. Die Wirkung des Streiks auf die Spinnereindustrie wird ernst sein, da alle Kohlen aus Asansol kommen.

In Asansol mußten infolge des Auslaufes der Angestellten der Ostindischen Eisenbahn etwa 6000 Reisende liegen bleiben. In Kalkutta steht Kohlemangel bevor, da noch kein Anzeichen für Beilegung des Auslaufes vorhanden ist.

Wie eine spätere Meldung aus Kalkutta besagt, ist wegen der Befürchtung, daß die Haltung der ausländischen Europäer die Anwendung von Gewalt erforderlich macht, die Polizei verstärkt und Militär nach Asansol entsandt worden.

Aus Industrie und Handel.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Handelsbilanz der Industriestaaten.

Das englische Handelsamt veröffentlicht soeben die Handelsbilanzen der hauptsächlichsten Industriestaaten für die neun ersten Monate dieses Jahres. Danach ergibt sich für die vier ersten Industrieländer folgendes Bild. Es betrug der

	Import in Millionen Mark	Export in Millionen Mark
Deutschland . . .	7303,78	4985,63
Frankreich	3563,98	3271,66
Vereinigte Staaten	4617,24	5456,72
Großbritannien . .	8057,96	6385,63

Aus dem Vergleich der Ziffern mit denen des gleichen Zeitraumes im Vorjahre ergibt sich, daß bis Ende September die wirtschaftliche Konjunktur noch immer eine gute war; prozentual haben Import und Export erhebliche Steigerungen erfahren, nämlich (in Prozenten):

	Import	Export
Deutschland	10,9	14,5
Frankreich	14,5	6,8
Vereinigte Staaten	16,8	7,4
Großbritannien	6,0	14,8

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Zusammenbruch.

Offen a. Ruhr, 21. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das größte Baugeschäft am hiesigen Platze, die Firma Theodor Brüche, befindet sich in Zahlungsunvermögen, die den Zusammenbruch der Firma wahrscheinlich machen. Die Aktien besaßen sich auf rund 270 000 Mark, denen etwa 5 1/2 Millionen Mark Forderungen gegenüberstehen.

Terroristischer Akt.

Warschau, 21. November. (W. Z. B.) Heute wurde in der Nasnastraße eine Bombe in ein Kleiderdepot geworfen. Ein Mann ist tot, drei Personen sind schwer verletzt.

Explosionskatastrophe.

New York, 21. November. (W. Z. B.) Eine furchtbare Explosion hat sich beim Bau der pazifischen Eisenbahn in der Nähe von Dryden (Ontario) ereignet. Sieben Personen sind getötet und vier verletzt worden. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Parteitag der preußischen Sozialdemokratie.

Berlin, den 21. November.

Heute vormittag 9 Uhr trat im großen Saale des Gewerkschaftshauses der zweite Preussische Parteitag zusammen. Der Saal hat reichen Schmuck angeleitet. Männergesang ging den Verhandlungen voraus. Der Arbeiter-Sängerbund Berlins brachte den Festgesang: „Auf, Freunde, laßt das Lied erklingen“, und das Lied „Sturm“: „Die Ihr auf harter Erde hockt“, beide von Uthmann, zum Vortrag. Dierauf ergriß Genosse

Ernst das Wort: Parteigenossen und Genossinnen! Im Namen der Parteiorganisation Groß-Berlins eröffne ich hiermit den zweiten Preussischen Parteitag und heiße die Delegierten herzlich willkommen. Durch den auf dem vorigen Parteitag angenommenen Antrag 25 war die Parteiorganisation Groß-Berlins beauftragt, im Jahre 1906 den zweiten Preussischen Parteitag einzuberufen. Sie wissen aber alle, daß bei uns in Preußen-Deutschland leider noch so absurde Zustände bestehen, daß man wohl mit vollem Rechte sagen kann: Das deutsche Volk denkt und irgendetwas im Hintergrund arbeitende Kamatilla lenkt. (Sehr gut!) Um seine Ministerberück-sichtigung noch eine Spanne Zeit aufrecht zu erhalten, inaugurierte Fürst Bülow damals seine sogenannte Blutpolitik, das heißt, der konser-vative Fürst Bülow hielt liberal schillernde Reden und die Liberalen machten konservative Politik. (Sehr gut!) Es ist nicht meine Auf-gabe, den ganzen Verfall des bürgerlichen Liberalismus und die schmachvolle Abdankung desselben hier zu schildern. Der politische Zusammenstoß der bürgerlichen Parteien ist ja nur ein Zeichen von dem Stande der kapitalistischen Entwicklung. Kurzum, die Vorbereitungen zum Parteitag waren bereits getroffen, die Ein-ladung ergangen, der Termin festgesetzt, da kam aller unerwartet plötzlich die Auflösung des Deutschen Reichstags. Eine geradezu un-erhörte Schlämmflut von Verleumdungen ergoß sich über die Partei. Da war es selbstverständlich, daß alle Kräfte der Partei angepannt wurden und in den Wahlkampf zogen, und daß der Preussische Parteitag vorläufig vertagt wurde. Es wurde der Gedanke laut, ihn zu Pfingsten einzuberufen; da aber um diese Zeit beinahe alle gewerkschaftliche und andere Kongresse stattfanden, beschlossen wir, den Parteitag auf den November d. J. zusammenzubekommen.

Ferner waren wir durch den vorhin genannten Beschluß auch beauftragt, eine ganz Preußen umfassende Organisation aus-zuarbeiten. Wir gingen gemeinsam mit dem Parteivorstand an diese Arbeit und ich kann konstatieren, daß sie in voller Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand vor sich gegangen ist. Das Resultat dieser Beratungen haben wir Ihnen heute zur Begutachtung und Beschluß-fassung vorgelegt. Wir sind davon überzeugt, daß in ernster Arbeit das Beste für die Partei beschlossen werden wird.

Zur Erholung von der ersten Arbeit haben wir den Delegierten für heute abend eine Theatervorstellung arrangiert. Ferner über-reichten wir den Delegierten das Werk von Eduard Bernstein: „Die Geschichte der Arbeiterbewegung Berlins“, das an der Hand reich-haltigen Materials die ganzen Kämpfe der Berliner Arbeiter-bewegung schildert.

Wir sind gewiß, daß auch dieser Preussische Parteitag eine neue Etappe im Siegeslaufe des Proletariats bedeuten wird. Die hier ge-gangenen Anregungen wird das preussische Proletariat ausnützen in dem Kampfe um das Wahlrecht, der jetzt ausgefochten werden muß, wenn das preussische Volk nicht zu Seloten herabsinken will. Wir werden den Kampf mit ganzer Kraft und voller Begeisterung führen und die Arbeiterschaft wird den Sieg über die Reaktion erringen, wenn sie das Wort beherzigt: Ach will! (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag von Schulz-Berlin werden hierauf zu Vorständen gewählt: Singer und Reinert-Dannover.

Singer übernimmt den Vorsitz und dankt der Versammlung für das ihm geschenkte Vertrauen. Gestatten Sie mir, daß ich zunächst im Namen des Parteivorstandes den Preussischen Parteitag willkommen heiße. Der Parteivorstand ist erfreut, daß der zweite Preussische Parteitag zusammensteht, und er ist überzeugt, daß er die ihm gestellten Auf-gaben zum Ruhm und zum Wohle der Partei erfüllen wird.

Wir treten zu einer Zeit zusammen, die zu ersten Ausblicken Veranlassung gibt. Die wirtschaftliche Krise scheint sich fort-zupflanzen und wird mit all ihren Begleiterscheinungen der Ar-beiterklasse nicht erspart bleiben. Neben dieser wirtschaftlichen Krise, die schon durch Arbeiterentlassungen ihre Schatten voraus- wirft, droht der Arbeiterklasse eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Ernährung, die geradezu unerhörte Teuerung der Lebensmittelpreise ver-schärft sich mehr und mehr. Hand in Hand damit geht die Herabdrückung der Lebenshaltung durch die Krise, und so gehen wir dann einem Zustande entgegen, der die ernstesten Anstrengungen erfordert, um die schweren Schäden von der Arbeiterklasse ab-zuwenden. Der preussische Parteitag hat neben der Klarstellung der preussischen Verhältnisse, neben der Brandmarlung der Reaktion, die auf allen Gebieten in Preußen herrscht, eine wesentliche Auf-gabe zu lösen, eine Aufgabe, die unser aller Herzen erfüllt und die Verhandlungen des Parteitages in hohem Maße beeinflussen, ja, ich möchte sagen, die für die Tätigkeit des Parteitages die Richtschnur sein wird. Das ist die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts für Preußen. (Beifall.) Das preussische Volk, die preussische Arbeiter-klasse will heraus aus der Dreiklassen-schmach, unter der es seit 60 Jahren leidet. (Lebhafter Beifall.) Das Dreiklassenwahlrecht, der Rechts- und Verfassungsbruch, unter dem es zustande ge-kommen, laßt auf dem Volke. Als 1848 das Volk zu erwachen schien, als es zur Revolution schritt, um seine Menschenrechte zu er-zingen, da versprach der in Angst versetzte König Friedrich Wil-helm IV. ihm eine Konstitution, es wurde das allgemeine, gleiche und geheime, wenn auch indirekte Wahlrecht eingeführt. Aber die preussische Nationalversammlung, die auf Grund dieses Wahlrechts zusammentrat, wurde aufgelöst, das Wahlrecht wurde erheblich ver-schlechtert, und auf Grund dieses verschlechterten Systems wurde eine neue Nationalversammlung zusammenberufen. Aber bevor diese Nationalversammlung noch zu entscheidenden Beratungen kommen konnte, wurde sie wieder aufgelöst, und nun wurde das Dreiklassenwahlrecht ostroviert.

Trägt also dieses Wahlrecht schon das Kennzeichen an der Stirn, so hat es die 60 Jahre lang bewiesen, wie wenig das Volk imstande ist, auf Grund dieses Wahlrechts zu einer Vertretung zu kommen. Nachdem jetzt in den übrigen deutschen Bundesstaaten nach und nach freiere Wahlgesetze erungen sind, muß auch das preussische Volk mit aller Energie, mit Anspornung aller Kräfte seinen Wächtern zeigen, daß seine Geduld zu Ende ist, daß es nicht länger gewillt ist, sich als Parasit, als Seloten betrachten zu lassen. (Sehr gut!) Niemand mehr wie wir wird sich des Ernstes dieses Kampfes bewußt sein. Niemand mehr wie wir wird empfinden, welche Opfer verlangt werden, um den Kampf siegreich zu Ende zu führen. Niemand aber auch mehr als die preussische Arbeiterklasse wird entschlossen sein, die Opfer zu bringen, weil der Sieg errungen werden muß, der Würde des Proletariats wegen, der Würde des preussischen Volkes wegen. (Beifall.) Wenn dieser Gedanke wie ein roter Faden sich durch all unsere Verhandlungen ziehen wird, dann werden hierin auch alle Erörterungen über die anderen Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, gipfeln. Sie können die preussische Verwaltung und Gesetzgebung ansehen wo Sie wollen, Sie werden immer finden, daß die Ursache der Rückständigkeit und Unfreiheit in dem Mangel eines Wahlrechts liegt, welches das gesamte preussische Volk zu einer Vertretung, zur Gesetzgebung führt. Das ganze preussische Verwaltungswesen, alle die Aufgaben, die der Staat übernommen hat in bezug auf die Angelegenheiten der Gemeinden, in bezug auf seine Tätigkeit als Arbeitgeber, kurzum alles was in

Preußen gesetzlich behandelt wird, was auf dem Verwaltungswege geleistet wird, leidet unter der Tatsache, daß das preussische Wahlrecht ein plutokratisches ist, das die kapitalistischen Interessen in den Vordergrund schiebt und es verhindert, daß das Proletariat, aus dessen Arbeit erst doch Reichtum und Wohlstand entstehen, eine Mitwirkung an der Gesetzgebung hat. Diesem Zustande abzuhelfen, mit der Schmach aufzuräumen, das ist die Aufgabe der preussischen Arbeiterklasse, der sie sich widmen wird bis zur Erschöpfung, bis zur Erreichung des Ziels. Für diese Aufgabe die Wege zu bahnen, ist Sache dieses Parteitages.

Von diesem Gesichtspunkte aus treten wir an unsere Arbeit, von diesem Gesichtspunkte aus werden wir Beschlüsse fassen, deren Erfüllung dann mit vollem Vertrauen der Arbeiterklasse übertragen wird.

Ich glaube, in aller Namen kann ich es aussprechen: Dieser Parteitag wird nicht auseinandergehen, ohne seine Aufgaben gelöst, ohne die Mittel und den Weg angegeben zu haben, er wird nicht auseinandergehen, ohne das feste Vertrauen, daß das, was er beschließt, in den Millionen Herzen der preussischen Arbeiter Widerhall finden wird. Dieser Widerhall wird sich auslösen, wie immer, wenn wir an die Arbeit gehen, in den Auf, in den ich auch jetzt einzustimmen bitte, in den Auf, der uns zum Kampf zusammen-geführt hat, der uns im Kampf weiterführen wird und der bereinst der Siegesruf sein wird, unter dem die Dreiklassen-schmach in Trümmer zerfällt: Die Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Dele-gierten stimmen begeistert dreimal in den Auf ein.)

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Gewehr-Elberfeld gewählt: Frau Wehl-Berlin, Kühn-Langendielau, Barthel-Danzig, Fahrrow-Berlin, Haupt-Magdeburg und Rhein-Bremen. In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Paris-Wellen, Stössel-Bromberg, Renker-Viefel-d, Wolf-Vochum, Hörsing-Deuthen, Scheib-Bunzlau, Kriesewetter-Erfurt, Wolderski-Berlin, Frau Bau-mann-Altona.

Die Arbeit des Parteitages geht von 9-1 Uhr vormittags und von 3-7 Uhr nachmittags.

Dann wird die Geschäftsordnung nach der Vorlage ange-nommen und die provisorische Tagesordnung bestätigt:

1. Die Organisation in Preußen. Referent: Hugo Haase-Königsberg.

2. Die bisherige Tätigkeit des preussischen Land-tages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. Referent: Eduard Adler-Kiel.

3. Die Landtagswahlen 1908. Referent: Dr. Leo Arons-Berlin.

4. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. Referent: Reichstagsabgeordneter Karl Legien.

5. Selbstverwaltung und Gemeinde. Referent: Paul Giesh-Charlottenburg.

Ein Antrag von Teltow-Beeskow, die Polenfrage auf die Tages-ordnung zu setzen, wird von Singer bekämpft, weil die Tagesord-nung belafet, ein Referent nicht im Handumdrehen zu finden sei und ein Teil des Themas bei den anderen Punkten der Tagesord-nung zur Erledigung kommen werde. Nach kurzer Debatte wird der Antrag abgelehnt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Genosse

Adolf Ged im Auftrage des Landesvorstandes der badischen So-zialdemokratie den Parteitag: Die ganze Kulturwelt nimmt Anteil an Ihren Beratungen und wünscht dem in der preussischen Sozialdemokratie organisierten Proletariat besten Erfolg bei seinem Bestreben, dem barbarischen aller Wahlrecht ein Ende zu bereiten. Auch das badische Land hat lange Zeit ein indirektes Wahlrecht besessen, das der Entwicklung des Proletariats entgegen-stand. Aber es hatte seit 1818, infolge des Wellenschlages der fran-zösischen Revolution, eine Verfassung und ein Parlament, dessen Wahlen nicht öffentlich, sondern geheim erfolgten. Als aber trotz des indirekten Wahlrechts ein halbes Duzend Sozialdemokraten in die Kammer gekommen waren, sah man ein, daß dem Volke das direkte Wahlrecht nicht länger verweigert werden könne, zumal die bürgerlichen Parteien bei dem indirekten Wahlrecht selber zerrieben wurden. So sind die letzten Landtagswahlen auf Grund des di-rekten Wahlrechts vor sich gegangen und ein Duzend Sozialdemo-kraten ist in den Landtag gekommen. Wir badischen Sozialdemo-kraten beglückwünschen das preussische Proletariat zu seiner Kultur-arbeit und versprechen ihm unsere Unterstützung. Wir werden im Landtage die Regierung zu veranlassen suchen, daß sie ihren Einfluß auf die preussische Regierung ausübt, damit endlich der schwar-zweiße Fleck, das jetzige Wahlrecht in Preußen, verschwindet. Schon greifen die reaktionären Einflüsse des preussischen Junkerregiments auf den Süden über, so in der Einwirkung auf unser Eisenbahn-wesen. Nicht nur die Sozialdemokraten, auch bürgerliche Parteien empfinden und fürchten das Verderbliche dieses Einflusses. Kämpfen Sie unerschrocken weiter, damit endlich die Barbarei des gegen-wärtigen preussischen Wahlsystems fällt. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein. Ihr erster Punkt ist

Die Organisation in Preußen.

Auf Vorschlag von Singer werden sämtliche zu diesem Punkte vorliegende Anträge als unterfützt betrachtet und mit zur Debatte gestellt.

Dierauf erhält das Wort der Referent

Hugo Haase.

Parteigenossen! Es ist eine trodene Materie, der mein Referat gewidmet ist. Aber wir müssen uns mit ihr beschäftigen, weil die politische Lage und die Wachststellung unserer Partei in Preußen dringend eine Landesorganisation der preussischen Sozial-demokratie erfordern. Der uns vorgelegte Entwurf schließt die bereits in Preußen vorhandenen Glieder der Organisation zu einem Landesverbande zusammen. Aber an der Spitze dieses Landesverbandes soll nicht ein völlig selbständiger, von dem deutschen Parteivorstand losgelöster Landesvorstand stehen. Die Verfasser des Entwurfs sind vielmehr davon aus-gegangen, daß die Organe des preussischen Landesverbandes mit dem deutschen Parteivorstand arbeiten, nicht neben ihm auf eigenem Tätigkeitsgebiete fungieren sollen. Die Grundlage der Or-ganisation bilden in Uebereinstimmung mit dem deutschen Organi-sationsstatut die sozialdemokratischen Vereine der Reichs-tagswahlkreise. Der Statutenentwurf betrachtet als Organe der Landesorganisation die Vorstände der Wahl-kreisvereine und über diesen die Provinzial-komitees. Die Vertreter der Provinzen und Groß-Berlins bilden die Landeskommission, und zwar kommt auf jede Provinz sowie auf Groß-Berlin je ein Vertreter.

Die Landeskommission wählt aus ihrer Mitte einen ge-schäftsführenden Ausschuß von 3 Personen, deren Ob-mann seinen Wohnsitz in Berlin haben muß. Die Landeskom-mission und ihr geschäftsführender Ausschuß befaßt sich mit den wic-tigen Aktionen in Verbindung mit den Provinzial-komitees und im Einvernehmen mit dem deutschen Parteivorstande. Die oberste Vertretung der So-zialdemokratie Preußens bildet eine Delegiertenversammlung, der Preussische Parteitag, von unserem Entwurf als „Landeskon-ferenz“ bezeichnet. So ergeben sich als Organe der Landes-organisation die Vorstände der Wahlkreisvereine, die Provinzial-komitees, die Landeskommission und ihr geschäftsführender Aus-schuß und als höchste Instanz die Landeskonferenz. In diesem Ausbau ist von vielen Seiten, so auch in mehreren der uns vor-liegenden Abänderungsanträge, bemängelt worden, daß das Mittel-glied die preussischen Provinzen mit den Provinzialkomitees bilden. Es wird verlangt, daß an Stelle der Provinzen die Agi-

tationsbezirke, die Bezirksverbände, und an Stelle der Provinzialkomitees die Bezirkskomitees treten. Dieses Verlangen muß als ein berechtigtes anerkannt werden.

In den Provinzen Preußens haben sich Agitationsbezirke ent-wickelt, in denen die Wahlkreisvereine zu Bezirksverbänden zu-sammengeschlossen sind. In den 12 preussischen Provinzen haben wir 22 Agitationsbezirke. Einige Agitationsbezirke fallen mit den Grenzen der Provinz zusammen. In anderen Provinzen gibt es mehrere Agitationsbezirke, so in Schlesien 4, in Sachsen 3, in Westfalen 2, in der Rheinprovinz 3, in Hessen-Nassau 2.

Diese Agitationsbezirke sind nicht willkürliche Gebilde, sondern sie sind bedingt durch ihre geographische Lage, durch die wirtschaft-liche Struktur des Landes und seine politische Entwicklung. Sie stehen zum Teil zwar in loser Verbindung, haben zum Teil aber überhaupt keinen organisatorischen Zusammenhang. Sie zu einer Provinzialverbände zu zwingen, hieße die Organisation er-schweren, nicht aber fördern. Ob die Landeskommission aus 13 oder aus 22 Mitgliedern zusammengesetzt ist, ist unerheblich. Der Apparat wird dadurch nicht schwerfälliger. Wesentlich ist dagegen, daß den agitatorisch tätigen Genossen der Bezirksverbände, die den besten Einblick in die politischen Bedürfnisse aller Landesteile haben, die Gelegenheit zur Mitarbeit in der Landeskommission gegeben wird. Die in dieser Richtung gestellten Anträge kann ich deshalb nur zur Annahme empfehlen. Eine Ergänzung erfordern sie nur insoweit, als bisher nicht daran gedacht ist, daß einige preussische Gebiete mit außerpreussischen zu einem einheitlichen Bezirksverband vereinigt sind. Diesen Ge-bieten wird zusammen ein Vertreter für die Landeskommission zu gewähren sein.

Ich wende mich jetzt zu den Einzelbestimmungen des Entwurfs und werde bei jedem Paragraphen die zu ihm etwa ge-stellten Abänderungsanträge berücksichtigen, soweit sie noch im Rahmen des Statuts liegen und nicht schon durch die schon ge-machten Ausführungen erledigt sind. Erst später werden wir uns dann mit denjenigen Vorschlägen beschäftigen, welche darauf ab-zielen, den Grundcharakter des Entwurfs anders zu gestalten.

Im § 1 ist vorgeschrieben, daß alle 2 Jahre eine Lan-deskonferenz stattfinden soll. Genosse Arons hat beantragt, daß die Landeskonferenz mindestens alle 2 Jahre tagen soll. Dieser Zusatz ist überflüssig. Denn nach § 6 des Entwurfs können außerordentliche Landeskonferenzen innerhalb der zwei-jährigen Frist jederzeit einzuberufen werden, und die Einberu-fung solcher außerordentlichen Parteitage ist ungemein erleichtert worden.

Ein Antrag Diegnitz wünscht, daß eine Bestimmung über den Ort der Parteitage getroffen werde, und zwar sollen sie bis auf weiteres in Berlin stattfinden und nicht in entfernteren Provinzen abgehalten werden. Eine solche Vorschrift kann nicht im Statut festgelegt werden. Die Antragsteller betrachten sie selbst, wenigstens in ihrem ersten Teil, nur als eine provisorische Maß-regel, die bis auf weiteres gelten soll. Sie müßte also nach einiger Zeit wieder aus dem Statut entfernt werden und gehört deshalb nicht in das Statut. Es ist Sache jedes Parteitages, den Ort seiner nächsten Tagung zu bestimmen, und dabei haben die Nie-driger Genossen Gelegenheit, ihre Auffassung zur Geltung zu bringen.

Im § 2 wird das Recht zur Teilnahme an der Lan-deskonferenz behandelt. Zur Teilnahme berechtigt sind selbst-verständlich die Delegierten der Wahlkreisvereine. Auch darüber herrscht volle Uebereinstimmung, daß die sozialdemo-kratischen Frauen Preußens, die ja nicht Mitglieder der politi-schen Vereine sein können, das Recht haben müssen, Delegierte zu dem Parteitag zu entsenden. Teilnahmeberechtigt sind ferner die — freilich vorläufig noch auf dem Papier stehenden — Land-tagsabgeordneten Preußens und unsere in Preußen ge-wählten Reichstagsabgeordneten. Aus den Organi-sationsbestimmungen folgt mit Notwendigkeit, daß auch die Mit-glieder der Landeskommission zur Teilnahme an der Landeskon-ferenz berechtigt sind.

Von Steint ist der Antrag gestellt, den Sekretären der Agitationskommission ohne besonderes Mandat das Recht der Teilnahme zu gewähren. Dazu liegt kein Anlaß vor, da sie ent-weder als Mitglieder der Landeskommission ohne weiteres teil-nahmeberechtigt sind oder von einem Wahlkreisverein ihres Bezirks delegiert werden können.

Ebenso wenig erscheint der Antrag aus Teltow-Beeskow-Stor-ow-Chorlottenburg, den Redaktionen jeder preussischen Parteitages das Recht einzuräumen, je eines ihrer Mitglieder zur Landeskonferenz zu delegieren, begründet. Durch Annahme dieses Antrages würde für eine Kategorie von Parteigenossen ein Vorrecht geschaffen werden, für das in einem Statut unserer Partei kein Platz ist. Der Parteivorstand beruft zudem von Zeit zu Zeit Redakteurkonferenzen ein. Soweit auf den Parteitagen Angelegenheiten zur Verhandlung gelangen, die für die Redakteure ein besonderes Interesse haben, wird es ihnen ein leichtes sein, ein Mandat von einem Wahlkreisverein zu erlangen. Der Aronsche Vorschlag, den deutschen Parteivorstand als teilnahmeberechtigt zu erwähnen, fordert etwas, was niemand be-streitet. Die ausbrüchliche Hervorhebung des dem Parteivorstand zustehenden Rechtes ist nicht nötig, kann allerdings auch nicht schaden.

Wird über den Kreis der Berechtigten jedenfalls ohne große Schwierigkeit eine Verständigung zu erzielen sein, so bestehen bis jetzt erhebliche Meinungsverschiedenheiten dar-über, nach welchem Wahlmodus die Delegierten der Wahlkreisvereine zu wählen sind. Der Entwurf schlägt ein Pro-portionalwahlrecht vor, nach welchem Vereine bis 4000 Mitglieder einen, bis 3000 zwei, bis 5000 drei, bis 10000 vier und darüber hinaus fünf Delegierte und wählen berechtigt sind. Auch Arons und der Wahlverein Elberfeld-Barmen schlagen ein ähn-liches System vor; sie beschränken jedoch die Höchstzahl auf drei Delegierte. Arons will den Vereinen bis zu 500 Mitgliedern einen, bis zu 2000 zwei und darüber hinaus drei Delegierte zugebieten. Elberfeld-Barmen will eine Abstufung bis 1000, 5000 und darüber hinaus vornehmen. Dagegen beantragen der Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storow-Chorlottenburg und der Wahlverein Gildesheim, entsprechend der Bestimmung im deutschen Organi-sationsstatut, allen Wahlkreisvereinen ohne Rücksicht auf ihre Mitgliederzahl das Recht zu gewähren, bis zu drei Delegierten zu wählen. Die Gründe für und gegen alle diese Vorschläge sind oft genug erörtert worden. Von einem Genossen ist in der „Neuen Gesellschaft“ und in der Magdeburger Volks-stimme“ ausgeführt worden, daß der Gedanke, der in dem Statutenentwurf zum Ausdruck gekommen sei, an ein Verhältnis-recht erinnere, mit der Demokratie aber nichts zu schaffen habe, daß der heutige Modus der Vertretung vielleicht nicht ideal, aber immer noch besser sei wie die Vertretung der großen Städte. Er behauptet, das vorgeschlagene Wahlrecht verletzere den Grund-satz, daß derjenige, der viel Geld aufbringe, auch nicht zu sagen habe wie der, der keins aufbringe. Diese Auffassung ist eine von Grund aus irrige. Der Statutenentwurf räumt auch dem kleinsten Verein das Recht der Vertretung auf dem Parteitage ein. Kein organisierter Genosse hat ein größeres Recht als der andere. Der Entwurf vertritt jedoch den durch und durch demokratischen Grundhof, daß eine größere Zahl wahrberechtigter Personen auch ein größeres politisches Gewicht haben müsse als eine kleinere Zahl. Die Ausführungen der „Magdeburger Volksstimme“ führen dagegen dazu, daß die Majorität von der Minorität überstimmt werden kann. Sie rufen sehr eindringlich die Erinnerung an die Gründe nach, mit denen die ostelbischen Junker die Vertretung des flachen Landes gegenüber den Großstädten verteidigten. Ich kann des-halb das im Entwurf vorgeschlagene Proportionalwahlrecht nur

empfehlen. Ich finde auch nicht, daß eine Höchstzahl von fünf Delegierten für Kreise mit mehr als 10 000 Mitgliedern übertrieben ist. Die ausgesprochene Befürchtung, daß, wenn die Höchstzahl mehr als drei betrage, die preussischen Parteitage einmal stärker besucht werden können als die deutschen Parteitage, teile ich nicht; sie hat aber für mich auch nicht Schreckliches.

Ueber die Aufgaben der Landeskonferenz, die im § 3 festgesetzt worden sind, kann ich mich kurz fassen. Unstreitig gehört zu diesen Aufgaben die Prüfung der Mandate, die Entgegennahme der Berichte der Landeskommission und der — hoffentlich bald in voller Selbstständigkeit vor uns stehenden — preussischen Landtagsabgeordneten; die Beschlußfassung über alle der Landeskonferenz vorgelegten Anträge; die Bestimmung des Ortes, an dem die nächste Landeskonferenz stattfinden soll. Außerdem hat der Statutenentwurf der Landeskonferenz noch als Aufgabe zugewiesen die Beratung und Beschlußfassung über alle das Parteileben Preußens berührende Fragen. Dieser Passus ist als zu unbestimmt bezeichnet worden, so daß die Gefahr bestehe, der preussische Parteitag könne in die Kompetenz des deutschen Parteitages übergreifen. Genosse Arons schlägt deshalb vor, an seiner Stelle zu sagen: „Beratung und Beschlußfassung über alle Angelegenheiten, die wegen der Eigenart der preussischen Verfassung und Verwaltung eine besondere Behandlung erfordern“. Daß diese Vorschrift die Aufgabe der Landeskonferenz schärfer umgrenzt, ist mindestens zweifelhaft. Es wird oft eine Doppeldeutigkeit sein, welche Angelegenheiten wegen der Eigenart der preussischen Verfassung eine besondere Behandlung erfordern. Aber die Formulierung dieser Bestimmung hat überhaupt keine große Bedeutung, da in der Praxis die an die Hand gemalten Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem preussischen und dem deutschen Parteitage, wenn sie auftauchen sollten, schnell und ohne jede Verstimmung geschlichtet werden können. Ueberdies läßt sich eine jeden Zweifel ausschließende Form schwerlich finden. Am einfachsten dürfte es sein, den unstrittigen Passus dahin zu fassen: „Beratung und Beschlußfassung aller spezifisch preussischen Angelegenheiten“.

Zu erwähnen bleibt schließlich, ob nicht unter einer neuerlicher des § 9 noch die Bestimmung zu treffen ist, daß der Landeskonferenz auch obliegt die Wahl der Landeskommission. In Konsequenz des oben vorgelegten Statutenentwurfs müßte dies geschehen, da im § 10 die Wahl der Landeskommission durch die Landeskonferenz vorgesehen ist. Bei der Besprechung des § 10 wird zu prüfen sein, ob die Zusammenlegung der Landeskommission nicht auf anderem Wege erfolgen soll.

Die §§ 4 und 5 beschäftigen sich mit der Vorbereitung einer Landeskonferenz. Diese Bestimmungen sichern eine gründliche Vorbereitung der Landeskonferenzen. Spätestens 6 Wochen vor Einberufung der Landeskonferenz muß die Landeskommission den Wahlkreisen einen Rechenschaftsbericht übermitteln, ferner den Termin und die provisorische Tagesordnung veröffentlicht. Im Hesse-Rassauischen Entwurf ist gefordert, daß der Rechenschaftsbericht auch noch den Bezirkskomitees zugestellt werde. Dagegen wird nichts zu sagen sein, allerdings werden die Mitglieder der Landeskommission, die ja gerade nach diesem Entwurfe Mitglieder der Bezirkskomitees sind, ohnehin diesen Komitees den Rechenschaftsbericht übermitteln. Spätestens drei Wochen vor Tagung der Konferenz sind bei der Landeskommission alle Anträge einzureichen. Die Landeskommission ist verpflichtet, diese und die etwa auf Grund der Anträge abgeänderte Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor der Tagung der Konferenz in den dafür bestimmten Parteiorganen zweimal zu veröffentlichen. Der Entwurf Hesse-Rassaus fordert, daß das Publikationsorgan im Statut bezeichnet werde; es ist dies durchaus zweckmäßig. Alle Veröffentlichungen sollen im „Vorwärts“ erfolgen und sind von den übrigen für die preussischen Wahlkreise erscheinenden Parteiblätter abzuheften.

So oft das politische Leben es erfordert, müssen auch außerhalb der festgesetzten Frist die Parteigenossen zu einem Parteitage zusammenkommen. Die Einberufung solcher außerordentlichen Parteitage kann nach § 6 des Statuts ohne jede Schwierigkeit erfolgen. Ein Reichstagsbeschluss der Landeskommission reicht zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitages aus. Ja, nach dem Statut ist der Landesvorstand sogar schon auf Antrag von vier Provinzialkomitees verpflichtet, einen Parteitag binnen vier Wochen einzuberufen. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, so haben die Vorsitzenden der Provinzialkomitees, die den Antrag gestellt haben, selbst die Landeskonferenz einzuberufen. Für die außerordentlichen Parteitage fallen alle Fristbestimmungen, die für die ordentlichen Parteitage gegeben sind, fort. Parteigenossen! Wenn Sie nach meinem Vorschlage an die Stelle der Provinzialkomitees die Bezirkskomitees setzen, so können wir nicht schon vier Bezirkskomitees das Recht einräumen, einen außerordentlichen Parteitag zu berufen. Die Agitationskomitees einer Provinz, nämlich Schlesien, würden es sonst in der Hand haben, nach ihrem Willen Parteitage zu berufen. Ich schlage deshalb vor, die Zahl 4 auf 7 zu erhöhen.

Ueber § 7 brauche ich kein Wort zu verlieren. Er spricht den allgemein anerkannten Grundgedanken aus, daß die Abgeordneten die Landeskommission in den ihre Tätigkeit behandelnden Fragen ein Stimmrecht auf den Parteitagen nicht haben.

Die §§ 8 und 9 regeln in sehr einfacher Weise die Frage wie die durch die Landesorganisation erforderlich werdenden Mittel aufgebracht werden. Die Kosten für die Vertretung der Wahlkreise auf den Parteitagen tragen diese selbst. Die Kosten, die durch die Geschäftsführung der Landeskommission und des geschäftsführenden Ausschusses entstehen, werden ebenfalls im Wege der Abrechnung von den Provinzen oder Wahlkreisen im Verhältnis zu der Zahl ihrer Mitglieder erhoben. Der Hesse-Rassauische Entwurf will diesen Gedanken durchaus klar und konsequent in der Weise zur Durchführung bringen, daß die Unkosten durch die Zusammenkunft der Landeskommission entstehen, von den einzelnen Bezirkskomitees getragen und die Unkosten der geschäftsführenden Ausschüsse von den Bezirksverbänden prozentual ihrer Mitgliederzahl im Umlageverfahren erhoben werden.

In den §§ 10 und 11 wird die

Zusammensetzung und die Aufgabe der Landeskommission sowie ihres geschäftsführenden Ausschusses bestimmt. Nach dem Vorschlage unseres Statuts soll die Landeskommission bestehen aus je einem Vertreter jeder preussischen Provinz und Groß-Berlins, oder wenn Sie meinem Vorschlage folgen, aus je einem Vertreter jedes Agitationsbezirktes. Es sollen diese Vertreter von der Landeskonferenz gewählt werden. Von Hesse-Rassau ist dazu angesetzt worden, es jedem Agitationsbezirk zu überlassen, aus seiner Mitte heraus ein Mitglied für die Landeskommission zu bestimmen. Ich glaube allerdings, daß schließlich auch der Landeskonferenz nichts anderes übrig bleiben wird, als bei der Aufstellung der Vorschlagsliste für die Landeskommission bei den einzelnen Agitationskomitees Erkundigungen einzuziehen. Der einfache Modus, wie er von Hesse-Rassau vorgeschlagen wird, empfiehlt sich um so mehr, als auch in dem Entwurfe Groß-Berlins bereits gefordert wird, daß die etwa erforderlich werdenden Stellvertreter von den einzelnen Bezirkskomitees selbst bestimmt werden. Die Landeskommission, die also eine Vertretung der agitatorisch tätigen Kreise aller Landesteile Preußens sein soll, soll aus ihrer Mitte nach dem Entwurfe einen geschäftsführenden Ausschuss von drei Personen wählen. Der Obmann für den Ausschuss muß seinen Sitz in Berlin haben. Hierzu ist von Hesse-Rassau vorgeschlagen worden, daß als geschäftsführender Ausschuss ein für allemal fungieren soll der Vorsitzende, der Schriftführer und Kassierer der Parteiorganisation von Berlin. Es ist nicht zu bezweifeln, daß es etwas sehr Nützliches ist, wenn der geschäftsführende Ausschuss, der in Verbindung mit der Landeskommission und im Einverständnis mit dem deutschen Parteivorstande alle Geschäfte abwickeln soll, nicht in Berlin seinen Sitz hat. Wenn er sich erst mit den in der Provinz verstreut wohnenden Mitgliedern verständigen muß, so könnten wichtige Entscheidungen leicht eine Verzögerung erleiden zum Schaden der Partei. Der Vorschlag

von Hesse-Rassau ist deshalb durchaus zu billigen. Wenn unsere Berliner Genossen nicht schon selbst vorgeschlagen haben, daß der ganze geschäftsführende Ausschuss seinen Sitz in Berlin haben muß, so gehe ich sicher, nicht fehl, wenn ich annehme, daß die Berliner Genossen sich aus durchaus begründeten Gründen eine Zurückhaltung auferlegt haben. (Sehr richtig!) Sie haben auch nicht einmal den Samen erwecken wollen, als wenn die Berliner die ganze Geschäftsführung an sich reißen wollten. Versuchen wir auch diese Bescheidenheit, so haben wir doch gar keinen Grund, die Parteinteressen hintanzusetzen, lediglich um dieser bescheidenen Regierung unserer Berliner Parteigenossen nachzugeben. Es ist deshalb durchaus erwünscht, daß der Parteitag dem Vorschlage Hesse-Rassau folgt. Ich will dabei einfallen, daß dieser Hesse-Rassauische Entwurf von unserem Genossen Dittmann-Frankfurt a. M. herrührt, der die Gedanken des Berliner Statuts in sehr prägnanter Form und in konsequenter Fortentwicklung ausgebaut hat. Eine weitere Bestimmung seines Entwurfes fordert, daß die Landeskommission in der Regel im Frühjahr und Herbst jeden Jahres zusammenzutreten soll, damit sie unter allen Umständen eine lebenskräftige Tätigkeit entwickelt. Es kann gewiß nicht schaden, wenn in dem Statutenentwurf eine Bestimmung darüber enthalten ist, daß die Landeskommission in gewissen Zwischenräumen zusammenzutreten soll. Aber es scheint mir unnötig zu sein, vorzuschreiben, daß diese Zusammenkünfte zweimal im Jahre erfolgen sollen, auch wenn die politischen Ereignisse es nicht erfordern. Es genügt wohl vollständig, wenn wir vorschreiben, daß die Landeskommission regelmäßig einmal im Jahre zusammenzutreten hat, und nur wenn das Bedürfnis dazu vorliegt, häufiger.

Im § 11 wird nun gefordert: Bei allen wichtigen Parteilaktionen, an denen die Sozialdemokratie Preußens beteiligt ist (Beschlüsse über die Art der Wahlbeteiligung, Demonstrationen und dergleichen), hat sich die Landeskommission mit den Provinzialkomitees rechtzeitig in Verbindung zu setzen, jedoch vor der Beschlußfassung in diesen Fragen mit dem Parteivorstande sich zu verständigen. Damit ist der Grundsatz ausgesprochen, daß unser Landesvorstand, unsere Landeskommission, nicht unabhängig von dem deutschen Parteivorstande die Geschäfte führen soll, sondern daß die Spitze unserer Organisation sich verbinden soll mit der Spitze der deutschen Parteiorganisation. Es soll nicht eine Loslösung der neuen Organisation von der deutschen Organisation stattfinden, sondern die neue Organisation soll der bestehenden deutschen angegliedert werden. Diese Frage ist deswegen so wichtig, weil bei Schaffung einer selbständigen Organisation eine Menge von Schwierigkeiten im Keime gegeben werden. Alle Kritiker des Berliner Entwurfs ohne Ausnahme haben sich dieser Ansicht nicht verschließen können, und haben die Notwendigkeit anerkannt, daß das Statut solche Reibungen unmöglich machen müsse. Es wäre in der Tat sehr zum Schaden unserer Partei, wenn innere Streitigkeiten aus dem Nebeneinanderbestehen zweier Organisationen entstehen würden und dadurch die Aktionsfähigkeit der Partei gelähmt würde. Preußen bildet den größten Teil des deutschen Reiches, und der deutsche Parteivorstand hat auch bisher ständig in die Agitation in Preußen tätig eingegriffen; ich erinnere an das preussische Handbuch von 1908, das in seinem Auftrage verfaßt worden ist. Genosse Arons selbst hat betont, daß unter seinen Umständen dem Parteivorstande auch nicht ein einziges seiner Verwaltungsgeschäfte abgenommen werden dürfe, die er bisher auch für Preußen in völlig befriedigender Weise geführt habe. „Ein derartiges Vorgehen wäre wohl — so führt er aus — dazu angetan, den ganzen Charakter des deutschen Parteivorstandes umzugestalten, sehr zum Nachteil der gesamten Sozialdemokratie Deutschlands.“ Also Genosse Arons selbst ist sich der Tragweite seiner Vorschläge, die darauf hinausgehen, einen selbständigen Parteivorstand neben den deutschen zu setzen, sehr wohl bewußt. Er glaubt allerdings, der Schwierigkeiten Herr zu werden, indem er die Arbeitsgebiete der beiden Vorstände genau abgrenzt. Das ist ihm aber nicht gelungen und konnte nicht gelingen, wie in der Natur der Sache liegt. Arons macht bestimmte Vorschläge, um etwaige Differenzen sofort zu erkennen und zu beseitigen. Nach seinem Vorschlage, dem sich auch ein Antrag aus Radeburg angeschlossen hat, soll der Landesvorstand aus fünf Personen bestehen, und zwar aus vier von der Landeskonferenz zu wählenden, dem ersten und zweiten Vorsitzenden und zwei Sekretären, und fünftens aus einem Mitgliede des Parteivorstandes. Genosse Arons ist also so freundlich, dem deutschen Parteivorstand die Rolle des fünften Rades am Wagen zuzumuten. Ich weiß nicht, ob der deutsche Parteivorstand gerade große Lust hat, diese Rolle zu übernehmen. Wie denkt sich der Genosse Arons das Zusammenarbeiten im Landesvorstande? Nach ihm soll das Mitglied des Parteivorstandes das Recht haben, Protest zu erheben, wenn ein Beschluss des Landesvorstandes über den Kreis der preussischen Angelegenheiten hinausgeht oder dem Interesse der Gesamtpartei zu widersprechen scheint. Dieser Protest soll die Wirkung eines suspensiven Veto haben; es muß über den Gegenstand in einer neuen Sitzung beraten und beschloffen werden. Zu welcher der deutsche Parteivorstand zwei weitere Mitglieder mit Sitz und Stimme in dieser Angelegenheit entsenden kann. Zur Verhinderung der Geschäfte kann dies Verfahren sicher nicht beitragen; gerade bei wichtigen Fragen wird leicht eine gefährliche Verhinderung eintreten. Die drei Mitglieder des Parteivorstandes können von den vier anderen allemal überstimmt werden. So erhebt sich ständig die Gefahr sachlicher Konflikte, aus denen, wie Sie wissen, sehr leicht persönliche Verstimnungen entstehen. Demgegenüber ist die Stellung der Landeskommission nach dem Berliner Statut durchaus klar. Sie bildet die Vertretung aller Bezirksverbände, sie unterstützt den Parteivorstand in seiner agitatorischen Aufgabe und regt ihn an, wenn er nicht schnell genug eingreift.

Der Vorschlag des Genossen Arons ist aber auch noch in anderer Richtung so unpraktisch wie nur denkbar. Die Aufgabe des Landesvorstandes, insbesondere der beiden mit festem Gehalt anzustellenden Sekretäre, soll nach ihm sein: „Das Studium der preussischen Verfassung und Verwaltung mit ihren so vielfach wieder unter sich verschiedenen Bestimmungen, das Verfolgen der laufenden Entwicklung und das dadurch bedingte Studium der von den verschiedenen Ministern herausgegebenen Verwaltungsdokumente, das Verfolgen der praktischen Tätigkeit in den Gemeinden, in den Kreistagen, in den Provinziallandtagen mit ihren nach den Provinzen verschiedenen Einrichtungen. Der Vorstand hat weiter Material für die Presse zu liefern und auf Anfragen aus Parteikreisen Auskunft zu erteilen, sowie eine eigene Handbibliothek nebst Archiv anzulegen.“ Wenn die zwei Sekretäre diese Aufgabe erfüllen sollen, dann werden sie, wenn sie auch noch so frisch und talentvoll in den preussischen Landesvorstand eintreten, nach kurzer Zeit vollständig verblüht sein; sie werden von dem dauernden Studienstudium bleichsüchtig werden. (Dankbarkeit!) Es wird sehr bald von ihnen heißen: die angeborene Frische der Entscheidung ward von dem Gedankenblasse angefrachtet. Auf diese Weise wird man gute Archivare, gute Oberstudienräte ersuchen. (Dankbarkeit!) Diese sind ganz gewiß notwendig und für die Partei sehr nützlich. Sie sollen aber Hilfskräfte des Vorstandes sein und nicht selbst den Vorstand darstellen. Ein Parteirat hat haben wir bereits; auch ein Preßbureau ist eingerichtet, dem in Esen gerade die Aufgabe erteilt ist, geschichtliches und statistisches Material für die Parteipresse zu beschaffen. Es wird das preussische Material gewiß nicht vernachlässigen. Wer einen frischen, tatkräftigen Landesvorstand haben will, kann den Vorschlag des Genossen Arons nicht akzeptieren. Genosse Arons hat dem „Vorwärts“ selbst geschrieben: „Gewiß wird niemand behaupten können, daß die vorgeschlagenen Änderungen das Muster aller Vollkommenheit seien; gewiß wird auch so der Gesamteindruck nicht stets die gewünschte Scharfsinnigkeit und Reibungslosigkeit haben.“ Darin stimme ich dem Genossen Arons bei: Nicht das Muster aller Vollkommenheit ist sein Vorschlag, sondern, ohne ihm zu nahe zu treten, in höchem Maße unvollkommen und unpraktisch. Wer es will, daß wir uns einen preussischen Landesvorstand schaffen, der von hoher politischer Partei mit praktischem Blick die Geschäfte entscheidet und entscheidungskraftig

führt, der wird sich auf den Boden des Berliner Statuts stellen müssen. Organisationen einer Partei werden nicht für die Ewigkeit geschaffen. (Sehr richtig!) Durch Organisationen zaubert man nicht die Macht einer Partei herbei. Im gegenwärtigen Augenblick bietet der vorgelegte Entwurf in seinen Grundzügen — nur diese vertrete ich — alles, was die preussische Sozialdemokratie braucht. Den Parteigenossen in Preußen wird volle Bewegungsfreiheit gegeben, aber sie werden zu einheitlicher mächtiger Organisation zusammengeführt. Ich bitte Sie deshalb, dem Entwurf in seinen Grundlinien zuzustimmen. Er kann nicht ohne weiteres im Plenum erledigt werden; ich beantrage deshalb, nachdem eine Generaldiskussion stattgefunden hat, eine Kommission von 15 Mitgliedern einzusetzen, welche diesen Entwurf unter Berücksichtigung namentlich des Hesse-Rassauischen Entwurfs und die gestellten Abänderungsanträge zu prüfen hat. Ich bin überzeugt, daß diese Kommission dasjenige finden wird, was notwendig ist, um die Parteibewegung in Preußen vorwärts zu bringen auf Grund einer neuen schlagfertigen Organisation. (Lebhafter Beifall.)

Die Generaldebatte

wird eröffnet. Auf Vorschlag von Singer wird dem ersten Redner, Genossen Arons, als Vertreter derjenigen Richtung, die in einem grundsätzlichen Widerspruch zu den Anschauungen des Entwurfs steht, eine Redezeit von 20 Minuten gewährt.

Dr. Arons-Berlin:

Leopold des erpreussischen Referats von Haase bedauere ich doch, daß von der Gerechtigkeit abgegangen ist, daß eine Kommission — als solche darf ich wohl die Genossen von Berlin, die mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beauftragt waren, bezeichnen — durch eines ihrer Mitglieder über ihre Arbeiten zunächst Bericht erstatten läßt. (Sehr richtig!) Es ist natürlich außerordentlich wichtig, auch die Geschichte der Entstehung und Entwicklung eines Entwurfs kennen zu lernen. Da diese Art der Berichterstattung unterblieben ist, muß ich einen Teil meiner Redezeit darauf verwenden, einen Augenblick auf die Vorgeschichte einzugehen, soweit sie mir bekannt sein kann. Der Entwurf ist nicht so entstanden, wie er Ihnen hier vorgelegt ist. Mit ganz gesundem Empfinden haben die Berliner Genossen, als sie zunächst an die Ausarbeitung eines Entwurfs gingen, denselben aufgebaut einmal auf dem preussischen Parteitage und zweitens haben sie dafür Sorge getragen, daß der preussische Parteitag auch ein Aktionsorgan hat, nämlich einen Landesvorstand von 7 Personen. Die Berliner hatten mit gesundem politischen Instinkt alle Vorfestungen getroffen, um einen selbständigen preussischen Parteitag und dementsprechend einen selbständigen preussischen Landesvorstand zu schaffen. Erst nach der Einwirkung des deutschen Parteivorstandes ist dieser Entwurf abgeändert worden, er hat die Gestalt erhalten, wie er heute vorliegt. Im „Vorwärts“ vom 18. November hat Dittmann in bezug auf diesen Entwurf geschrieben: „Der Organisationsentwurf der Berliner Parteisektion bleibt auf halbem Wege stehen, er zögert noch, überall die Konsequenzen zu ziehen, zu denen die ganze Entwicklung der Parteiorganisation in dieser Frage hinwinkt. Dadurch erhält der Entwurf das Gepräge der Halbheit und Unentschiedenheit.“ Diefem Urteile schließe ich mich voll an, und ich beständige gern, daß der Entwurf des Landesparteitages von Hesse-Rassau tatsächlich die Konsequenzen aus dem Berliner Entwurf gezogen hat. Vergleichen wir meinen Entwurf mit dem Hesse-Rassauischen, so herrscht Uebereinstimmung darüber, daß es sich eigentlich gar nicht um die Schaffung einer Landesorganisation für Preußen handelt. Die Landesorganisation in Preußen ist bisher schon so vollkommen durchgebildet, wie sie nur in einem anderen Bundesstaat durchgebildet werden kann. Die ganze Frage, um die es sich dreht, ist: Auf welche Weise ist es möglich, diese schon bestehende gute preussische Landesorganisation nun auch voll und ganz wirksam zu machen für die großen Aufgaben, die der Sozialdemokratie in Preußen bevorstehen, für die großen Aufgaben, die für die ganze innere Politik Deutschlands von größter Bedeutung sind? Wir wollen die ganze preussische Tätigkeit aufbauen auf einem preussischen Parteitage und stimmen deshalb vollkommen überein mit den §§ 1 und 2 des Berliner Entwurfs, welcher den preussischen Parteitag an die Spitze stellt und zunächst ihn und seine Aufgaben behandelt. Wobin die Konsequenzen aber führen, wenn man den Gedanken des Berliner Entwurfs durchdenkt, das zeigt uns der Hesse-Rassauische Entwurf. Dort finden Sie in den ersten vier Paragraphen den preussischen Parteitag überhaupt nicht erwähnt, er wird erst im § 5 behandelt. Darüber hinaus hat der Hesse-Rassauische Vorschlag wieder in vollständiger Durchführung seiner Konsequenzen dem preussischen Parteitag alle Wahlen genommen. Das ist durchaus mit Recht geschehen. Singer hat wiederholt, zuletzt in seinem guten Aufsatz in der „Neuen Zeit“, ausgeführt, um dieses Ziel zu erreichen, müsse der künftige Landesvorstand der preussischen Parteigenossen als Hilfsorgan des Parteivorstandes fungieren, von diesem reorganisieren und mit ihm gemeinsam alle für die Agitation notwendigen Maßnahmen feststellen. Also, der künftige preussische Landesvorstand soll als Hilfsorgan des Parteivorstandes fungieren und von diesem reorganisieren! Nun halte ich es für ausgeschlossen, daß ein solches preussischer Parteitag ein Hilfsorgan wäre für den deutschen Parteitag, auf dem er seinerseits gar nichts zu sagen hat. Auf dem ersten preussischen Parteitage hat Singer mit Recht festgestellt, daß der deutsche Parteivorstand gar nicht in der Lage ist, irgend einen Auftrag des preussischen Parteitages entgegenzunehmen. Wir müssen aber verlangen, daß der preussische Parteitag auch ein von ihm abhängiges Aktionsorgan hat. Das ist der einzige Punkt, wo der Hesse-Rassauische Entwurf nicht konsequent ist. Er hätte einfach sagen sollen, daß die Landeskommission befugt ist, einen preussischen Parteitag einzuberufen zur Erledigung wichtiger Fragen, im besonderen zur Abänderung des dann vorliegenden Statuts, und daß die Landeskommission verpflichtet sein muß, den Parteitag einzuberufen, wenn von einer bestimmten Anzahl von Aktionsbezirken diese Forderung gestellt wird. Wir fordern konsequenterweise einen besonderen Parteivorstand für Preußen. Genosse Haase hat mit Bezug hierauf den Witz vom 6. Rad am Wagen gemacht; ich kann das wirklich nicht mehr als Witz bezeichnen, denn dieses Mitglied soll ja nur dazu dienen, — Kontakt aufrecht zu erhalten, um rechtzeitig darauf aufmerksam zu machen, wenn an einem bestimmten Punkte etwa Reibungen entstehen. Was mir die Hauptsache ist, und was Haase besonders lächerlich zu machen suchte, das ist gerade die Institution des speziellen preussischen Sekretariats. Keiner Meinung nach sollten die Sekretäre nicht nur die von Haase verlesenen Aufgaben erfüllen, sondern auch alle Kreisblätter verfolgen. Natürlich sollen nicht etwa sämtliche Kreisblätter im Parteibureau gehalten werden, wohl aber müßte der preussische Parteivorstand sich mit den Bezirksorganisationen in Verbindung setzen und sich von diesen das Wissenswerte aus den Kreisblättern schicken lassen.

Nun ist besonderer Wert gelegt auf die Reibungen zwischen den beiden Körperschaften. Erstens läßt sich nicht immer Sorge zu haben für die Bequemlichkeit des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind doch die Beauftragten der Parteigenossen. Benehmen sie sich nicht richtig, entstehen Mißverständnisse, dann sind die Vorträge dazu da, die Genossen zur Ordnung zu rufen und, wenn das nicht gelingt, sie durch andere zu ersetzen. Derartige Ueberlegungen brauchen und nicht allgütiger graue Haare zu machen. Aber weiter! Wer hindert denn, die Mitglieder des deutschen Parteivorstandes in den preussischen Landesvorstand zu wählen? Es steht doch gar nichts im Wege, daß die beiden Vorsitzenden wählen aus der Mitte des Parteivorstandes? Dann wird doch an der Frische der Arbeitskraft durchaus nicht zu zweifeln sein! (Heiterkeit.) Nun werden Sie vielleicht sagen, das ist gehüpft wie gesprungen. Wenn wir die Genossen in den preussischen Landesvorstand wählen, dann können wir ja die Sache einfach dem deutschen Vorstand übertragen. Aber das ist ein gewaltiger Unterschied. Wenn diese Genossen Mitglieder des preussischen Landesvorstandes sind, dann sind sie eben abhängig von dem preussischen

Parteitag, während umgekehrt der deutsche Parteitag es geradezu ablehnen muß, von der preussischen Organisation Austritte entgegenzunehmen. Haben Sie aber Genossen aus dem Parteivorstand in den Landesvorstand gewählt, dann haben Sie erreicht, daß diese Organisationen auf das engste verschmolzen sind.

Ich muß es mir erlauben, auf Einzelheiten einzugehen, ich will nur noch zusammenfassend bemerken: Der Hesse-Rheinische Entwurf, der ja aus dem Berliner Entwurf nur die Konsequenzen gezogen hat, will, wenn wir uns klar und deutlich ausdrücken wollen, alles beim alten lassen. Wenn ich jetzt meinen verehrten Freund Singer sehen könnte, dann würde ich vielleicht ein nur mühsam unterdrücktes, freudiges Lächeln bei ihm wahrnehmen, wenn ich sage: daß die letzte Konsequenz des Berliner Entwurfs gezogen ist in einem Antrag der Rhieler Genossen, der leider offiziell noch nicht eingegangen ist, und der dahin geht, daß man von einer preussischen Landesorganisation überhaupt ganz absehen solle. Das wäre die letzte Konsequenz, denn tatsächlich schaffen Sie mit dem Entwurf von Hesse-Rheinland nichts was neu wäre, sondern gewissermaßen einen vereinigten Landtag, wie man ihn in Preußen in der absoluten Monarchie einrichtete. Eine Landeskommission, die aus allen preussischen Bezirken gewählt wird, sich zur Unterstützung heranzuziehen, das ist dem Parteivorstande auch heute nicht benommen. Auf der anderen Seite dagegen wollen wir, daß der preussische Parteitag als solcher die preussischen Angelegenheiten führt, und dazu bedarf es eben eines von ihm abhängigen, nur von ihm ressortierenden Organs. Wie die Verbindung mit dem deutschen Parteivorstand hergestellt ist, wird Sache der Kommissionsberatung sein. Die Hauptgegenstände der selbständigen preussischen Organisation sind dieselben Männer, die jahrzehntelang gekämpft haben gegen die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Gerade diese Männer waren es, die, nachdem die Beteiligung beschlossen war, mit der größten Energie an den Wahlen teilgenommen und gelitten haben, das Resultat zu erzielen, das erzielt ist. Aber zögernd sind sie herangegangen, und dadurch haben wir viel kostbare Zeit verloren. Ich fürchte, wenn wir auch jetzt wieder den Ratsschlagen dieser hochangesehenen Männer folgen, dann werden wir wieder viel kostbare Zeit für die Angelegenheiten verlieren.

Dittmann-Frankfurt a. M.:

Genosse Arons hat am Schlusse seiner Ausführungen gemeint, der Entwurf von Hesse-Rheinland lasse alles beim alten, während er etwas Neues schaffen wolle. Bis zu einem gewissen Grade hat er recht. Es ist in der Tat so, daß der Entwurf von Hesse-Rheinland und der Berliner Entwurf nicht Neues geben, sondern nur auf Grund des vorhandenen weiter bauen wolle. Man muß sich von vornherein die Frage vorlegen, ob alles, was wir für die Landesorganisation schaffen wollen, wie Arons will, ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der Wahlrechtsbewegung geschaffen werden soll. So wichtig die Frage auch ist, müssen wir doch unseren Blick weiter schweifen lassen und auf die historische Entwicklung der Gesamtparteiorganisation vor Augen fassen. So müssen wir uns die Landesorganisation für Preußen schaffen. Diese Organisation soll nicht neben den alten Organisationen, sondern in sie hineinverflochten werden und das ist das Entscheidende! Der Berliner Entwurf und nach konsequenter Verfolgung der von Hesse-Rheinland hat allem Rechnung getragen, was die Situation erfordert. Wir können nur die Organisationsglieder, die wir in den einzelnen Landesteilen bereits besitzen, zusammenfassen. Es ergibt sich von selbst, daß der Sitz des Landesvorstandes in der Landeszentrale, in Berlin, sein muß; wir können da die Bescheidenheit der Berliner Genossen nicht ablehnen. Arons schlägt nun einen gesonderten Landesvorstand, der von der Mehrheit gewählt werden soll, vor und verlangt, daß zwei seiner Mitglieder befehligte Sekretäre seien. Wie haben wir denn bisher in der Partei die Sekretärsfrage gelöst? Wir haben 80 bis 70 Partei-, Wahlkreis- und Bezirkssekretäre. Entscheidend für die Anstellung eines Sekretärs war immer die Frage der Arbeitserleichterung. Dieser Gesichtspunkt muß auch für die preussische Landesorganisation gelten. Solange die leitenden Berliner Genossen in Verbindung mit dem Parteivorstand es für möglich erachten, die Geschäfte der Landesorganisation zu erledigen, liegt kein Grund vor, besondere Sekretäre anzustellen. Wir wissen noch nicht, welchen Umfang die Tätigkeit des Landesvorstandes einnehmen wird, wie wichtig auch nicht, wie sich die Arbeit zwischen dem Parteivorstand und dem geschäftsführenden Ausschuss teilen wird, und deshalb brauchen wir vorläufig die Sekretärsfrage nicht in den Vordergrund zu stellen. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein, daß wir einen selbständigen Landesvorstand neben dem Parteivorstand stellen. Im gewissen Grade scheint auch Arons dieser Meinung zu sein. Nur geht er immer von dem Gesichtspunkt aus, daß es sich in erster Linie um die Wahlrechtsfrage handelt und darin liegt der Kardinalfehler seiner Vorschläge. Er will auch ein gesondertes Kassensystem für Preußen haben. Das würde der Entwicklung der Gesamtparteiorganisation nicht nützlich sein. Höchstens könnten wir eine Resolution annehmen, die den Parteigenossen empfiehlt, angesichts der gewaltigen neuen Aufgaben die regelmäßigen Mitgliedsbeiträge überaus zu erhöhen. Ebensonstige wie wir eine besondere Kassensystem für die Kommunalwahlen oder die Reichstagswahlen haben, ebensotrenig brauchen wir eine besondere Kassensystem für Preußen. Ueber die geschäftliche Behandlung der Angelegenheit bin ich der gleichen Auffassung wie Haase. Wir müssen eine Kommission wählen, die versuchen wird, das Beste aus allem herauszuschälen. (Bravo!)

Horn-Stettin:

Sobald eine Neuorganisation geschaffen werden soll, geben die Meinungen auseinander. So ist es auch hier. Vor allem ist die Kompetenzfrage aufgeworfen worden, die Kompetenzfrage zwischen Parteivorstand und Landesvorstand. Aber diese dürfte gar nicht in Betracht kommen.

Die Funktionen des Parteivorstandes werden durch den deutschen Parteitag bestimmt, die Funktionen des Landesvorstandes sollen in Zukunft ihm durch den preussischen Parteitag zugewiesen werden. Wenn beide Glieder ihre Schuldigkeit tun, neben und miteinander, dann werden die Fragen der Preußen-Politik so gelöst werden, wie die Fragen der Reichspolitik. Der Vorschlag von Groß-Berlin enthält in der Frage der Vertretung auf der preussischen Konferenz eine Lücke. Die Kommission muß präzis ausdrücken, wie die Vertretung der Frauen zustande kommen soll. Im Entwurf ist nur für die Männer und nicht für die Frauen die Proportionalvertretung vorgeschrieben. Stettin beantragt, daß auch die Parteisekretäre ohne weiteres am Parteitag teilnehmen sollen. Haase meint, diese Bestimmung sei überflüssig, weil die einzelnen Agitationskomitees ohne weiteres ihre Sekretäre in die Landeskommissionen delegieren werden und weil es andererseits den Wahlkreisen ja unbenommen sei, die Parteisekretäre zu delegieren. Wie wird es aber in Wirklichkeit kommen? Gewiß werden diese Agitationskomitees ihre Sekretäre in die Landeskommission delegieren. Aber wenn das nicht geschieht, haben die Sekretäre kein Anrecht, am Parteitag teilzunehmen. Die Wahlkreise sehen bei der Delegation darauf, mit den Personen zu wählen, damit möglichst viel Genossen Erfahrungen sammeln. Deshalb ist es besser, wenn in dem Statut den Sekretären ohne weiteres das Recht das Teilnehmen an dem preussischen Parteitag gegeben ist. Das Berliner Statut legt fest, wie die Wahl der Vertreter zur Landeskommission vorgenommen werden soll. Es schreibt vor, daß die Wahl auf der Landeskonferenz vorgenommen sei. Der Vorschlag ist unpraktisch. Denn nur die Genossen, die zufällig ein Mandat zur Landeskonferenz haben, würden für die Wahlen der Landeskommission in Frage kommen. Wenn die Bezirkskommissionen die Befugnis haben, Vertreter auf die Landeskonferenz zu entsenden, sollten sie auch die Befugnis erhalten, Vertreter in das Landeskomitee zu wählen. Gut wäre es auch, wenn die Redakteure auf dem preussischen Parteitag anwesend sein würden. Die Anschauungen des Genossen Arons sind vielfach belächelt worden, aber ich halte seinen Gedanken im großen und ganzen für gesund. Wenn ein selbständiger Landesvorstand vorhanden, wenn besondere Sekretäre angestellt würden, dann können die preussischen Angelegenheiten doch intensiver als bisher betrieben werden und es würde viel mehr herauskommen, als wenn die Angelegenheit nur gewissermaßen nebenamtlich betrieben wird. Frag-

lich ist nur, ob wir schon heute den Arons'schen Vorschlägen folgen dürfen. Ein solcher Apparat, wie Arons ihn vorstellt, erfordert umfangreiche Mittel. Die meisten Agitationsbezirke können aber weitere Mittel nicht aufbringen. Sie haben mit ihren eigenen Angelegenheiten voll auf zu tun. Der Arons'sche Vorschlag erscheint mir deshalb verfehlt.

Pfannkuch-Berlin:

Washer war ich der Meinung, daß man, wenn man eine Frage stellt und sich selber die Antwort erteilt, es eigentlich unterlassen sollte, die Frage überhaupt zu stellen. Genosse Arons hat schon publizistisch die Frage aufgeworfen, weshalb der Referent über diesen Punkt aus Königsberg gekommen ist. (Zwischenruf Arons.) Genosse Arons wollte an der Hand des Berichtes darlegen, daß Berlin in seinem ersten Entwurf, von richtigem Instinkt geleitet, etwas ganz anderes gewollt habe als das, was der zweite vorliegende Entwurf bietet. Erst durch das Eingreifen des deutschen Parteivorstandes habe der Organisationsentwurf die jetzige Form erhalten. Darauf antwortete ich im Namen des deutschen Parteivorstandes. Selbstverständlich hielten wir es für unsere Pflicht, mit den Parteigenossen Berlins zu beraten, wie am besten eine Organisation für Preußen geschaffen werden könne, ohne daß irgend welche Fraktionen zwischen den beiden Organisationen zu befürchten wären. Allein von diesem Bestreben hat der Parteivorstand sich leiten lassen.

Bis zur Stunde haben sich die Genossen nicht zu beschweren gehabt, daß der Parteivorstand in bezug auf die Agitation in Preußen etwas veräumt hätte, am allerwenigsten in der Wahlrechtsfrage. Die Berliner Parteigenossen ließen sich von den Gründen, die der Parteivorstand gegen ihren ursprünglichen Entwurf geltend machte, überzeugen und nahmen die erforderlichen Änderungen vor. Genosse Dittmann hat bereits auf den organisatorischen Aufbau der deutschen Parteiorganisation, wie er durch die Jenaer Beschlüsse geschaffen worden ist, hingewiesen. Schon in Jena traten Bestrebungen auf, den streng zentralistischen Charakter der Parteiorganisation nicht zur vollen Geltung kommen zu lassen und den einzelnen Landesorganisationen größere Machtbefugnisse zuzuwenden. Auch in Deutschland sind Bestrebungen vorhanden wie in Frankreich und Italien, die darauf hinauslaufen, den Abgeordneten der Verantwortung vor der Gesamtpartei zu entziehen und ihn nur seinem Wahlkreis verantwortlich zu machen. Und auch für die Presse ist ähnliches versucht worden. Da mußte der Parteivorstand sich sagen: Solche Reibungsflächen dürfen nicht vermehrt werden. Die preussische Organisation muß so beschaffen sein, daß sie sich in dem Rahmen der allgemeinen deutschen Organisation glatt einfügt. Geschlecht das nicht, dann wird die preussische Organisation tonangebend. Daneben haben wir dann die sächsische, badische, württembergische, bayerische Parteiorganisation, die aus dem Rahmen der allgemeinen Parteiorganisation heraus sich eine Sonderstellung zu sichern suchen werden, wie sie naturgemäß der preussischen Organisation zufallen müßte, wenn den Vorschlägen Arons stattgegeben würde. (Lebhafte Zustimmung.)

Zum Schlusse hat Genosse Arons ein Gespenst aufmarschieren lassen, um uns graulich zu machen. Er hat darauf hingewiesen, daß die Männer im deutschen Parteivorstand, die den Organisationsentwurf vorgelegt haben, seinerzeit die entschiedensten Gegner einer Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen gewesen seien. Die konsequente Weiterführung des Gedankens wäre, daß diese Männer nun auch nicht mit aller Energie die preussische Wahlrechtsbewegung betreiben könnten. (Widerpruch des Genossen Arons.) Ich behaupte nicht, daß Sie diesen Gedanken ausgesprochen haben. (Arons: Ich habe das Gegenteil konstatiert.) Aber das ist die weitere Auslegung dessen, was Sie gesagt haben. Und da möchte ich dem Genossen Arons doch verraten, daß seinerzeit, in der Mitte des vorigen Jahrzehnts, als die Beteiligung unserer Partei an den preussischen Landtagswahlen zur Debatte stand, im deutschen Parteivorstand drei Mitglieder so warme Befürworter dieser Beteiligung waren, wie es jetzt der gesamte deutsche Parteivorstand ist. Sie wissen ja alle, was der deutsche Parteivorstand in den letzten Wochen in der Wahlrechtsfrage getan hat. Auf Einzelheiten des Entwurfs gehe ich nicht ein. Für den deutschen Vorstand kann ich erklären, daß wir bereit sind, alles was wir für richtig und zutreffend halten, und das ist im wesentlichen der Frankfurter Entwurf, in unseren Entwurf aufzunehmen. Dagegen werden wir alles daran setzen, dem Arons'schen Entwurf zur Ablehnung zu verhelfen. Er sprach von mir und seinen Freunden. Wer sind diese Freunde? (Arons: Magdeburg.) In Magdeburg ist der Genosse Müller, der jetzt nicht dort ist, für den Arons'schen Entwurf eingetreten, und die Magdeburger haben aus Freundschaft für Müller ihm zugestimmt. (Arons: Breslau!) Wenn man die Aufgaben sieht, die die Arons dem preussischen Sekretäre zuweisen will, dann muß bei dem gegenwärtigen Stande unserer deutschen Finanzen man auch eine Antwort auf die Frage haben, wie die Mittel aufgebracht werden sollen, um diese Aufgabe zu lösen. Arons erwartet die Aufbringung dieser Mittel einmal von den Kreisvereinen, aber da wird er gar nichts bekommen, weil die Kreisvereine einfach nichts mehr abgeben können. Dann denkt er an freiwillige Zuwendungen. Genosse Arons ist ein sehr reicher Mann, ich nehme das wenigstens an. Ich glaube, er wird dann an der Spitze der freiwilligen Zuwendungen mit einem außerordentlich hohen Beitrage figurieren müssen. Ob das die Parteigenossen aber wollen und wünschen, ist eine andere Frage. Auch hier würden wir in Unzulänglichkeiten hineingeraten, die die Partei nicht auf sich nehmen kann.

Drescher-Dalle:

Im Gegensatz zu Genosse Haase bin ich unbedingt für die Erteilung von Provinzialkomitees. Wir haben jetzt 22 Bezirkskomitees und in gar nicht zu langer Zeit werden es 30 werden. Dann wird es unmöglich werden, das Landeskomitee aus den Bezirkskomitees zu wählen. Und wir werden auf die Provinzialkomitees zurückgreifen müssen. Ferner empfehle ich den Antrag Stettin. Ich bin nicht der Meinung, daß dem Sekretär ein besonderes Vortrecht eingeräumt wird, denn die Reichstags- und Landtagsabgeordneten haben schon jetzt das Recht, am preussischen Parteitag teilzunehmen. Dieses Recht können wir auch den Sekretären zubilligen. Wir können vielleicht die Bestimmungen des § 7 auf sie ausdehnen, um irgend welche nachteilige Folgen zu verhüten. Im heftigsten Entwurf halte ich den § 9 für bedenklich, der vier Bezirksvorständen das Recht erteilt, eine Landeskonferenz einzuberufen, wenn das Landeskomitee einen Antrag von vier Bezirksvorständen auf Abhaltung einer Landeskonferenz abgelehnt hat. Diese Bestimmung dürfte ich abzulehnen, sie muß notwendig zu Differenzen führen. Gegen die Gedankengänge des Genossen Arons habe ich nicht so viel Bedenken, wie die Vordredner. Das Landeskomitee ist schließlich doch auch so selbständig, wie ein selbständiger Landesvorstand. Aber da wir doch gar keine praktischen Erfahrungen haben, wollen wir sie erst sammeln und dann die Arons'schen Vorschläge prüfen.

Geweß-Eiberfeld:

Wir haben bisher noch gar keine Erfahrungen darüber, was eigentlich eine speziell preussische Organisation tun soll, und welche Aufgaben ihr zuweisen sind. Wir in Eiberfeld wollten diese Aufgaben präzisieren, aber jetzt glaube ich ist es besser, wir lassen es so, wie es vorgeschlagen ist. Jedenfalls muß alles vermieden werden, was irgend wie zu Fraktionen zwischen der preussischen Parteileitung und dem Parteivorstand führen kann. Das will wohl auch Arons. Freilich die Konsequenz der von ihm vorgeschlagenen Organisationsform würde eine andere sein, als er selber glaubt. In der Kommission können wir die einzelnen Vorschläge prüfen. Das wesentliche ist: Wie soll die Organisation beschaffen sein und wie denkt man sich die Aufbringung der Mittel. Genosse Pfannkuch hat es für unmöglich erklärt, daß die Wahlkreisvereine die Mittel aufbringen. Deshalb erübrigt sich auch die Frage nach der Anstellung von preussischen Parteisekretären. Daran dürfen wir vorläufig nicht denken. Sollte es sich herausstellen, daß die Fülle der preussischen Arbeiten so groß ist, daß ihre Erledigung dem Parteivorstand nicht zugemutet werden kann, dann bleibt immer noch Zeit, andere Schritte zu tun. Gewisse Vorgänge in Süddeutschland müssen uns daranlassen, gerade in Preußen mit gutem Beispiel voranzugehen, damit keine Fraktionen entstehen.

Wir Eiberfelder haben den Antrag gestellt, daß Groß-Berlin die gesamte Landeskommission wählt. Was Dittmann vorschlägt, wollten wir im vorigen Jahre auch beantragen, mittlerweile sind wir davon abgekommen, weil wir uns fragten, auch soweit sind wir noch nicht. Der Vorschlag ist doch zu kompliziert. Wir haben das Vertrauen zu Groß-Berlin, daß es die richtigen Leute für den Parteivorstand finden wird. Sollte aber der Parteitag der Meinung sein, daß die Bezirkskomitees die Wahl des Landeskomitees vorzunehmen hätten, so wären wir damit einverstanden. Wir messen der Frage nur untergeordnete Bedeutung zu.

Zur Geschäftsordnung beantragt Maurer-Breslau über § 10 des Entwurfs sub. 2 nach Schluß der Generaldiskussion und vor Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission sofort abzustimmen.

Maurer-Breslau:

In der ganzen Diskussion scheint mir die Debatte zwischen Arons und Pfannkuch das zu sein, was uns hauptsächlich interessiert. Es handelt sich heute nicht darum, die preussische Organisation erstmalig zu schaffen, sondern um die Frage, welche Leitung die preussische Organisation, die schon vorhanden ist, zu bekommen hat. Was wollen wir eigentlich? Wollen wir eine Leitung zur Erledigung geschäftlicher Verwaltungsfragen oder eine Leitung, die speziell für die preussische Politik politische Initiative entfalte. Das ist der Gegensatz, um den es sich handelt. Wollen wir bloß eine Leitung für die Verwaltungsangelegenheiten, dann können wir den Berliner Genossen ruhig die Führung der Listen und Kassengeschäfte überlassen. Hinter der ganzen Frage steht aber der politische Gehalt: Haben wir jetzt eine Zentralstelle für preussische Initiative notwendig? Die Art, wie die preussische Frage eingeklärt wird, ist entscheidend für die Beantwortung dieser Frage. Was wissen wir nun von preussischen Angelegenheiten. Unsere Genossen haben erst einige vorläufige Schritte getan, wir haben das Königreich Preußen in seiner Absonderlichkeit gerade erst entdeckt. (Sehr richtig!) Es ist die politische Aufgabe eines Menschenalters, innerhalb des Königreichs Preußen die Reaktion niederzuringen und Preußen auf einen demokratisch-liberalen Standpunkt hinüberzuführen. Das ist jedenfalls diejenige politische Aktion, die die Arbeiterpartei in einem Menschenalter zu lösen haben wird. Die Demokratisierung Preußens ist die Hauptaufgabe des preussischen Proletariats. Und für diese aktuelle Aufgabe müssen wir uns eine Organisation schaffen. Wer von uns kennt denn überhaupt die preussischen Zustände? (Sehr richtig!) Arons hat auf die Kreisblätter verwiesen, da hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Wir müssen die Beschäftigung mit diesen Dingen aber ausdehnen auf jede Verwaltungsfrage. Wo ist in Deutschland eine Stelle, die vom freihetlichen Standpunkt aus die preussische Politik fortbauend untersucht? Die Wahlrechtsaktion, in die wir jetzt eintreten wollen, ist nur ein erster Schritt. Es handelt sich darum, ob die preussische Sozialdemokratie die Kulturarbeit leisten kann, die die preussische Reaktion in ihre Einzelheiten, in ihre Atome zu zerlegen, die neue Zentrale soll zeigen, wer in Preußen regiert und wie regiert wird.

Wer liest denn von uns tatsächlich die Kreisblätter? In diesem Punkte ist es allerdings das politische Interesse, das in der Organisationsfrage verankert liegt, und das uns zwingt, eine Spitze zu schaffen, die die Zeit und Unabhängigkeit hat, den preussischen Fragen ihre ganz spezielle Aufmerksamkeit zu widmen. (Sehr richtig!) Nun hat Pfannkuch — und das ist, glaube ich, das offenste Wort, das bisher in dieser verschleierte Debatte gefallen ist, gesagt: Dann gibt es eine Dezentralisation ähnlich wie in Frankreich und Italien, er hat das Gespenst der nur von ihrem Wahlkreis abhängigen Reichstagsabgeordneten in Frankreich an die Wand gemalt. (Pfannkuch: Mit Recht!) Nein, es ist zwischen uns und dem Auslande ein grundlegender Unterschied. Wir haben in Deutschland einen deutschen Parteitag, der doch schließlich in letzter Instanz immer wieder die Eintracht jeder Parteilaktion darstellt. Wir müssen aber auch in Preußen dazu kommen, daß wir für die spezifisch preussischen Fragen eine Stelle haben, genau so wie die spezifisch bayerischen, badischen oder württembergischen Fragen auch in den Landesvorständen dieser Länder erledigt werden. Doch wir deshalb auseinandergehen, halte ich für eine unglückliche Vorstellung, die nur als Schreckgespenst aufgeführt werden kann. Wir haben in der deutschen Sozialdemokratie geradezu die instinctive Gewohnheit, den deutschen Parteitag als diejenige Stelle anzusehen, die das Entscheidende ist und bleibt, und unsere süddeutschen Parteigenossen haben diese Gewohnheit trotz ihrer Landesorganisationen. Aber warum kann der Parteivorstand nicht einfach die preussische Initiative übernehmen? Einfach deshalb nicht, weil er meist aus Reichstagsabgeordneten besteht, weil eine Personalunion zwischen Parteivorstand und Reichstagsfraktion vorhanden ist, und deshalb — wir sehen das ja auch an der Redaktionsführung des „Vorwärts“ — die Reichstagsfragen ganz von selbst ein überwiegendes Gewicht einnehmen. Wenn wir aber nun neben dieser die Einheitslichkeit der Partei garantierenden Leitung eine spezifisch preussische Spitze haben wollen, d. h. eine Stelle mit Initiative für preussische Politik, so ist das nicht gegen den Parteivorstand gerichtet, es ist auch nicht ein Moment der Zersetzung, sondern es ist nur die Stelle, die amtlich verpflichtet ist, den Vorkängen im preussischen Landtage zu folgen. Wir haben bisher solche Stelle überhaupt noch nicht, es kann sich also nicht darum handeln, bestehende Organisationen in diesem Sinne zu erweitern. All das würde nur heißen, daß man die Verwaltungsorganisationen für Preußen in besondere Hände legt. Das ist aber ein sehr gleichgültiges Interesse. Solange es sich nur um Verwaltungsfragen handelt, brauchen wir eine spezifisch preussische Organisation überhaupt nicht, sondern der Gehalt der spezifisch preussischen Spitze ist überhaupt erst aufgetaucht seit dem Ausbruch der Wahlrechtsfrage und seit dem instinctiven Gefühl, daß wir in Preußen die Aufgabe zu lösen haben: Wie kann die Arbeiterpartei den Staat demokratisieren? Und weil dieser ganze Punkt in unserer Organisationsfrage das entscheidende ist, deshalb habe ich beantragt, darüber im Plenum eine Abstimmung herbeizuführen. Erst wenn diese Frage autoritativ gelöst ist, können wir die Kommission beauftragen, auf Grund dieses prinzipiellen Beschlusses und eine Vorlage zu machen, die wir dann in zweiter Lesung in ihren Einzelheiten diskutieren können. (Beifall.)

Singer:

Ich bin dem Vordredner dafür dankbar, daß er in seinen Ausführungen den Kernpunkt des Streites skizziert hat. Man kann mit seinen Darlegungen über die Rückständigkeit Preußens und über die Notwendigkeit eines energischen Kampfes und des Studiums der eigentlichen preussischen Verhältnisse vollständig einverstanden sein, ohne zu dem Schlusse zu kommen, den er zieht. Der Gedanke einer Landesorganisation in Preußen ist entstanden nicht deshalb, weil für die preussische Agitation bisher nicht genug getan ist, sondern weil es bisher in Preußen an einer Spitze der Landesorganisation gefehlt hat. Wenn man das festhält, dann stellt die Frage nicht so: Soll jetzt angefangen werden, in Preußen zu demokratisieren, sondern soll ein Organ geschaffen werden, in dem und bei dem die für die preussische Agitation notwendigen Fragen zusammenlaufen, und soll von diesem Organ aus eine einheitliche Vertretung der preussischen Agitation betrieben werden? Wenn man den Ausführungen von Maurer-Breslau gefolgt ist, dann kommt man zu der Auffassung, als ob seitens der Partei in agitatorischer Beziehung für Preußen noch gar nichts geschehen ist, als ob es notwendig sei, jetzt erst eine Organisation zu schaffen, um in Preußen tätig sein zu können. So liegen die Dinge nicht. Nach meiner Meinung fehlt der vorliegende Entwurf, namentlich in der Erweiterung von Hesse-Rheinland, diejenigen Momente sehr glücklich zusammen, welche in gewissem Sinne das, was Arons und Maurer-Breslau wollen, in geeignete Bahnen lenken, auf der anderen Seite aber die Gefahr verhüten, in eine Dezentralisation zu zerfallen, bei der die Tätigkeit der Partei nicht nur nicht gefördert, sondern geradezu gefährdet wird. Es ist ganz irrig, anzunehmen, daß Preußen rein idematisch auch das haben müsse, was die übrigen Länder haben. Nein, weil eben Preußen eine Gefahr für die freihetliche Entwicklung in Deutschland ist, muß

die Bekämpfung der preussischen Reaktion auch von der Gesamt-
partei durch die Spitze, wie die Gesamtpartei sie sich gegeben hat,
mit aller Energie geführt werden. Und weil Preußen der Staat
ist, der mit seinem reaktionären Treiben der Entwicklung in
Deutschland wie eine Bleifugel am Fuße hängt, deshalb muß die
Gesamtpartei durch ihre Spitze gegen die Reaktion auf-
nehmen. (Sehr richtig.) Die preussische Partei ist die Elitegruppe
in diesem Kampfe. Darum aber kann es sich nicht handeln, daß die
preussische Organisation sich von der Gesamtpartei absondert und
etwa sagt: „Wir werden Euch mal zeigen, wie gearbeitet werden
muß.“ Wenn ich hochhaft sein wollte, was ich nicht bin (J u r u f:
Was! Was! — Heiterkeit), und wenn ich Instruktionen machen wollte,
was ich nicht tue, so könnte man dem Kronischen Entwurf das
Prinzip unterlegen: divide et impera! (Teile und herrsche!)

Es ist auch ganz falsch, anzunehmen, daß die bisherige Or-
ganisation in Deutschland ihre Pflichten gegen die preussische
Partei bzw. gegen die Kolonnenleitung einer energischen Agitation
in Preußen vernachlässigt hätte. Man braucht sich nur zwei Zahlen zu ver-
gegenwärtigen, um sofort klar zu sein, daß das meiste, was vom
deutschen Parteivorstand bzw. von der deutschen Partei geschehen
ist, der Agitation in Preußen dient. Wir sehen aus unserem
Protokoll, daß die Zuwendungen aus Preußen an die Parteikasse
248 800 M., die Aufwendungen der deutschen Partei für die
preussische Agitation dagegen 510 028 M. betragen haben. Man
kann also nicht sagen, daß die preussische Agitation im Rahmen
der deutschen Parteitätigkeit irgend wie zu kurz kommt, und das ist
ja auch ganz selbstverständlich. In dem Maße, wie die deutsche
Partei für die Befreiung des Proletariats in Preußen Mittel in
bezug auf Ausbildung, Belehrung und Kampf aufwendet, in dem
Maße nützt sie sich selbst, da Preußen das stärkste Hindernis für
die Entwicklung in Deutschland auf allen Gebieten darstellt.
Wenn man praktische Politik treiben will, muß man sich fragen,
was die Wirkung der Annahme der Kronischen Vorschläge sein
würde. Wir bilden eine Organisation innerhalb der deutschen
Organisation, die, wenn sie überhaupt tätig sein will, die Vor-
herrschaft bekommt. (Sehr richtig.) Mit anderen Worten: Wollen
Sie den Parteivorstand deposebieren, d. h. wollen Sie ihm den
größten Teil seiner Arbeit und damit seines Einflusses nehmen,
dann gründen Sie eine Organisation, wie sie Kronis will. In dem
Augenblicke, wo diese Organisation ernstlich an die Arbeit geht,
muß sie auf Schritt und Tritt mit der Tätigkeit des deutschen
Parteivorstandes kollidieren. Ich rede nicht etwa von finanziellen
Dingen, sondern von den agitatorischen Aufgaben des Partei-
vorstandes.

Wo liegen denn seine Aufgaben? Zu sieben Zehnteln in
Preußen. Wollen Sie also eine preussische Organisation schaffen
mit den Befugnissen und dem Recht, wie Kronis es will, dann
deposebieren Sie den Parteivorstand. Wollen Sie
auf der anderen Seite eine preussische Landesorganisation schaffen,
ohne ihr die Mittel an die Hand zu geben, damit sie ihre Tätigkeit
ausüben kann, so setzen Sie ein totes Gebilde in die Welt.
Die Ansprüche der preussischen Genossen können gar nicht anders
erfüllt werden, als — ich sage mich nicht, dies Wort zu wieder-
holen, ich glaube, ich sehe über dem Verdacht, als ob ich eine
Degradation der preussischen Genossen beabsichtigt habe — die
Ansprüche können nicht anders erfüllt werden, als indem Sie die
preussische Landesorganisation zu einem Hilfs-
organ des Parteivorstandes machen. (Sehr richtig.)
Natürlich nur in dem Sinne, daß es ein Hilfsorgan ist, das mit
dem Parteivorstand gemeinsam berät, beschließt und das tut, was
zur Behebung der preussischen Agitation notwendig ist. Das wird in
sehr vielen Fällen das selbe sein, was für die deutsche Agitation
notwendig ist. Deshalb bitte ich, den Ausführungen von Krause-
brecher nicht zu folgen, sondern eine Organisation zu schaffen, in
der die Ansprüche der preussischen Genossen möglichst erfüllt werden,
durch die aber auch die Tätigkeit der Gesamtpartei in keiner Weise
beeinträchtigt wird. Ich bin der Überzeugung, daß der Vor-
wurf, den Kronis dem Vorstand indirekt gemacht hat, daß er Angst
hätte um seine Machtbefugnisse, daß er nicht dulden wolle, daß
andere Organe da sind, soweit ihm dadurch Macht entzogen wird,
durchaus unbegründet ist. Wenn wir im Vorstand den Berliner
Entwurf als den einzig möglichen hingestellt haben, so haben wir
das getan pflichtgemäß, weil wir überzeugt sind, daß wir als
Parteivorstand die Aufgabe haben, nicht den Illusionen einzelner
zu folgen, sondern die Partei vor Schaden zu bewahren. (Be-
häftigter Beifall.)

Krause-Breslau:

In Preußen ist die Hälfte aller Parteigenossen organisiert,
die Organisation in Preußen ist also verhältnismäßig gute.
Nur fehlt es bisher an einer besonderen zentralistischen Leitung,
wenn auch der deutsche Parteivorstand sich zum großen Teil auch
mit den preussischen Angelegenheiten beschäftigt hat. Prinzipiell
sind wir in Breslau Freunde einer strengen Zentralisation, aber
im Augenblicke, gerade mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahl-
rechtskämpfe möchte ich Ihnen nicht empfehlen, sich jetzt auf
schwierige Agitationsfragen einzulassen. Wir haben im Partei-
vorstand eine große Anzahl kennischer, erfahrener Leute, die
durchaus die Gewähr bieten, daß auch fernher die preussischen
Parteiangelegenheiten so wahrgenommen werden, wie wir es alle
wünschen. Die Anstellung einer besonderen preussischen Partei-
leitung würde auch mit finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen
haben. Daß die preussischen Parteigenossen noch besondere Beiträge
für ihren Landesvorstand zahlen können, ist ausgeschlossen. Der
preussische Parteivorstand wäre also bei all seinen Ausgaben auf
den deutschen angewiesen, und Sie wissen ja alle genau, daß der
Welt in Händen hat, auch die eigentliche Regierung hat. Mit
der Schaffung einer besonderen Spitze für Preußen können wir
warten bis wir einmal einige preussische Abgeordnete haben werden.
Für jetzt möchte ich nur die besondere Bitte an den deutschen
Parteivorstand gerichtet wissen, wenn es notwendig werden sollte,
neue Hilfskräfte anzustellen.

Krause-Breslau:

Der Genosse Krause-Breslau will für jeden besonderen Kampf
eine besondere Organisation. Zunächst hat doch aber unsere Partei
die Aufgabe, die Arbeiter der Sozialdemokraten zu machen, nicht
zu preussischen und bayerischen, sondern zu Sozialdemokraten über-
haupt. Wäre die Partei außerhande, die sozialdemokratischen For-
derungen auf dem Gebiete von Reich, Staat und Gemeinde durch-
zuführen, so würde auch ein preussischer Parteivorstand nichts
nützen, wir müßten dann konsequenterweise noch verschiedene
Provinzial- und Kommunalparteien haben. Dadurch, daß wir
Kreisvereine und Bezirksverbände geschaffen haben, haben wir zur
Genüge der politischen Situation Rechnung getragen. Die Landes-
organisationen in Sachsen, Bayern, Württemberg usw. sind das-
selbe, was bei uns in Preußen die Bezirksorganisation ist. Ein
preussischer Parteivorstand ohne entsprechenden Unterbau wäre ganz
machlos, wir müßten dann neben den jetzigen Kreisvereinen noch
Vereine auf Grund des preussischen Landtagswahlrechts schaffen.
Jetzt will Genosse Kronis auf den einen Organisationskörper, den
wir haben, zwei Köpfe hinaufsetzen. Würden wir aber eine be-
sondere Organisation für Preußen schaffen, so hieße das die Partei
in zwei Stücke spalten. Wir bekämpfen also die Anträge auf
Schaffung, weil sie wirkungslos wären oder nur zersplitternd
wirken könnten. (Bravo!)

Krause-Breslau:

Genosse Kronis will eine politische aktionsfähige Körperschaft
schaffen. Das ist gerade das Gefährliche. Wenn die preussische
Parteileitung wirklich energisch eingreift in allen speziellen
preussischen Angelegenheiten — die Definition ist Kronis wohl nicht
gelungen —, so würden wir einen preussischen Parteivorstand be-
kommen und einen für Nicht-Preußen-Deutschland. Der Partei-
vorstand könnte dann in eine Stellung kommen, wie der Landes-
rat der Präsidialmacht Preußens gegenüber. Das Interesse für
die inneren preussischen Angelegenheiten wird wesentlich wachsen,
wenn wir eine preussische Landtagsfraktion haben werden. Sehr
wünschenswert wäre es, wenn der Parteivorstand vielleicht „Resorti-
ministerien“ schaffen, besondere Organe für bestimmte Angelegen-
heiten und einige Sekretäre speziell für preussische Angelegenheiten

eintreten würde. Das muß aber eine Sache bleiben. — In bezug
auf die Regelung der inneren Verwaltungsangelegenheiten halte
ich die Frankfurter Vorschläge für sehr angemessen. (Bravo!)

Krause-Breslau:

Nachdem drei Parteivorstandsmitglieder gegen mich Sturm
gelaufen sind, will ich noch einmal den Streitpunkt so klar wie
möglich präzisieren. Genoss ist die grundsätzliche allgemeine Auf-
gabe der Partei, die Proletariat zu Sozialdemokraten zu erziehen.
Aber außerdem muß die Partei ganz bestimmte politische Probleme
in Angriff nehmen. Sie muß die gesammelte, aber noch latente
Aktionskraft der 3 1/2 Millionen Sozialdemokraten für die schritt-
weise Erringung weltlicher politischer Macht gebrauchen, und die
aktuelle Momentaufgabe ist die Demokratisierung des preussischen
Staates. Wir glauben nicht mehr daran, daß der Zukunftsstaat
im nächsten Menschenalter erreicht werden wird, darum wollen wir
wenigstens durch ein positives Aktionsprogramm ihn Schritt für
Schritt vorbereiten. Jetzt müssen wir die organisierte Stokkraft
des Proletariats gegen seinen schlimmsten Feind, die preussische
Reaktion, wenden. Dazu bedürfen wir eine intensivere Ver-
arbeitung der preussischen Politik durch besondere Organe. Für
den Parteivorstand ist das Ganze leider nur eine Kompetenzfrage.
Aber Kompetenzkonflikte befürchtet man einst auch mit der Ge-
neralkommission. (Blaunach: Ich habe sie nicht geschaffen!) Aber
die Macht der organisierten Masse hat stets alle Fiktionen über-
wunden. Und noch eins ist charakteristisch. Gerade das Mitglied
des deutschen Parteivorstandes, das in der Öffentlichkeit und in
der Agitation als eigentliche Verkörperung der Sozialdemokratie
erscheint, war beim ersten sozialdemokratischen Preuentage nicht
anwesend und ist auch heute nicht anwesend. Das scheint mir
instinktiv dafür zu sprechen, daß gerade bei dem geistig regsamsten
Teil des Parteivorstandes das Interesse für die Reichsfragen das
für die preussischen Fragen bisher wenigstens wesentlich überwiegen
hat. (Unruhe. Jurauf: Bedel ist krank.)

Die im Geschäftsordnungsantrag Krause-Breslau beantragte
sofortige Abstimmung über § 10,2 soll, wie beantragt, wird,
namentlich sein.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

3 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Dittmann-Frankfurt a. M.:

Krause-Breslau hat gewünscht, daß die Frage, ob die preussische
Parteiorganisation ein besonderes Organ für die preussische
Initiative wolle oder nicht, gleich im Plenum entschieden wird.
Er sagt, wir Jungen wünschen ein solches Organ. Ich weiß nicht,
in wessen Namen er spricht. Ob er damit die Genossen meint,
die erst jung in der praktischen Parteiarbeit sind, oder diejenigen,
die jung an Jahren sind. (Sehr gut!) Mir ist aus seinen Aus-
führungen nicht klar geworden, worin eigentlich der Gegensatz
liegt. Er sagt, daß auf diejenigen, die auf einem anderen Stand-
punkt stehen, der Meinung sind, daß die Partei alle Kräfte an-
spannen muß, um die Junterreaktion in Preußen niederzuringen.
Nur darüber, ob dazu ein besonderes Organ eingesetzt werden
muß, herrscht Meinungsverschiedenheit. Nach unserer Meinung
sind schon jetzt genug Organe vorhanden, um diese Arbeit zu be-
wältigen. Die Vorschläge von Kronis und Krause-Breslau bedeuten
nicht etwa, eine systematische Arbeitsteilung vorzunehmen, sondern
dem Parteivorstand den größten Teil seiner Arbeit entziehen und
ihn damit zu deposebieren. Krause-Breslau und Kronis mögen be-
streiten, daß das ihre Absicht ist; aber auf die Absicht kommt es
nicht an. Wie will man es denn verhindern, daß wenn wir einen
besonderen preussischen Parteivorstand haben und dieser eine Aktion
aufschreibt, die wochenlang dauert, daß der Parteivorstand während
dieser Zeit nicht einfach kaltschaltet? Während dieser Zeit
müßte der Parteivorstand seine sonstige allgemeine Tätigkeit doch
auf ein Nichts reduzieren. Wenn man aber will, daß der preussische
Parteivorstand während dieser Zeit gemeinsam mit dem deutschen
die Aktion fördert, dann sehe ich nicht ein, wozu man dann noch
ein besonderes preussisches Organ braucht. Nein, es ist Aufgabe des
deutschen Parteivorstandes, diese Aktion zu inszenieren. Die Ge-
leiche mit anderen Staaten treffen nicht zu. Es könnte höchstens
Bayern und Sachsen in Betracht kommen, denn nur dort ist eine
Mehrzahl von Bezirksverbänden, die zu Landesorganisationen zu-
sammengeschlossen sind. In Berlin ist jetzt bereits die Leitung
der Agitation für die Provinz Brandenburg, die Leitung des Be-
zirksverbandes Groß-Berlin, die Leitung der Gesamtpartei. Wollte
man nun noch einen besonderen preussischen Landesvorstand ein-
setzen, so hätte man glücklicherweise vier besondere Körperschaften,
und ich möchte mal die Verbindung sehen, die dann heraus-
kommt. Es geht gar nicht anders, als auf Grundlage des Berliner
oder des hessen-nassauischen Entwurfes. Daß der Einfluß der Ge-
nossen im Lande dadurch ausgeschaltet wird, ist nicht richtig; die
Mitglieder der Bezirksagitationskommissionen haben es doch in
der Hand, befristend auf die Leitung der Parteioorganisationen
für Preußen einzuwirken zu können. Es liegt an den Genossen im
Lande selbst, wenn sie diesen Einfluß nicht geltend machen. Durch
den Kronischen Vorschlag würde ein Dualismus geschaffen; der
Parteivorstand würde ausgeschaltet werden aus der lebendigen
Führung mit den Genossen in Preußen, und man würde ihm da-
durch in Preußen und zugleich im Reich das Gest aus der Hand
nehmen. Daß diese Absicht vorhanden ist, habe ich aus den Aus-
führungen von Kronis und Krause-Breslau nicht schließen können.
Wenn das aber nicht ihre Absicht ist, dann kann auch keine Rede
dabei sein, daß wir in Preußen einen besonderen Landesvorstand
schaffen.

Krause-Breslau:

Kein Mensch wird die Wichtigkeit der Frage, die uns beschäftigt,
bestreiten wollen, aber so wie Kronis und Krause-Breslau es
wünschen, kann die Frage nicht gelöst werden. Krause-Breslau
sprach von Verschleierung; aber wenn davon überhaupt die Rede
sein könnte, so wäre die Verschleierung einseitig. (Sehr gut!)
Man will den Parteivorstand kaltstellen auf dem Umwege über
Preußen. Wenn die Organisationsfrage nicht anders gelöst
werden kann, dann bitte ich, sie lieber ungelöst zu lassen. Von
einer namentlichen Abstimmung bitte ich abzusehen; zu einer
solchen Zeitverwendung sind wir nicht nach Berlin gekommen.

Kronis:

Ich bitte Sie, durch die Abstimmung über den Antrag Krause-
Breslau die prinzipielle Frage zu entscheiden, und zwar,
trotzdem dafür eine namentliche Abstimmung beantragt worden ist.
Die Zeit, die mit der namentlichen Abstimmung verloren gehen
sollte, wird mehr als dreifach eingebracht dadurch, daß die fernere
Diskussion nach dieser Abstimmung ganz außerordentlich vereinfacht
wird. Nehmen Sie den Antrag auf vorübergehende prinzipielle
Entscheidung ab, so wird der von mir gestellte Antrag nicht nur die
Kommission auch zu beschäftigen haben, sondern wir werden auch
nach der Kommissionsberatung wieder auf diesen Antrag eingehen
müssen. Wird aber die prinzipielle Entscheidung vorgenommen und
fällt mein Antrag, so hätte ich für meine Person wenigstens nichts
gegen die en bloc-Akzeptanz des hessen-nassauischen Antrages ein-
zuwenden, so daß dann nach einer halbseitigen redaktionellen
Tätigkeit der Kommission die ganze Sache hier im Plenum er-
ledigt werden könnte. So wichtige prinzipielle Fragen entscheidet
man am besten durch die feierliche Form der namentlichen Ab-
stimmung. Nach Tisch pflegt man gewöhnlich gemütlicher zu sein,
und deshalb möchte ich mir meine Abrechnung mit dem Genossen
Blaunach ersparen. Seine Rede war etwas reichlich persönlich.
Manches wird ihm vielleicht, wenn er es sich überlegt, noch leid tun.
(Blaunach: Nein!) Nur einen Punkt möchte ich berühren: Ge-
nosse Blaunach verfuhr eine logische Konsequenz aus meinen
Ausführungen zu ziehen, die darin ginz, daß diejenigen Leute, die
so eifrig gegen den Ausbau einer selbständigen Organisation in
Preußen sprechen, die gleichen Männer seien, die feinerzeit an-
eifrigsten gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen gewesen
seien. Diese logische Manierganz zu ziehen habe ich bei meinen
ersten Ausführungen von vornherein unmöglich gemacht. Ich habe
im Gegenteil konstatiert, daß wir es diesen Männern, nachdem die

Beteiligung einmal beschlossen war, in erster Linie zu verbieten
haben, daß sie solche Erfolge gehabt hat. Man könnte also aus
meinen heutigen Ausführungen nur die Konsequenz ziehen, diese
Männer werden ebenso wie bei den Landtagswahlen auch jetzt
wieder, wenn die besondere preussische Organisation einmal be-
schlossen ist, voll und ganz ihre Kräfte in den Dienst dieser Sache
stellen.

Genosse Dittmann befindet sich im Irrtum, wenn er glaubt, daß
ich meinen Antrag vor allem wegen der Wahlbewegung gestellt habe.
Die reine Wahlbewegung läßt sich meines Erachtens mit Leichtigkeit
durch den deutschen Parteivorstand bewältigen, aber gerade die Ver-
tiefung der Agitation, das Eingehen auf die außerordentlich wich-
tigen speziell preussischen Fragen, die Vorarbeiten für die Tätigkeit
der künftigen preussischen Fraktion erfordern eine gründliche selb-
ständige Organisation. Unsere Fraktion im Landtag wird klein
sein und sie wird sich nicht in der glücklichen Lage der Reichstags-
fraktion befinden, die sich mit dem Reich selbst entwickelt und ge-
wissermaßen die Geschicke desselben mitgemacht hat. Die Leute,
die uns im preussischen Landtag später vertreten werden, müssen
Bescheid wissen mit einer genau hundertjährigen Geschichte, denn
der preussische Politiker muß anknüpfen an die Zeit des großen
Staatsmannes Freiherrn von Stein. — Von verschiedenen Seiten
hat man finanzielle Bedenken gegen einen besonderen preussischen
Parteivorstand geäußert. Die Ausgaben für die Organisation, wie
ich sie mir denke, werden aber außerordentlich klein sein; es handelt
sich dabei um die Befolgung der Sekretäre, die beschiedene Ent-
schädigung für die beiden Vorsitzenden, ferner um Bureauausgaben,
eventuell Abonnements auf irgend welche Blätter und schließlich
vielleicht um einen erheblichen Posten für Reisekosten. Ganz
richtig hat mir Kollenbühr privatim gesagt, der Parteivorstand
bekommt heute von einer ganzen Reihe Bezirke nur mit schlechter
Rühe Material heraus. Deshalb wird es eben Aufgabe eines der
Sekretäre sein, vielleicht noch auf lange hinaus in die Bezirke
hinauszugehen, das Material mit den Leuten selbst zu sichten und
ihnen anzugeben, in welcher Weise sie den Parteivorstand in Berlin
unterstützen können. — Genosse Kollenbühr hat dann das Beispiel
von den zwei Köpfen gebracht, ich fasse auch Staat, Gemeinde usw.
als Organisationen und nicht nur als juristische Gebilde auf, aber
wir sollten uns doch hüten, diese Organisationen zu vergleichen mit
den Organisationen, wie wir sie in der Tier- und Pflanzenwelt sehen.
Das sind außerordentlich gefährliche Beispiele. Wenn wir den
Vergleich weiter durchführen wollen, so möchte ich den Genossen
Kollenbühr nur auffordern, mir mitzuteilen, welcher Parteiinhalt
er beispielsweise die Funktionen des Hintern zuweisen wird. (Große
Heiterkeit.) Und wenn man jetzt von zwei Köpfen spricht, so er-
innere ich daran, daß wir heute schon einen bayerischen Kopf, einen
sächsischen und einen württembergischen Kopf haben, recht gute
Köpfe nebenbei bemerkt, die alle auf dem Parteikörper sitzen, der
für das ganze Reich einheitlich organisiert ist. Man hat gesagt, die
Unterscheidung zwischen preussischen Angelegenheiten und anderen
würde schwer sein und hat meine Definition bei preussischen An-
gelegenheiten bemängelt. Nun, ich will nicht im einzelnen die
Fälle durchgehen, wo das eine oder das andere in Betracht kommt,
nur ein Beispiel, wie wenig von mir beabsichtigt wird, den Partei-
vorstand kaltzustellen: Es soll ihm selbstverständlich das ganze Ge-
biet der Presse in Preußen durchaus vorbehalten bleiben. Vielleicht
könnte bei Annahme meines Antrages dann der Parteivorstand
als wirklicher Kopf über dem ganzen auch wieder mehr Einfluß er-
langen in Bayern, Baden usw.

Wels-Berlin:

Genosse Kronis sprach davon, daß es in Bayern usw. recht gute
Köpfe gebe. Ich habe den Eindruck, als wenn den Genossen das
Nob aus Kronis Munde erst dann widerfährt, wenn sie vollständig
von der Kronislampe durchleuchtet werden. (Heiterkeit.) Zur Ab-
stimmung über die prinzipielle Frage, ob ein Landesvorstand ange-
stellt werden soll oder nicht, werden wir jedenfalls kommen müssen,
weil uns dadurch die Kommissionsarbeit außerordentlich erleichtert
werden wird. Uns kommt es vor allem darauf an, daß das Bewußt-
sein des preussischen Wahlrechts in die Massen eingebürgert
wird. Dazu genügt es durchaus nicht, daß ein paar Landessekretäre
angestellt werden, die die Frage studieren und dann Handbücher
über das Resultat ihres Studiums herausgeben. Ein sehr brauch-
bares Handbuch hat der deutsche Parteivorstand ja bereits geliefert
und hat dadurch den Beweis erbracht, daß er Initiative genug hat,
um die Bewegung in Preußen in Fluß zu bringen. Genosse Kronis
gehört zu denen, die die preussischen Fragen eingehend studiert
haben, aber die Gesamtbewegung ist durch dies Studium noch nicht
besonders befruchtet worden, mit Ausnahme einiger unwesentlicher
Anträge. Ich habe die Empfindung, als ob man hier auf dem
preussischen Parteitag etwas zu erreichen sucht, was auf den deut-
schen Parteitag bis jetzt zu erreichen nicht möglich war (Sehr
richtig!), als ob die Gruppe oder das Grüppchen, die „wir“, konse-
quent nach einer bestimmten Richtung hin an der Arbeit ist. Es
ist von Krause-Breslau angeführt worden, daß die Befugnisse des
Parteivorstandes absolut nicht beschnitten werden soll, denn es
würde ihm im Antrag Kronis ein Vetorecht eingeräumt. Dies
Vetorecht bedeutet aber nichts anderes als den Strich und hinterher
die Kräfte auf den Parteitag, bei der dann die einzelnen parti-
kularistischen Strömungen, die immer in der Partei vorhanden sind,
an die Oberfläche kommen und bei der verstandene gedenken, im
Trüben zu fischen. Wir Berliner Parteigenossen haben mit dem
Parteivorstand schon so manchen Strauß gehabt. Wir gebären nicht
zu denen, die sich vor ihm bücken, aber wir können auch seine Tätig-
keit von allergrößter Nähe beobachten. Und wir sind der Überzeu-
gung, daß alle Anträge, die dazu berufen sind, seine Macht zu
schwächen, von dem Gefühl eines ganz unberechtigten Mißtrauens
ausgehen, das wir bei allen Parteigenossen zerstreuen wollen. Ich
bitte Sie, mit großer Freiheit zu entscheiden: Wir wollen keinen
besonderen preussischen Landesvorstand, dann werden wir leichtere
Arbeit haben, zum Ruhm der Gesamtbewegung in ganz Preußen
und in ganz Deutschland. (Bravo!)

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Verfammlungen.

„Schule, Kirche und Arbeiterschaft“ war das Thema eines Vor-
trages, den Genosse S i d m e r am Dienstag in einer vom Sozial-
demokratischen Wahlverein für den 8. Wahlkreis einberufenen öffent-
lichen Versammlung hielt, die im „Proletarier-Gesellschaftshaus“ statt-
fand. In recht volkstümlicher Weise schilderte der Redner, wie die
Volksschulen von den herrschenden Klassen, statt die Kinder zu
tauglichen, mit der Wirklichkeit vertrauten, aufgeschulten Menschen zu
machen, dazu mißbraucht werden, das Volk in geistiger und wirt-
schaftlicher Anachtung zu erhalten. Mit der Aufforderung an die
Anwesenden, für einen immer festeren Zusammenschluß der Arbeiter-
schaft zu sorgen, um endlich das Leben genussreich und lebenswert
für alle zu gestalten, schloß der Redner seinen Vortrag. Der lebhafteste
Beifall fand. — Wie der Referent schon darauf hingewiesen hatte,
daß diejenigen, die sich freigemacht haben vom Kirchenglauben, auch
die Konsequenz daraus ziehen und aus der Kirche austreten sollten,
so machte auch der Vortragende auf diese Gewissenspflicht aufmerksam.
— Zur Diskussion verlangte niemand das Wort.

Eingegangene Druckschriften.

Die Lehrfreiheit des Volksschullehrers. Bedenke und Be-
trachtungen von R. D. Leipziger-Graben. 40 Bl. Verlag: A. Pelzmich
in Bielefeld.
Mazdismus und soziale Entwicklung von Leonhard Bahler.
35 Bl. Verlag: Pattammer u. Wühlbrecht, Berlin.
Die wirtschaftliche Krise der Gegenwart von Regierungsrat
H. Kautin. 1 Bl. Verlag: Dr. W. Minhardt in Leipzig.
Der deutsche Beamte und sein Staatsbürgerrecht von Dr. C. Leh-
mann. 80 Bl. Verlag: A. Bielefeld, Freiburg-Baden.
Weltgeschichte. Eine Darstellung der menschlichen Entwicklung in
Zeit und Weltanschauung, in Kultur und Weltanschauung. Herausgegeben von
Prof. Dr. A. v. Hugel-Quarling. Lieferung 2. Preis 60 Pf. Hübsch u. Co.,
Berlin und Wien.

Parteitag der preußischen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Ströbel-Berlin:

auf die Einzelheiten der Organisation will ich nicht eingehen, sondern nur kurz auf einige Neuerungen Maurenbrechers. Einiges hat mir schon Genosse Weiss vorweggenommen. Genosse Maurenbrecher meinte, wir brauchen eine besondere preußische Organisation mit einem besonderen Vorstande, weil wir alle unsere Kraft auf den Kampf in Preußen konzentrieren müssen. Er führte aus, weil wir ja so ziemlich alle der Auffassung seien, daß unsere sozialistischen Ziele in einem Menschenalter nicht erreicht werden können, müßten wir wenigstens versuchen, der Demokratie in Preußen zum Siege zu verhelfen. Ich bin nun der Meinung, daß wir nicht darüber zu philosophieren brauchen, was wir in einem Menschenalter nicht erreichen können, sondern daß wir vielmehr alle Kraft aufbieten sollen, möglichst viel zu erreichen. Im übrigen versteht es sich ganz von selbst, daß wir versuchen, zunächst einmal der Demokratie zur Herrschaft zu verhelfen, im Reich und zu diesem Zwecke zunächst in Preußen. Gewiß muß in Preußen positive Arbeit geleistet werden, aber positiv auch nur im Sinne unserer Grundzüge. Da hat Rollenbrüder durchaus mit Zug und Recht erklärt: Unsere Hauptaufgabe ist es, den Gedanken des Sozialismus in die Massen zu tragen; nur dann können wir wirklich positive demokratische Arbeit in Preußen leisten. Also die grundsätzliche Politik muß auch für unsere Preußenpolitik die Richtschnur sein. Die einzelstaatliche Politik verleiht nur zu gerne dazu, die großen Prinzipien hier und da ein wenig zu veressen und zu glauben, man könne positiv arbeiten durch die momentane Zurückstellung, um nicht zu sagen Verleugnung unserer prinzipiellen Anschauung. Um dem zu begegnen, ist es sehr gut, daß der Parteivorstand diese spezifisch preußische Politik in der Hand behält. — Man hat zweierlei Gründe für den besonderen Preußenvorstand angeführt: einerseits die Unkenntnis in den spezifisch preußischen Dingen. Man hat es so hingestellt, als ob der Preußenvorstand eine Art von Studienkommission sein müsse. Ich meine, die Zentrale, die die preußische Politik zu leiten hat, darf nicht zunächst eine Studienkommission sein, sondern sie muß über den Dingen stehen, um von großen Gesichtspunkten aus die Politik zu treiben, ganz abgesehen davon, daß natürlich zur positiven Politik auch die Kenntnis praktischer Dinge, speziell des komplizierten preußischen Verwaltungssystems gehört. Wenn aber der Preußenvorstand einerseits eine Studienkommission sein soll, dann kann er nicht sein, was auf der anderen Seite wieder verlangt wurde, nämlich eine Organisation, die den Wahlrechtskampf, der sich wahrscheinlich über eine Reihe von Jahren erstrecken wird, zu führen hat. Also diese beiden Gesichtspunkte widersprechen sich. Es ist auch unrichtig, daß der Parteivorstand in einer von diesen beiden Beziehungen bisher nicht den an ihn zu stellenden Anforderungen genügt hat. Er hat sich Mühe gegeben, für das Studium der preußischen Verhältnisse zu sorgen; Wels hat schon an das preußische Handbuch erinnert, ein zweites wird demnächst erscheinen. Andererseits muß betont werden, daß die Genossen, denen es ihre Stellung gestattet, sich besonders mit den Einzelheiten vertraut zu machen, sehr leicht die Parteipresse mit dem, was sie gelernt haben, befruchten und dafür sorgen könnten, daß die Kenntnis der preußischen Dinge unter den Genossen immer mehr verbreitet wird. Aber das geht nicht mit einemmal. Rollenbrüder hat schon darauf hingewiesen: Sobald aber eine preußische Landtagsfraktion existiert, wird sich das Studium der praktischen Dinge ganz von selbst ergeben. Es kommt vor allem darauf an, daß die Erkenntnis der trostlosen Zustände in Preußen in die Massen hineingebracht wird. Wir brauchen nicht das Haus mit dem Dachbau zu beginnen, sondern wir müssen organisch von unten aufbauen. Zunächst haben wir einen Wahlrechtskampf zu entfesseln, gegen die Bourgeoisie vorzugehen, weil sie ja in allen ihren Teilen gezeigt hat, daß sie nicht für eine Demokratisierung des Wahlrechts ist. Daher ist die Sozialdemokratie die einzige Partei, die für die Demokratisierung Preußens eintritt. Diese Agitation für das Wahlrecht in Preußen ist bereits vom Parteivorstande in Verbindung mit der Vertretung der Berliner Genossen in Angriff genommen worden. Die Debatte wird ja ergeben, ob das, was der Parteivorstand vorgesehen hat, noch ergänzt werden kann. Jedenfalls beweist seine bisherige Arbeit, daß die Führung auch unserer preußischen Politik keiner anderen Instanz anvertraut zu werden braucht.

Stadthagen-Berlin:

Maurenbrecher hat gemeint, es werde niemand glauben, daß innerhalb 30 Jahren der Zukunftsstaat etabliert sei, und deshalb sei es notwendig, wenn ich ihn recht verstanden habe, zu demokratisieren im liberalen Sinne oder so ähnlich. Ich bin geradezu erstaunt über diese Art der Prophezeiung. Wenn man schon prophezeien will, dann soll man nach links prophezeien, aber nach rechts prophezeien, das heißt nichts anderes als: sticht eure Ideale noch 30 Jahre in die Tafel. (Widerpruch und Zustimmung.) Das ist das stärkste Stück des Rückwärtigen, was ich jemals gehört habe. Es ist das Stärkste, was man tun kann, wenn man die psychologischen Faktoren, anstatt sie vorwärts zu schieben, hintanhält, wie Maurenbrecher es tut. Ich hoffe, daß er der Einzige ist, der annimmt, daß wir nicht schon heute den sozialistischen Gedanken verwirklichen können. Für uns kommt es nur darauf an, bereit zu sein, das kann man aber nicht, wenn man sagt: Legt euch 30 Jahre schlafen und versucht, zu demokratisieren im liberalen Sinne. Gerade von dieser Grundanschauung aus kommt Maurenbrecher zur Billigung der Vorschläge von Arons. Diesen Vorschlägen widerspreche ich aus prinzipiellen und tatsächlichen Gründen. Ich habe mir die größte Mühe gegeben, klar zu werden, was das Kollegium eigentlich machen soll, das sich Maurenbrecher vorstellt. Soll es das Wahlrecht, das Verrecht studieren oder was sonst? Als ob das noch nicht genügend sei. Oder haben wir vielleicht nicht früher gewußt, daß wir in Preußen reaktionäre Städteordnungen und noch zahlreiche Gutsbezirke haben? Ist das alles so ganz neu? Muß man da erst ein Kollegium einsehen, das von Amis wegen studiert? Nein, wir sind Demokraten, wir verlassen uns nicht auf die Erläuterung, die von Amis wegen kommt. Und was hat denn Maurenbrecher als Beispiel angeführt? Die 5 Leute werden sich hinsetzen und studieren, was ein Kreisblatt ist. (Weiterkeit.) Ich würde diesen preußischen Landesvorstand bedauern, denn er würde zu einer geistigen Verwahrlosung geführt, vor der ja glücklicherweise die preußischen Proletarier sich bis jetzt bedeckt haben. (Sehr gut!) Sie wollen einen Landesvorstand einsehen, um die schwere Frage, was ein Kreisblatt ist, genau zu studieren! (Weiterkeit.) Sie sagen, es soll positive Arbeit gemacht werden, aber mit Ihren Vorschlägen stellen Sie sich positiver Arbeit entgegen. Positive Arbeit ist bisher geleistet worden, und sie soll geleistet werden, aber in der Weise, wie Sie es meinen, wird das Gegenteil erreicht.

Ich bin aber auch aus tatsächlichen Gründen gegen die Vorschläge von Arons und Maurenbrecher. Die Organisation, die Arons vorschlägt, muß notwendigerweise zu Reibungen führen. Rollenbrüder hat das Gebäude verglichen mit einem Gebäude von zwei Köpfen, ich glaube, er ist zu liebendwärtig, zwei Köpfe mögen ja vorhanden sein, aber der eine ist der reine Wasserkopf. (Weiterkeit.) Wir wollen doch nicht in dem Abschreiben von Bureaustatistik so weit gehen, daß wir nur die schlechtesten Seiten des Bureaustatistik auf unsere Organisation übertragen. Es kommt darauf an, lebenskräftig aufzubauen, und nicht Zukunftsmusik zu spielen, was sie rechts oder links haben, dies Volkswirtschaftsheim vorzuführen, wie es Arons und noch prägler Maurenbrecher zum besten gegeben

haben. Ich bitte Sie, ein für allemal den Gedanken aufzugeben, als ob wir Partikularen sind, die als Preußen etwas Besonderes haben wollen. Ich bitte Sie, nicht den Gedanken aufkommen zu lassen, als ob wir die gesamte Sozialdemokratie unter das preußische Joch zwingen wollen. Andererseits wollen wir auch nicht einen ohnmächtigen Faktor einsehen, der aber den schönen Titel Landesvorstand hat. (Beifall.)

Die Debatte ist erschöpft. Vorf. Singer: Ich möchte mich einer Pflicht entledigen, um einen Abwesenden vor falschen und ungeratenen Schlussfolgerungen zu schützen. Maurenbrecher hat gesagt: (Redner verliest den Schlusssatz der zweiten Rede Maurenbrechers.) Ich kann für mich und meine Vorstandskollegen erklären, daß wir ohne Einschränkung diesem Urteil zustimmen, nämlich daß der Abwesende der geistig regsamste Repräsentant ist. Ich bin aber verpflichtet, zu erklären, daß Bebel, der ja zweifellos damit gemeint ist, in bezug auf die für Preußen zu schaffende Landesorganisation in jedem einzelnen Punkte mit dem Parteivorstand solidarisch ist. Die Beschlüsse darüber sind einstimmig gefaßt, und Bebel wird der erste sein, der es sich verbittet, ihn in Gegensatz zum Parteivorstand zu bringen. Doch Bebel abwesend ist, bebauern wir alle, er ist leidend und kann infolgedessen nicht erscheinen. Nebenfalls halte ich mich im Interesse Bebel's auf das energischste für verpflichtet, den Versuch zurückzuweisen, zwischen ihm und den übrigen Parteivorstandsmitgliedern in dieser Frage eine Meinungsverschiedenheit zu konstruieren.

Persönlich bemerkt Maurenbrecher: Es ist von einer Gruppe Arons gesprochen worden. Ich habe Arons persönlich erst heute kennen gelernt, nachdem ich gesprochen hatte. Es hat also keinerlei Art persönlicher Verabredung zwischen uns oder anderen bestanden. Ich habe nur für meine Person gesprochen. Das Schlusswort erhält

Haase:

Maurenbrecher hat bei Beginn seiner Rede gefragt: Wer kennt die preußischen Zustände? Das ganze preußische Land ist noch zu entdecken, wer liest sämtliche Kreisblätter? Gläubigerweise haben wir bisher keinen in der Partei, der sämtliche Kreisblätter liest, ich fürchte, daß derjenige, der diese Aufgabe übernehmen würde, nach nicht zu langer Zeit einem gewissen Kreismus verfallen würde. (Weiterkeit.) Ich halte es für sehr gut, daß auch Kreisblätter gelesen werden, weil darin oft ein gutes Agitationsmaterial für uns enthalten ist. Aber die Leiter unserer Agitationsbezirke erfüllen ihre Aufgabe, wenn sie die innerhalb ihres Bezirkes erscheinenden Kreisblätter lesen und das für die Agitation wertvolle daraus ausnutzen. Maurenbrecher hat gesagt, es kommt darauf an, ein Organ der Initiative zu schaffen, er hat bedauert, daß die Debatte bisher verschleiert geführt sei. Ich habe nicht gefunden, daß er eine volle Entschleierung vollaufen hat. Gewiß, ein Organ der Initiative muß unsere Leitung sein. Es fragt sich nur, ob nicht unter Parteivorstand diese Initiative entwickeln kann. Maurenbrecher traut das dem Parteivorstand nicht zu, er hätte viel einfacher und klarer den Gedanken äußern können, wenn er gesagt hätte, die ganze Richtung paßt mir nicht. (Weiterkeit.) Zustimmung.) Nicht, weil der deutsche Parteivorstand nicht geeignet wäre, auch die preußischen Angelegenheiten zu leiten und die Agitation in Preußen zu fördern, sondern weil der Parteivorstand, so wie er zusammengesetzt ist nach seiner politischen Anschauung Maurenbrecher und denen nicht paßt, in deren Namen er sprechen zu müssen glaubte, deshalb meint er, einen besonderen Parteivorstand einsehen zu müssen. Der deutsche Parteivorstand hat nicht nur bisher mit voller Kraft auch die preußischen Angelegenheiten zu fördern sich bemüht, er hat nicht nur dem Studium der Verwaltung und Verfassung Preußens seine Aufmerksamkeit zugewendet, das Material herbeizuschaffen lassen, was wir im Kampfe brauchen, sondern er wird das in erhöhtem Maße tun können, wenn wir die Organisation schaffen, die wir vorschlagen. Denn, falls dann der Parteivorstand einmal nicht die nötige Initiative entfalten wird, dann werden die Landeskommissionen ihn vorwärts treiben.

Lassen Sie sich nicht darauf ein, unserem gegenwärtigen deutschen Parteivorstand die Leitung zu entziehen! Dann würde eine Konfusion entstehen, die in hohem Maße schädlich wäre. Wir alle haben oft genug erlebt, wie die Junker im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus versucht haben, Reichsangelegenheiten in den Landtag zu ziehen, es lassen sich die deutschen und preußischen Angelegenheiten nicht trennen, und der deutsche Parteivorstand muß, wenn er seine Aufgabe erfüllen will, oft die preußischen Angelegenheiten in den Mittelpunkt der deutschen Agitation rücken. Es ist unmöglich, daß dann zwei verschiedene Körperlichkeiten neben einander bestehen. Nehmen Sie den Antrag Arons und Maurenbrecher mit erdrückender Mehrheit ab, dann wird die Kommission eine leichte Aufgabe haben und in kurzer Zeit das schaffen, was wir nach Lage unserer Kräfte schaffen können im Interesse der Partei. (Beifall.)

Singer teilt mit, daß noch folgender Antrag zu § 2 eingegangen ist:

Die Delegierten derjenigen Wahlkreise, in denen eine festgelegte Organisation nicht besteht, mit der Aufgabe, daß auch die Genossen dieser Wahlkreise einen Delegierten zu wählen berechtigt sind.

Unter Ablehnung des Antrages Maurenbrecher, über § 10, Abs. 2, sofort im Plenum abzustimmen, werden sämtliche Entwürfe mit den dazu vorliegenden Anträgen einer Kommission von 15 Mitgliedern überwiesen.

In die Kommission werden gewählt: Haase-Königsberg, Frau Reumann-Niederbarnim, Dittmann-Frankfurt am Main, Arons-Berlin, Pfannsch-Berlin, Müller-Berlin, Löwe-Breslau, Gevehr-Eberfeld, Jacobsen-Losfeld, Müller-Köln, Friedländer-Berlin, Horn-Stettin, Wels-Berlin, Leopold-Beig, Schadow-Kottbus. Es folgt Punkt 2:

Die Tätigkeit des preußischen Landtages, der auf Vorschlag von Singer in der Weise mit Punkt 3 verbunden wird, daß zunächst die beiden Referate entgegengenommen und dann gemeinsam debattiert werden.

Referent Adler-Kiel:

Ich muß Ihnen zunächst eine Ueberraschung bereiten und einen „schändlichen“ Druckfehler berichtigen. In Dr. Arons und meinem Antrage heißt es: . . . wirkt um so schändlicher, es soll aber heißen: . . . wirkt um so schändlicher. Der Druckfehler ist bereits bei der Korrektur zur Ordnung gerufen worden, hat sich aber trotzdem durchzusetzen gewagt. Die preußische Sozialdemokratie ist in eine Wahlrechtsbewegung eingetreten. Wir sind der Ueberzeugung, daß die preußische Reaktion das Rückgrat der deutschen Reaktion ist und wir folgern auch daraus die Notwendigkeit, Sturm zu laufen gegen das elendeste aller Wahlsysteme. Diese Notwendigkeit ergibt sich erstens aus unseren Grundzügen und zweitens aus den tatsächlichen Verhältnissen. Ein Kampf wird am besten geführt, wenn man den Gegenstand kennt, um den man kämpft, wenn man das Schicksal kennt, auf dem der Kampf zu führen ist. Den Gegenstand behandelt ich, das Schicksal behandelt Arons. Mein Referat ist aufgebaut auf den einzigen Gedanken: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Ich habe zu zeigen: Was sieht der preußische Landtag aus, wie macht er seine Gesetze? Das Thema ist ungeheuer groß, möchte man sich strengen an ihm halten. Wollte ich beginnen mit der Vorgeschichte des preußischen Landtages, mit der Resolution von 1848, mit der Geschichte der ersten Verfassung, mit der Geschichte der Verkörperung, mit der Geschichte des kaiserlichen Konfliktgedenkens von 1861 bis 1863, das durch die Indemnität von 1867 ganz zur Posse wurde, dann könnte ich bis in die Puppen reden. Infolgedessen muß ich den Rahmen meiner Rede enger stecken und

nach der Behandlung der letzten Legislaturperiode des Landtages, mit der zwanzigsten Legislaturperiode, beginnen. Nicht jedes Gesetz, nicht jede Debatte kann ich dabei behandeln, auch da muß ich eine Auswahl treffen, um nicht zuviel Zeit in Anspruch zu nehmen.

Zunächst wollen wir einen Blick auf die Parteikonstellation des preußischen Abgeordnetenhauses werfen. Die Wahlen von 1903 ergaben 143 Konservative, 59 Freikonservative, 79 Nationalliberale, 24 Männer der Freisinnigen Volkspartei, 8 der Freisinnigen Vereinigung, 97 Zentrumsabgeordnete, 13 Polen, 2 Dänen und 8 Bilde. Gruppieren wir diese Zahlen, so ergibt sich eine Rechte von 202 Abgeordneten, eine Linke von 111 und eine Zentrumsgruppe von 97. Hierzu kommen noch 23 Kreisplattler. Es ist klar, daß bei dieser Gruppierung die Majoritätsverhältnisse für die Regierung äußerst günstig liegen. Eine Mehrheit von 301 Abgeordneten wird aus Zentrum und Rechte gebildet, dagegen ergeben sich für die Linke und Zentrum zusammen nur 208 Stimmen, d. h. die Rechte kann mit dem Zentrum eine gewaltige Mehrheit bilden, wenn alle da sind. Die Konservativen und die Nationalliberalen verfügen zusammen über 281 Stimmen, die absolute Mehrheit beträgt 217. Es sind also drei Mehrheiten im Landtage möglich, aber nur zwei wahrscheinlich, eine aus der Rechten und dem Zentrum, und eine zweite aus der Rechten und den Nationalliberalen, beides aber Mehrheiten, die durchaus nicht der Mehrheit des Volkes bei einer Abstimmung unter dem gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrecht entsprechen. Diese Zahlen zeigen, daß ein solches Parlament absolut nicht als ein Parlament betrachtet werden kann, auf das man Hoffnungen setzen darf, daß auch nur einen Augenblick lang als Volksvertretung gelten kann.

Sehen wir uns nun den Geist einmal an, der in diesem Abgeordnetenhause herrscht. Ich muß mich auf einige Zitate beschränken. Am 23. Januar 1904 fragte der Abg. Richter nach dem

Schicksal der Vereinsgesellschafte,

nach der Zulassung der Frauen, nach der Befestigung der größten Polizeistation.

Der Reichskanzler ist anwesend, schweigt aber. Die Führer des Zentrums und der Nationalliberalen schweigen. Aber der Führer der Freikonservativen, Frhr. v. Jellich, spricht. Er will Änderungen für die Frauen, Abschaffung von Belästigungen harmloser Berufe. Aber er sagt, daß die Ley Rede, das preußische Jugendhausgesetz, von der Regierung nicht wieder eingebracht werde, und er fordert den Ausschluß aller Minderjährigen und bessere Ueberwachung der fremden Sprachen in Versammlungen. Minister v. Hammerstein verspricht nur, er wolle an der Vereins- und Versammlungsgesetzgebung etwas ändern, so den Unterschied zwischen öffentlichen und Vereinsversammlungen. Aber die fremden Sprachen müßten verboten werden können. Der Freisinnige Fischel fordert nun generell ein Vereinsgesetz. Der Minister erklärt, daß das unmöglich sei. Die preußische Regierung und Verwaltung lasse überall Recht und Gerechtigkeit walten. Der Freikonservative Camp spricht der Regierung bei. Die Frauen sollten ja zugelassen werden, aber — das ist ein Zitat — die unreifen Jungen müssen ausgeschlossen bleiben. Nun spricht wieder Herr Fischel und ist der Regierung dankbar, daß sie den Bahnen der Herren v. Jellich und Camp nicht folgen wolle, er ist einer Regierung dankbar, die in der Sprachfrage so reaktionär ist. Der Zentrumsabgeordnete Gerold spricht für die Frauen und gegen das Verbot fremder Sprachen. Aber er sagt hinzu: Man muß mehr in den Versammlungen gegen den Umsturz auftreten und die Minderjährigen hineinzubringen, um sie so gegen Verführung zu wappnen. Er will also die jungen Leute in den Versammlungen haben, aber nur, um sie vor der Sozialdemokratie zu warnen, dem Rechte des Volkes ist keine Rede. So zeigt sich der Hof gegen die Sozialdemokratie und gegen die Volkshewegung und die Erbitterung gegen die Minderjährigen, die ihre Muttersprache sprechen. Eine solche Tendenz kann in ihrer Roheit nur in einem Dreiklassenparlament zum Ausdruck kommen, nicht aber in einem Parlamente des allgemeinen Wahlrechts.

Sozialistenfresser.

Nun ein anderes Bild. Am 11. März 1904 wünschte der Zentrumsabgeordnete Kirsch, man möge die Landtags- und Reichstagswahlen nicht vier bis fünf Monate auseinanderlegen, es wäre besser, nur einen Zwischenraum von 14 Tagen bis 4 Wochen zu machen, damit die Parteien Geld sparen und den Kampf gegen die Sozialdemokratie besser organisieren können. Hier wird also offen ausgesprochen, daß die Regierung nur dazu da sei, alles so einzurichten, daß die Wahlen unter dem Gesichtspunkte des Kampfes gegen die Sozialdemokratie gefaßt werden können. Herr v. Heidebrand u. d. Laßa pflichtet Herrn Kirsch bei. Minister v. Hammerstein aber ist dagegen, nicht weil er dagegen wäre, die Regierungsgewalt gegen eine einzelne Partei auszuüben, sondern weil er meint, der Kampf gegen die Sozialdemokratie lasse sich besser führen, wenn der Zwischenraum zwischen Landtags- und Reichstagswahlen größer sei.

Am 11. März 1904 wird im Abgeordnetenhause darüber verhandelt, daß der Minister im Reichstage die Interpellation wegen der Audienz ruffischer Staatsangehöriger beantwortet habe. Diese Antwort wurde dem Minister von einigen Seiten übel genommen, wenn auch anerkannt wird, daß der Minister auf den Vorstoß der Sozialdemokraten erklärt habe, die Angelegenheit gehöre nicht in den Reichstag. Herr v. Heidebrand meint, dem preußischen Staate müsse bleiben, was ihm gehöre. Der Minister v. Hammerstein erwidert: Sinnlos haben wir die Interpellation abgelehnt, um die Rechte Preußens zu wahren, das andere mal haben wir sie angenommen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen und durch die Niederlage der Sozialdemokraten im Reichstage die Niederlage der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause zu verstärken. Wie lächerlich! Der Minister schlägt die Sozialdemokratie im Abgeordnetenhause tot, wo sie gar nicht vorhanden ist. Das Abgeordnetenhause ist eben da, um der Reaktion einen Deckel zu bieten, wenn man sich im Reichstage nicht sicher fühlt.

Bei einer anderen Gelegenheit sehen wir, wie die Leute aussehn, die im Abgeordnetenhause Opposition machen. Der Freisinnige Fischel sagt über die Nichtbestätigung des freisinnigen Gemeindevorstandes Wenzel, dabei aber sagt er, die freisinnige Partei sei nicht Abhängigerin der Sozialdemokratie, keine Partei werde so wie sie von der Sozialdemokratie angegriffen. Und daran schließt er eine Empfehlung seiner Partei zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Minister v. Hammerstein erkennt freudig die mannhafte Haltung der freisinnigen Volkspartei gegen die Sozialdemokratie an. Frhr. v. Jellich schließt sich diesem Lobe an. Er meint: „Aber handeln soll man, man soll den Worten die Tat folgen lassen.“ Und er ist dem Minister dankbar, der da gesagt hat: „Wenn der Moment gekommen ist, will ich eingreifen, dann wird man mich auf meinem Platze finden.“ Diese Debatte gibt überhaupt ein Bild von dem Geiste, wie er im preußischen Abgeordnetenhause zu treffen ist. Der bekannte Konservative v. Köbel sagt in dieser Debatte: Wir hatten die Sozialdemokratie überhaupt nicht für berechtigt. Sie und Stimme hier im preußischen Landtag einzunehmen.“ Und weiter: Wir betreten überhaupt der Sozialdemokratie das Recht, sich als die geborene Vertreterin des Volkes hinzustellen, wir betreten ihr auch das Recht, sich lediglich als Vertreterin der arbeitenden Klassen hinzustellen.

Wieder ein anderes Bild. Es gibt einen Spezialisten gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus“ und für den Schutz der Arbeitswilligen im Abgeordnetenhause, den konservativen Abgeordneten Stroßer. Wieder einmal tritt er für den Schutz der Arbeitswilligen ein und schließt mit Wälschenstein:

„Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehn!“

Das ist die Tonart gegen eine Partei, die bei den Wahlen zum Landtage die zweitgrößte Stimmenzahl auf sich vereinigt hat, wenn sie auch allerdings keinen Abgeordneten durchzuführen vermochte, während die konservative Partei mit nur etwas Stimmen mehr 140 Abgeordnete bekommen hat. Solche Verhältnisse sind nur möglich auf Grund des Dreiklassenwahlrechts. Da ist ein Graf Rolke im Abgeordnetenhaus. Ich glaube nicht, daß es Rolke von Harden ist. (Heiterkeit.) Er macht darauf aufmerksam, daß der § 96 der Verfassung zum Schutze von Arbeitwilligen benutzt werden müsse. Dieser Paragraph lautet: Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen und auf Requisition der Zivilbehörden verwendet werden. In letzterer Beziehung hat das Gesetz die Ausnahmen zu bestimmen. Graf Rolke will also eine Verfassungsbestimmung, die ausdrücklich die Anwendung der bewaffneten Macht auf die vom Gesetze bestimmten Fälle und Formen beschränkt, auf den Kampf gegen den Terrorismus ausdehnen. Gleich nach dieser künstlichen Auslegung der Bestimmung und nach dem Ausbruch des Terrorismus eines Grafen nimmt ein freisinniger Abgeordneter aus Schleswig-Holstein das Wort — über die Verhandlung der Schaulenfenster an Sonntagen. Herr v. Jeditz bezeichnet dann die Bewegung in Russland als anarchoistische und die Sozialdemokratie als Freundin dieser Bewegung. Also müssen wir gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Das ist so der Grundton aller Reden: gegen die Sozialdemokratie muß vorgegangen werden.

Am 6. April 1905 sagt Graf Douglas: Die Sozialdemokratie kommt zu der verdrießlichen Erkenntnis, daß es wieder die bürgerlichen Parteien und zwar hier in voller Einmütigkeit sind, die für das Volkwohl reale positive Arbeit schaffen im Gegensatz zu nebelhaften Utopien. Der verflozene Robbielski erklärt bei einer anderen Gelegenheit über die landwirtschaftlichen Arbeiter: „M. S. um die landwirtschaftlichen Arbeiter, die bei uns sind, braucht sich weder die Sozialdemokratie noch sonst wer zu sorgen.“ Kein Mann sagt auch nur ein Wort dagegen. Alle sind anscheinend der Ansicht, daß unsere Landarbeiter genügend gut aufgehoben sind.

Am 13. Februar 1904 greift der nationalliberale Abg. Hilke die Knappschaftskassen an, weil sie Prüfungen für die Sozialdemokratie und Versorgungslage für die Agitatoren seien. Graf Limburg-Sturum wirft den Nationalliberalen vor, daß sie bei den letzten Landtagswahlen einige konservative verdrängt hätten. Er fügt hinzu: „Wenn Sie das tun, so geschieht es nur zugunsten der Sozialdemokratie.“ Demnach hält er die Nationalliberalen für eine Vorfrucht der Sozialdemokratie. Derselbe Redner behandelt bei einer anderen Gelegenheit die sogenannte polnische Gefahr in Oberschlesien. Erst sei das Zentrum dagewesen, dann seien die Polen gekommen, nun die Großpolen und schließlich würden die Sozialdemokraten kommen. So wird der Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit alles Mögliche angehängt. Die Sozialdemokratie gilt als der Feind, der von Anis wegen bekämpft werden muß, und es kommt fast keine Debatte vor, in der nicht gegen die Sozialdemokratie gesprochen wird. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses auf so niedrigem Niveau stehen. Aber man weiß doch auch anders von der Sozialdemokratie zu reden, man benutzt dort

den roten Lippen,

um den Ministern Angst zu machen, wenn sie nicht so wollen, wie gewisse Leute. Da erklärt man dann, die Landwirte sind so unzufrieden mit den Verhältnissen, daß sie, falls ihren Wünschen nicht Rechnung getragen wird, Sozialdemokraten werden. Bei der Besprechung der Bergwerksverhältnisse sagte der Abg. Schulz-Klodum, Arbeiter dürften nicht delegiert werden, damit die Sozialdemokratie nicht gestärkt würde. Einerseits also schlägt man auf die dort wehrlose Sozialdemokratie los, andererseits benutzt man sie als Mittel zur Erpressung gegen die Regierung. Nun wollen wir aber einmal sehen, was die Herren dort im Abgeordnetenhause an Arbeit leisten. Natürlich kann ich nur die wichtigsten der dort eingebrachten Vorlagen behandeln.

Ich bespreche zunächst die Kanalvorlage,

notürlich auch nur in den Hauptzügen, weil ich sonst keine Zeit mehr für andere Dinge hätte. Die Kanalvorlage ist ausgegangen von der volkswirtschaftlichen Erkenntnis gewisser Kreise, daß es notwendig sei, einen Verkehrsweg quer durch Deutschland zu schaffen, auf dem Güter billiger zu transportieren sind, als auf der Eisenbahn. Der Plan ging dahin, einen Kanal zu schaffen, der die Weichsel mit dem Rhein verbindet. Die preussische Regierung interessierte sich für diese Vorlage und machte eine entsprechende Vorlage. Aber die preussischen Junker fürchteten, ihr Geschäft könnte etwas verdrängt werden, wenn der Handel und die Industrie des Westens einen billigen Verkehrsweg nach dem Osten hätte; sie fürchteten auch, dadurch könnte die Flucht der Arbeiter vor ihrer Tyrannie zunehmen, vor allem aber fürchteten sie die Konkurrenz bei der Verfogung Berlins. Daher sehen wir 1903 im Abgeordnetenhause die Kämpfe, die eine Obstruktion des Junkertums darstellten, welche dahin ging, diese Vorlagen unmöglich zu machen und welche gekrönt wurden durch die Niederlage der Regierung. Die Regierung war sehr empört und entließ im ersten Klerger mehrere Landräte usw., aber das half ihr nichts, und die entlassenen Beamten befanden sich eines schönen Tages wieder in besserer Stellung. Die Minister blieben freilich bei der Vorlage und einer sagte mit Bezug auf den Kanal: „Gebaut wird er doch“. Allerdings traf ich auch andere Minister, z. B. den werten Robbielski (Heiterkeit), der sich für die Vorlage nicht so sehr interessierte und der gesagt haben soll: „Ich werde mir doch mit dem laufenden Kanal nicht vor den Rauch stoßen lassen.“ Nun die Vorlage kam wieder, aber wie sah sie aus. Es war eine Reihe kleiner Kanäle angegeschlossen, um den Agrariern eine Freude zu bereiten. Dann waren Bestimmungen gegen Hochwassergefahr aufgenommen, aber die eigentliche Kanalvorlage gab die Strecke vom Rhein bis zur Weichsel auf. Man sollte vom Rhein nur bis Hannover kommen können, nicht aber von da bis zur Weichsel. Das preussische Abgeordnetenhause hat die Vorlage in einer Form genehmigt, die aus dem Ganzen einfach ein Bruchstück macht, vermengt mit Liebesgaben für verschiedene Interessenten. Dazu wurden noch Schiffsabgaben geschaffen, die mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen, denn nach der Reichsverfassung sind die Wasserstraßen abgabenfrei, und die preussische Regierung wußte sich jetzt bemühen, diese Abgaben, entgegen der Verfassung des Reiches, nach dem Willen des preussischen Landtages durchzuführen. Das Schicksal dieser Vorlage zeigt uns also erstens einen Sieg der Junker auf der ganzen Linie und zweitens, daß hier und da wohl einige kapitalistische Interessen berücksichtigt sind. Aber der Gesichtspunkt, wie ein solcher Kanal dem ganzen Handel und der gesamten Industrie, auch der arbeitenden Bevölkerung dienen kann, ist im Abgeordnetenhause nicht zur Geltung gekommen. (Sehr wahr!) Das Schicksal dieser Vorlage bedeutet den Sieg einzelner Interessenten, der bei allgemeinem, gleichem Wahlrecht zum Landtag nicht denkbar wäre! (Zustimmung!)

Ein anderes Gebiet ist das der

Bergarbeitergesetzgebung.

Aus den Debatten hierüber habe ich eine Aeußerung des Abgeordneten Hilke herüber, daß die Klagen der Sozialdemokraten, die Bergwerksarbeiter wollten gegen die Ausbreitung der Bismarckheit nichts unternehmen, durch die Debatten vollständig widerlegt seien. Nun, ich bin nicht der Meinung, daß das geschehen ist. Wir haben bei den Bergarbeitern große Kreise, die nicht sozialdemokratisch sind, aber durch die gleichen Interessen zu bestimmten Forderungen für die Arbeiter getrieben werden. Der konservative Abgeordnete v. Strachwitz bekämpfte diese Forderung mit dem Hinweis darauf, daß alle diese Forderungen sozialistisch seien. Eine ausreichende Regelung der Knappschaftsbeiträge, die Forderung auf Erhöhung der Leistungen der Knappschaftskassen sind also sozialdemokratisch! Sozialdemokratisch ist also auch die Forderung, daß die Bergarbeiter im Hinblick auf ihre schwere und aufreibende Arbeit nach 25 Jahren in den Besitz einer Invalidenrente kommen sollen. Der Abgeordnete Druff, der nicht auf unserem Standpunkte

steht, aber als Vertreter der Bergarbeiter ihre Beschwerden vorzutragen mußte, hatte darüber erklärt, daß durch die forcierte Einfuhr fremder Arbeiter die Bismarckheit gefördert werde. In der Debatte über die Interpellation Brust hören wir aber die Herren behaupten, die Regierung und die Arbeitgeber seien vollständig unschuldig, die Arbeiter selbst trügen die Hauptlast an der Verbreitung der Krankheit, weil sie sich der, nach so billigen Untersuchung entziehen, und der Abgeordnete Hilke beklagte die armen Arbeitgeber in den Bergwerken, die unter den Arbeitern so sehr zu leiden hätten. Im Februar 1905 wurden infolge des großen Kohlenarbeiterstreiks drei Anträge verhandelt; in der Debatte darüber sehen wir, wie die Herren im Abgeordnetenhause hauptsächlich über den Kontraktbruch der Arbeiter klagten. Ferner erwähne ich eine Interpellation betreffend das Stilllegen von Bergwerken und schließlich 3 Gesetzesentwürfe vom Jahre 1905 über die Verhältnisse der Bergarbeiter, über das Stilllegen von Bergwerken und über das Recht der Mutungen. Fürst Bülow wies in seiner einleitenden Rede ebenfalls auf den Streik hin und benutzte die Gelegenheit, um den Kontraktbruch der Arbeiter zu bedauern, und dann lobte er die preussische Regierung, die in den Streik nicht etwa eingegriffen habe, weil sie den Schwächeren nicht wollte nebeln lassen, und auch nicht deshalb, weil sie eingesehen, daß soziale Einrichtungen notwendig seien, sondern lediglich aus dem Grunde habe sie sich befähigt, damit nicht die Sozialdemokratie noch größere Fortschritte mache. (Hört! hört!) Die Arbeiter hätten nun die Arbeit wieder aufgenommen, weil die Regierung ihnen bestimmte Versprechungen gegeben habe, und diese Versprechungen sollten nun durch das Gesetz erfüllt werden. Das Gesetz brachte nicht viel. Der Minister Rölller führte aus, das alte Berggesetz sei reformbedürftig; die freie Konkurrenz, die durch das alte Gesetz begünstigt werde, passe für die kleinen Verhältnisse, unter denen das Gesetz seinerzeit gegeben sei. Jetzt spiele das Großkapital eine ganz hervorragende Rolle, und das Gesetz müsse den Verhältnissen entsprechend geändert werden. Er sprach für den sanitären Maximalarbeitstag, der nicht verweigert werden dürfe, denn die Bergwerke gingen immer mehr in die Tiefe, und die Verhältnisse der Bergarbeiter seien immer schlechter geworden. Ebenso seien Bestimmungen wegen der Ueberfluthen und die Regelung des Wagnens notwendig. Die Regierung hatte also eine kleine Reihe von Verbesserungen vorgelesen. Im Abgeordnetenhause erklärte man aber einfach, die Regierung hat keine Rücksicht auf den Streik und auf ihre eigenen Versprechungen zu nehmen. Die Nationalliberalen sagten, ein Notfall bei den Bergarbeitern ist überhaupt nicht vorhanden gewesen, die Bergarbeiter hätten einfach einen Rechtsbruch begangen. Das Rullen der Wagen sei besser als sein Ruf und auch der sanitäre Maximalarbeitstag sei nicht nötig. Ebenso wenig seien Arbeiterausfälle nötig, die man allerdings, wenn man absolut wolle, unter Vorsichtsmaßnahmen über ihre Zusammenführung einführen könne. Der Sechsentwurf wurde an eine Kommission verwiesen, die ihn so behandelte, wie vom Arzt die Leute behandelt werden, denen er lauter faule Glieder absägen soll. Schließlich brachte das Gesetz lediglich das Verbot des Wagnens, im übrigen aber blieb alles beim alten. So hat das Abgeordnetenhause gegen die Versprechungen der Regierung gehandelt, gegen die Interessen der Bergarbeiter, und es hat sich als Feind derselben erwiesen. (Lebhaftige Zustimmung.) Das wäre nicht möglich, wenn wir zum Abgeordnetenhause das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht hätten.

Bei dem Kauf der See „Hibernia“ führte der Minister aus, die preussische Regierung nehme diese Angelegenheit in die Hand, um bei den Arbeitgebern mitreden zu dürfen. Während wir überzeugt sind, daß die Bergwerke keinem Privatmanne gehören dürfen, daß die Bodenschätze nur vom Staate verwaltet und ausgebeutet werden müssen, allerdings unter anderen Verhältnissen wie heute, will der preussische Minister als Arbeitgeber nur bei den Herren Kirdorf und Genossen mitreden dürfen. Die ungeheure Entwidlung des Bergbaues in Preußen zeigen folgende Zahlen. Im Jahre 1865 wurden 10 Millionen Tonnen Kohlen im Werte von 90 Millionen Mark gefördert. Im Jahre 1905 dagegen 113 Millionen Tonnen Kohlen im Werte von 962 Millionen Mark. Die weitere Entwicklung droht dahin zu führen, daß sämtliche Gruben in den Besitz von Privatkapitalisten gelangen und daß ein Teil der Felder dann nicht benutzt wird, damit die Preise der Bergwerksprodukte erhöht werden können und jede Konkurrenz zur Verbilligung von Kohlen usw. unmöglich gemacht wird. Das wäre ein Privatmonopol für das ganze Land. Der Staat sagt, das wäre ein gefährlicher Zustand, gegen den etwas getan werden muß. Und als das Gesetz, welches seinerzeit der Abgeordnete Gamp beantragt hatte, das Mutungsrecht auf zwei Jahre festzulegen, abgelehnt war, sagte die Regierung, das, was die Kapitalisten noch nicht haben, müssen wir übernehmen; die Regierung will also nur die Verstaatlichung der noch freien Steinsalzlager und Kohlenfelder vertreten. Das preussische Abgeordnetenhause aber sagt, das geht nicht an, der Staat darf nicht alle noch freien Felder bekommen, sondern er darf nur einen Teil derselben, 55 000 Hektar erwerben. Das preussische Abgeordnetenhause hat also den schwachen Versuch der Regierung, dem Privatmonopol entgegenzutreten durch Rettung derjenigen Felder, die noch frei sind, verhindert. Auch soll das Gesetz in Ostpreußen, Pommern und Schlesien nicht gelten. Somit ist seine Wirkung fast Null. Beim allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht wäre ein solcher Vorgang unmöglich.

Ich wende mich nun zu einer anderen Materie. Wir haben eine Reihe von Bevölkerungsbestandteilen, welche nicht deutsch reden. Vor allem

die Polen und Dänen.

Diese Volksbestandteile sind nicht freiwillig zu uns gekommen. Die Polen sind bei der Vergewaltigung Polens, bei der Teilung Polens an Preußen gekommen. Von da an besteht bis heute ein ununterbrochener Kampf zwischen der Regierung und den Polen. Im Jahre 1848 erklärte ein polnischer Abgeordneter: „Die Preußen haben die Polen zwar geschlagen, aber sie werden sie nicht verbauen.“ Und er hat recht behalten, von dem Verbauen der Polen ist bis heute keine Rede. Bismarck hat den Kampf gegen die Polen wieder aufgenommen und versucht, den Polen Abbruch zu tun. Sie wurden und werden mit allen Mitteln bekämpft. Der Erfolg ist aber gleich Null. Man hat eine Organisation geschaffen in der Ansiedlungskommission, welche im Osten der Monarchie Länder aufkaufen und parzellieren soll, um kleine Bauern- und Landarbeiterstellen zu schaffen, und zwar soll polnisches Land aufgekauft und an Deutsche verteilt werden. Im Jahre 1904 hatte diese Ansiedlungskommission schon 13 Jahre gearbeitet. Sie hatte 261 662 Hektar Land, das sind 48 Quadratmeilen, mit einem Aufwand von 200 Millionen Mark gekauft. Aber 62 Proz. dieses Landes war aus deutschen Händen gekommen und nur 38 Proz. aus polnischen. Sie hat also ihre Aufgabe in der Richtung, polnischen Besitz an Deutsche überzuführen, verfehlt. Im ganzen hat sie 68 000 Menschen dort angehebelt. Ich will nun einmal eine Rechnung aufmachen, wie die Kosten hierfür sich stellen. Die Kommission hat 319 Millionen Mark ausgegeben und 75 Millionen Mark eingenommen. Für jene 68 000 Menschen also 254 Millionen Mark aufgewendet. Jeder Mensch also, der dort sitzt und deutsch spricht oder auch unter Umständen das Deutschsprechen verlernt (Sehr richtig!), kostet dem preussischen Staat 4400 Mark. Rühmlich ist etwas feurer Spott. (Zustimmung.) Im Jahre 1905 ist wiederum ein Gesetz zur Gründung neuer Ansiedlungen gegeben und weiter ist in dem Etat eine Summe eingestellt für sogenannte Ostmarkenzulagen, die also an Lehrer als Prämien verteilt werden sollen, damit sie sich bemühen, den polnischen Kindern ihre Muttersprache abzugewöhnen. Am 26. April 1907 wurde im Abgeordnetenhause eine Resolution angenommen, diese Tätigkeit auch auf Oberschlesien auszuweiten. Damit komme ich auf die Tragödie in Oberschlesien. Dort war die Bevölkerung im Laufe der Zeit mehr und mehr deutsch geworden. Aber durch die preussische Polenpolitik wurden die nationalen Instinkte geweckt und so gefördert, daß dort eine Polenbewegung entstanden ist, durch die das Zentrum schon in recht unbehaglicher Lage gekommen ist. Es entstand dadurch eine Vermehrung der polnischen Bevölkerung. Um sie wieder zu beseitigen, setzte man den Fehler, durch den man sie herborgerufen hat, weiter fort und will nun Ostmarkenzulagen auch für Schlesien haben. Am 7. Mai 1907 verlangte der Abgeordnete

Arndt zum Schutze der Deutschen in Oberschlesien, daß noch weitere Millionen in den Schlund der Ansiedlungskommission geworfen werden. Gleichzeitig arbeitete die Behörde mit Hochdruck gegen die polnische Bevölkerung, mit Maßregeln gegen die Lehrer, mit Strafen gegen die Eltern und Kinder.

Ein Zeichen von der unheilvollen Wirkung dieser Zwangspolitik war der

Schulstreik.

Ein Minister erklärte im Abgeordnetenhause den Polen: „Meine Herren! Mit Ihnen verhandeln wir nicht, Ihnen haben wir zu befehlen!“ Dieser Auffassung hat das Abgeordnetenhause zugestimmt. Völlig berechtigt war es danach, wenn der Abgeordnete v. Seatzginski erklärte: „Ein solches Auftreten ist nur dann möglich, wenn in diesem Parlamente eine Mehrheit von geborsamen Untertanen und nur eine Minderheit von unabhängigen und freien Staatsbürgern sich befindet.“ Ich füge hinzu: Diese eigenartige Zusammenfassung ist nur möglich, weil es sich um ein Klassenparlament handelt. Und nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen die Dänen geht man vor und scheut sich nicht vor ungeschicklicher Auslegung alter Staatsverträge. Ich erinnere an den Fall Finnemann, wo dem Vater das dem höchsten preussischen Gericht attestiert wurde, daß er kein Däne sei, während dasselbe Gericht nachher den Spruch gelau hat: Der Sohn Finnemann ist ein Däne, weil der Vater ein Däne ist. (Hört! hört!) Die Herren im Abgeordnetenhause begreifen es eben nicht, daß das deutsche Volk die Anstandslosigkeit hat, den Leuten, die gezwungen im deutschen Volke leben, ihre Kultur, ihre Eigenart und ihre Sprache zu lassen. — Weiter hatten wir im Abgeordnetenhause eine Debatte über den

Vertragsbruch der ländlichen Arbeiter

und des Gefindes. Scheinbar war das neue Gesetz nur gerichtet gegen die Arbeitgeber; es bezweckte, den Arbeitgeber zu bestrafen, der das Gefinde zum Vertragsbruch verleitet, und ferner die Vermittlung von Verträgen mit vertragsbrüchigen Arbeitern. Die Konsequenz des Gesetzes ist aber, daß die Arbeiter selbst durch das Gesetz bestraft werden, indem sie dem Hunger preisgegeben werden, wenn sie der Peitsche eines Arbeitgebers entflohen sind. Das Gesetz bestraft auch Dinge, die bereits strafbar waren. So wird zum Beispiel die Anlistung zum Ausderarbeitgehen ohne Jurehaltung des Kontraktes nach einem preussischen Gesetze von 1851 mit 15 Mark bestraft; in diesem neuen Gesetze stand eine Strafe von 150 Mark auf dasselbe Vergehen. Mehrere Arbeiter zusammenfassen, empört sind über das Verhalten eines Inspektors und der eine sagt: „Da gehen wir weg!“ so ist das eine Verleitung zum Kontraktbruch. Es war also ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter. Dieses Gesetz ist im Landtage nicht zustande gekommen, aber nicht etwa, weil man mit dem Inhalte nicht einverstanden war, sondern weil es so mangelhaft und schlecht ausgearbeitet war und juristisch solch haarsträubende Unmöglichkeiten enthielt, daß man es nicht zum Gesetz werden lassen konnte. Daher mußte die Sache vertagt werden, daß sie aber wiederkommen wird, können wir aus den Klagen über die Landflucht der Arbeiter in jeder preussischen Etatsdebatte erkennen.

Eine weitere Blüte der Tätigkeit des preussischen Abgeordnetenhauses ist das Schulunterhaltungsgesetz.

Artikel 26 der preussischen Verfassung sagt: „Ein besonderes Gesetz regelt den ganzen Unterricht.“ Auf dies Gesetz hat man in Preußen sehr lange gewartet. Schließlich brachte 1891/1892 der damalige Kultusminister v. Jeditz ein Gesetz über das gesamte Volksschulwesen ein. Es war im Abgeordnetenhause wohlgefallen; aber draußen im Lande erob sich ein Sturm, der so stark war, daß der König das Gesetz und den Minister fallen ließ. Man suchte sich dann zu helfen, indem man über einzelne Gegenstände Sondergesetze machte, und als der große Wirrwarr auf diesem Gebiete erneut zu einem Versuche zwang, ein einheitliches Gesetz zu erlassen, ging man zunächst daran, die Unterhaltungsverhältnisse der Volksschulen zu regeln. Ehe das Ministerium zur Tat schritt, etablierte sich im Hause eine Nebenregierung: die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen unter Führung des bekannten Freiherrn v. Jeditz schlossen ein Kompromiß und einigten sich im Mai 1904 auf bestimmte Forderungen für dies Gesetz.

Eine Reihe von wichtigen Fragen wurde überhaupt nicht geregelt, im übrigen wurde die Konzeptionschule zur Regel und die Simultanschule zur Ausnahme gemacht, was zur Folge haben wird, daß wir eine ganz unaufrichtige Scheidung zwischen Katholiken und Evangelischen im Volke bekommen. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wurde völlig lahmgelegt. Sie bekamen das Recht, Schuldeputationen und Schulkommissionen einzusetzen, aber der Staat behielt sich das Bestätigungsrecht ihrer Mitglieder vor, was zur Folge hat, daß Sozialdemokraten oder Leute, die zufällig nicht an den lieben Gott glauben, in solche Schulkommissionen nicht hineinkommen. Ebenso ist die Freizügigkeit der Lehrer auf das Ärgste eingeschränkt. Die Quintessenz des Gesetzes ist also eine neue Verheugung des Volkes, wie sie zur Zeit des Wächtigen Krieges stattfand, und das Recht der Gemeinden, zu bezahlen und sich vom Staate beaufsichtigen zu lassen.

Interessant ist weiter eine

Herabsetzung des preussischen Einkommensteuergesetzes

durch den preussischen Landtag. Sie hatte zur Folge, daß anstatt 4274 Millionen Mark im Jahre darauf 5724 Millionen Mark aufgebracht wurden. Das Kapital hat dabei 61 Proz. mehr aufgebracht als bisher; der Grund und Boden, der im preussischen Abgeordnetenhause stets besonders geschont wird, 5 Proz. mehr, Handel und Gewerbe 47 Proz., die „gewinnbringende Beschäftigung“ aber brachte 75 Proz. mehr auf und unter diese Rubrik fallen auch die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Beamten, die Einkommen der Privatbeamten. Diese Reform vom 9. Dezember 1905 bedeutet also in erster Linie eine Belastung der Arbeiterbevölkerung. Dazu kommt noch, daß den Besitzenden neue Erleichterungen gewährt wurden, indem die Möglichkeit der Abzüge für Kinder auch auf die Einkommen von über 3000 Mark bis 6600 Mark ausgedehnt wurde. Ein freisinniger Antrag hat dann noch dafür gesorgt, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, ihre Angestellten mit einem Einkommen bis zu 3000 Mark der Steuerbehörde zu denunczieren, während Leute mit über 3000 Mark Einkommen nicht denunczieren werden können.

Zur Förderung des Wohnungswesens

und der Regelung der Wohnungsverhältnisse der Beamten und Staatsarbeiter bewilligt das Abgeordnetenhause jährlich 15 Millionen. Dazu bemerke ich, daß bei der jährlichen Zunahme der Bevölkerung in Preußen um 700 000 Einwohner ungefähr 140 000 Familienwohnungen jährlich mehr gebraucht werden, die 700 Millionen kosten würden. Also die 15 Millionen sind nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Sie sind andererseits gedacht als Fesseln für Leute, die wegen ihrer kümmerlichen Besoldung sonst gleich wegläufen würden, und zweitens glaubt man, auf diese Weise die Sozialdemokratie bekämpfen zu können und unter Hinweis auf diese parlamentarischen Häuser den Leuten klar zu machen, wie gut es ihnen eigentlich geht. — Weiter hat das preussische Abgeordnetenhause noch eine

Warenhaussteuer

betaten. Die Warenhäuser sind sicher auf demselben Boden entstanden, wie die Krusts und Synklats; aber die Mittelstandsfreunde im preussischen Landtage glauben sich ein besonderes Recht zu geben, wenn sie gegen die Warenhäuser losgehen. Das Gesetz war derartig, daß es wahrscheinlich das Bestehen der Warenhäuser überhaupt unmöglich gemacht haben würde. Erst im Herrenhause ist es gescheitert. Hier haben wir also den Fall, daß selbst das preussische Herrenhause, das uns so bedenklich vorkommt, immer noch nicht so schlecht ist, wie zuzeiten das Dreiklassenparlament. — Interessant ist ferner ein Gesetz über die

Einfuhr von Fleisch in die Städte.

Um die Einfuhr von verdorbenem Fleische vom Lande in die Städte unter allen Umständen zu verhindern, haben die Städte die Bestimmung eingeführt, daß solches Fleisch untersucht werden muß. Gegen diese Einrichtung liefen nun die Agrarier Sturm, und das preussische Abgeordnetenhause schaffte ihnen gütliche den Zwang der

Untersuchung für solches Fleisch ab, das von draußen kommt und mit einem Stiefel des Tierarstes auf dem Lande befestigt ist. Diese Tierarzte sind aber bekanntlich von den Grundbesitzern abhängig. In allen Grenzen haben wir die schönsten Einrichtungen, um kranke Vieh draußen zu halten, angeblich im Interesse der Gesundheit, in der Tat aber im Interesse der Agrarier. Der beste Beweis dafür ist, daß man hier den Ställen wirklich wirksame Maßregeln gegen die Einfuhr kranker Fleisch im Interesse des Selbstschutzes der Herren Grundbesitzer verbietet.

Gehälter der Beamten
hat sich der preussische Landtag in der letzten Session beschäftigt. Teilweise sind glänzende Erfolge dabei zu verzeichnen gewesen. So hat man den Ministern eine nichtpensionsfähige Stellenzulage von 14 000 M. gewährt, hat also ihre Kostlage anerkannt. (Weiter-
leit.) Gleichzeitig hat man ihnen zugesagt, daß der über 12 000 M. hinausgehende Teil ihres Gehalts bei der Pension in Zukunft ganz mitgerechnet wird. Mit der Gehaltserhöhung für die unteren Beamten war man nicht so schnell bei der Hand. Dieselben Parteien, die sich im Reichstage aufgeführt haben, als ob sie ebenso wie die Sozialdemokratie das Interesse der Beamten wahrnehmen, waren im Landtage bedeutend schweiger in dieser Hinsicht. Das zeigt wieder deutlich den Unterschied zwischen einem Parlament auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts und einem Parlament auf Grund des Dreiklassenwahlrechts. — Weiter hat sich das Abgeordnetenhaus mit einem Antrage der Abgeordneten v. Bodelschwingh und v. Pappenheim auf Erziehung von

Banarbeiterstätten
beschäftigt. Man hat feinerzeit, um den Arbeitslosen die Arbeitslosigkeit möglichst zu vermindern, die Verpflegungstationen geschaffen. Es ist wohl nicht zum wenigsten den deutschen Gewerkschaften mit ihren großzügigen Einrichtungen zur Unterstützung der Arbeitslosen zu danken, daß aus diesen Verpflegungstationen nicht viel geworden ist. Daher wollte man nun mit dieser Antrage etwas erreichen. Die Regierung wollte nichts bezahlen, erlaubte aber den Kreisen und Provinzen, Experimente in dieser Richtung zu machen, und war eventuell bereit, einen Teil der Kosten zu zahlen. Mit den Arbeiterstätten sollten Arbeitsnachweise verbunden sein. Man wollte offenbar die Arbeiterkräfte so billig wie möglich an irgend einen spekulativen Kapitalisten ausleihen. Also von diesen Arbeiterstätten ist wirklich nicht viel zu erwarten. Wie wenig aber das Abgeordnetenhaus auch an dieser seiner sozialen Tat Freude hatte, ergibt sich daraus, daß es gleichzeitig eine Resolution annahm, in der das Deutsche Reich aufgefordert wurde, dem preussischen Staat diese Last vom Halbe zu nehmen. Sont vermahnen sich die Herren immer dagegen, daß das Reich in die Rechte des preussischen Landtages hineinredet.

Einnmal hat das Abgeordnetenhaus den Versuch gemacht, wirklich sozialpolitisch zu sein, d. h. die Herren haben es sich eingebildet. Im Jahre 1904 beantragte Graf Douglas ein Organ zur Erhaltung und Hebung der geistigen und sittlichen Wohlfahrt des Volkes zu schaffen. Infolgedessen wurde beschlossen, möglichst auf Staatskosten ein

Volkswohlfahrtsamt
zu gründen. Was soll diese wunderbare Einrichtung erreichen? 1. Die Entlohnung der Volkswohlfahrtspflege im Inland und Ausland beobachten und darüber Bericht zu erstatten, also eine Art Studienkommission; 2. Wahrnehmungen mitzuteilen, die gesetzgeberische Schritte veranlassen können; 3. auf Anordnung einer Behörde Gutachten zu erhalten, Vorschläge zu machen und mitzuarbeiten bei Gesetzen; 4. eine freiwillige Hilfe bei größeren Unglücksfällen und Notständen einzuleiten. In der Debatte darüber traten zwei Strömungen zutage, die einen wollen von vornherein die ganze Sache in den Schoß des heiligen Bureaucratismus legen, die anderen sagen: da müssen Geistliche, da müssen Privatpersonen hinein, die heute schon in irgendwelchen Wohlfahrtsvereinen Vorsteher sind. Ein Abgeordneter sagte: 7 Milliarden hat unsere soziale Gesetzgebung bis jetzt gekostet, und sie ist wirkungslos verpuffert, jetzt wollen wir etwas schaffen, was nicht wirkungslos verpuffert. Es wird von einem Bau von ungeahnter Größe gesprochen, aber der Bau kommt den Herren sehr billig zu kosten nur 20 000 M. In der Hauptsache läuft es darauf hinaus, daß alle die verschiedenen Wohlfahrtsvereine eine gemeinsame Spitze bekommen, sie sollen die Ehre haben, im Beisein von Ministerialräten zu tagen, sie sollen auf Staatskosten gefüttert werden, damit die Bourgeoisie ihre ererbte Wohlthätigkeit nicht mehr auf eigene Kosten, sondern auf Kosten der Steuerzahler ausüben kann. Und angesichts einer solchen Konstruktion sagt Graf Douglas: „Wegen der Angriffe auf das Wahlgesetz soll bewiesen werden, daß wir die Vertreter des Volkes sind!“ Auf deutsch, dies Wohlfahrtsamt ist gewissermaßen der Wohlthätigkeitsausschuß, mit dem man Staat machen will. Ähnlich wie einen Weihnachtsartikel preißt man es an: „Volkswohlfahrt für 20 000 M., eine große soziale Tat für 20 000 M.“ Und zu einer solchen Komödie gibt sich das Parlament her. Warum? Weil es ein Dreiklassenparlament ist, weil es keine Fühlung mit dem Volke hat, weil es nicht gewählt ist auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Weiter ist ein Gesetz über
die Knappschaftskassen
gemacht, aber dies Gesetz ist so gewesen, wie von dem Manne, nach dem in der Bibel vergeblich gefragt wird: Da heißt es: „Wo ist der Vater, der seinem Sohn, der ihn um einen Fisch bittet, eine Schlange gibt? Wo ist der Vater, der seinem Sohn, der ihn um Brot bittet, einen Stein gibt?“ Die Knappschaftsgesetzgebung hat das Unrecht nicht beseitigt, das alte Unrecht hat nur neue Kleider bekommen, und die Kommission hat das, was vielleicht noch in der Vorlage mehr oder weniger gut war, über den Haufen geworfen. Alles Gute hat man abgelehnt, man war ja der preussische Landtag, das Parlament des Dreiklassenwahlrechts, das Parlament, das keine Rücksicht zu nehmen hat auf die Arbeiter.

Und wenn wir weiter gehen und Vorlage für Vorlage ansehen, so würden wir überall zu demselben Ergebnis kommen; einmal tritt das deutlicher, einmal weniger deutlich zutage, aber vorhanden ist das überall.

Hassen wir zusammen: Angriffe auf die Sozialdemokratie en masse, indem man den Feind fürchtet, der eines schönen Tages in den Tempel eindringt, dann aber wieder die Benutzung der Sozialdemokratie als rotes Gift, um die Minister zur Ordnung zu rufen, die wider den Stachel läden wollen. Dann sehen wir weiter eine Mißachtung des Ganzen, eine Gesetzgebung, die einmal die Interessen der Agrarier, das andere mal die der Großindustriellen berücksichtigt, die aber niemals das große Ganze im Auge hat, eine Klassengesetzgebung wie in keinem anderen Parlament. Wir sehen ferner jene schöne Gesetzgebung, die sich überall gegen die Rechte der Arbeiter richtet, die im besten Falle sich mal dazu aufschwingt, ein bißchen Komödie zu spielen und etwas zu geben, was in Wirklichkeit nichts ist. Werden aber mal soziale Gesetze vorgelegt, so schlagen sie in ihr Gegenteil um, oder aber sie werden zur Posse.

Ein häßliches Schauspiel
von Anfang bis zu Ende, Feindschaft gegen den wichtigsten Teil des Volkes, Liebesgaben für einzelne Klassen, das ist das Schauspiel des Dreiklassenparlaments, das ist die Eigenart dieses Parlaments. Dies Parlament bietet und tatsächlich nur die gesetzgeberischen Früchte und Erscheinungen, die es bietet und geben muß auf Grund seiner Konstitution. Das heute noch gegen die Verfassung bestehende stroyierte Wahlrecht ist der Vater dieses Parlaments, ein solches Wahlrecht kann kein anderes Parlament zur Folge haben als ein Parlament, so selbstlicher und selbständiger Art, wie das preussische Dreiklassenhaus. Alle demokratisch Denkenden müssen erbittert und empört sein über das Vorhandensein eines solchen Parlaments, zuerst selbstverständlich alle Sozialdemokraten. Wir, die wir ganz genau wissen, wohin der Weg geht, wir, die wir wissen, daß wir zur Befreiung des Proletariats die politische Macht

erobern müssen, daß die politische Macht auch in Preußen erobert werden muß, wir werden die Vorteile wiedererlangen, wir sind nicht so zahm wie das liberale Bürgertum, das sich auch jetzt wieder duckt. Voltaire hat einst gesagt von seinem Feinde, der Kirche: *Corasoz l'infâme!* (Gina: Erwürgt das Ungeheuer!) So müssen wir Sozialdemokraten und auch erheben unter einer Parole, und diese Parole muß lauten wie der Spruch Voltaires: *Corasoz l'infâme!*

Nach ein Wort über die Resolution und die Anträge. Der Antrag 11 präzisiert die Forderungen der Frauen schärfer als die Resolution, auf die ich mich mit Ironie verständigt habe. Aber auch in unserer Resolution haben wir den Frauen weitgehende Zugeständnisse gemacht. Sollten die Frauen jedoch darauf bestehen, den Antrag 11 zur Annahme zu bringen, so will ich durchaus nicht dagegen sein. Die Anträge 10 und 12 sind unter Umständen sehr berechtigt, sie haben meine Sympathie; aber wir würden unpraktisch handeln, wollten wir eine Resolution fassen, gegen die Votenpolitik und auf der anderen Seite eine besondere Resolution gegen die fremdsprachlichen Bestimmungen des kommenden Vereingehes. Es wäre daher ratsam, die beiden Anträge zu einer Resolution zu vereinigen.

Ich bin am Schluß. Es ist keine angenehme Aufgabe gewesen, über die Politik des Dreiklassenparlamentes zu reden, aber es war notwendig, zu zeigen, wie diese Politik aussteht. Wir sind überzeugt, daß wir mit unseren Ausführungen ein Echo finden in Preußen und in Deutschland und daß von dieser Stelle aus die Parole widerhallen wird im ganzen Lande, die Parole: *Corasoz l'infâme!* (Lebhafter Beifall.)
Die

Resolution,
die der Referent vorschlägt, hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag erklärt: Die Gesamttätigkeit des preussischen Abgeordnetenhauses ist ein Beweis für die Volkseindlichkeit des Dreiklassenwahlrechts. Dieses elendeste aller Wahlsysteme wirkt unschön schändlicher, als nach der Reichsverfassung der preussische Landtag in der Lage ist, die arbeitende Bevölkerung Preußens in jeder Weise zu benachteiligen, und außerdem der Staat Preußen durch ihn darin unterwirft, den Vorläufer für die Reaktion in Deutschland zu führen. Eine den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechende Gesetzgebung in Preußen und die wirksame Bekämpfung der Reaktion im Reich sind nur möglich, wenn in dem größten Bundesstaate ein Wahlrecht auf dem Boden ehrlicher Demokratie besteht.

Der Parteitag stellt fest, daß die Eroberung der politischen Macht zum Zweck der Befreiung der Arbeiterklasse den Sozialisten die besondere Aufgabe stellt, die Demokratisierung der Gesetzgebung und Verwaltung dieses Staates zu erzwingen. Damit wird es zur Pflicht der preussischen Arbeiterklasse, diesen unwürdigen Scheinparlamentarismus durch rücksichtsloses Vorgehen bis zur Beseitigung zu bekämpfen.

Hieraus folgt für die Sozialdemokratie Preußens die Aufgabe, den geschälberten elenden Zuständen dadurch ein Ende zu machen, daß sie den Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle zwanzigjährigen Staatsangehörigen ohne Unterscheid des Geschlechts mit der äußersten Anspannung und den jeweils für zweckmäßig erachteten Mitteln so lange zu führen hat, bis das Ziel erreicht ist.
Ed. Adler. L. Arons.

Die Verhandlungen werden vertagt.
Vorf. Reinert teilt das Ergebnis des Wahlsieges bei den Stadtverordnetenwahlen in Lützenwalde mit.
Dem letzten Teile der Sitzung wohnte auch Genosse Vebel bei, der von seinem Unwohlsein ziemlich hergestellt ist.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

Glänzende Siege!
In Worms wurden bei der Stadtverordnetenwahl am Mittwoch vier Sozialdemokraten gewählt, die „Deiß“ armee wurde vollständig gestiegen.

In Lützenwalde, wo die Gegner nach mehrjähriger Pause wieder Kandidaten aufstellten, wurden in der dritten Abteilung alle vier sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Sie erhielten 1198 bis 1200 Stimmen, die Bürgerlichen 307—310!

Bei den Gemeinderatswahlen in Saal, Altendorf (Muhl) und Stokum (Wahlkreis Bochum) wurden in der dritten Abteilung die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Die Mandate sind neu erobert.

Bei der Gemeinderatswahl in Jena wurden 13 Bürgerliche und zwei Sozialdemokraten gewählt. Die Sozialdemokratie gewinnt ein Mandat. (Die Meldung konnte unter letzten Depeschen nur in einem Teil der vorigen Nummer gegeben werden.)

Die Niederlage in Offenbach.

„Niederlage — doch ungedrogener Kampfesmut!“ überschreibt unser Offenbacher Parteiblatt, das „Offenbacher Abendblatt“, einen Artikel, worin es das Wahlergebnis der Stadtverordnetenwahl bespricht. Und in einem Ausruf des sozialdemokratischen Wahlkomitees heißt es:

Trotz der Niederlage hat die Partei und ihre Organisation sich bewährt. Es ist gut und tüchtig gearbeitet worden, und alle, die dabei halfen, haben Anspruch auf Anerkennung und Dank.

Das Bewußtsein, als gute Soldaten den Kampf geführt zu haben, dürfen unsere Genossen hegen, keiner kann es ihnen streitig machen. In diesem Bewußtsein geht es erneut an die Arbeit.

Die Redaktion sagt in ihrem Artikel:
... absolut sicher hätte die sozialdemokratische Liste gestiegt, wäre nicht im letzten Augenblick die bekannte Alarmmeldung gekommen, die alle Kesseltischen ins bürgerliche Lager gerabezu trieb.

Heute kann offen ausgesprochen werden, daß am Morgen des Wahltages bei den Leitern des Wahlkampfes der Sozialdemokratie keinerlei Hoffnung auf Sieg bestand. Und nicht nur bei den Leitern; auch Massen der organisierten Sozialdemokraten rechneten bestimmt auf eine Niederlage. Wenn etwas überraschend wirkte, so der Umstand, daß die Bürgerlichen nur mit geringer Mehrheit gestiegen waren.

So war denn in beiden sozialdemokratischen Versammlungen bei Verkündigung des Wahlergebnisses keine Spur von Niederlagenheit. Wohl hat allen Genossen, die eifrig und hingebend für die Sache der Arbeiter gewirkt haben, die Niederlage bitteren Schmerz bereitet, aber keiner erblickt darin eine Niederlage unserer Ideen. Daß dem Kommunalsozialismus die Zukunft gehört, das ist die feste Überzeugung der Sozialdemokraten.

Das „Abendblatt“ setzt dann weiter auseinander, wie von den Gegnern die Lüge genährt worden, der Bürgermeister, der die Sozialdemokratie, aber von den Sozialdemokraten gewählte Dr. Duller habe 500 000 M. städtischer Gelder verpuffet. Der Bürgermeister ist dieser Falschmeldung zu spät entgegengetreten.

Zum Schluß wird auf einen wichtigen Umstand also hingewiesen:

Das eine wissen wir: nicht die Gelben, nicht die Christlichen haben eine Niederlage erlitten, sondern nur die, an denen die Sozialdemokratie keine Schuld trägt. Viel schwerer mußte die Sozialdemokratie leiden unter Folgen der verhasstesten Konjunktur. Die Zahl der Steuerrefraktanten, die nicht wählen konnten, ist größer, wie die Majorität, mit der die Bürgerlichen stiegen. Aufenthaltsklausel und Steuerklausel, diese zwei Bestimmungen dezimieren immer unsere Wählerkraft...

Pölschliches, Gerichtliches usw.

Eine wahre Razzia unternimmt die Bochumer Staatsanwaltschaft gegen unser dortiges Parteiorgan, das „Volkblatt“. Am Sonnabend hatte der verantwortliche Redakteur, Genosse Steinamp, zwei Termine ansetzen. Im ersten Falle sollten sich einige Mitglieder eines Alimbingefangenenvereins belehigen, weil in einer Notiz ihr schöner Gesang, den sie bei der Rückkehr von einer Weerdigung hatten erklären lassen, in humorvoller Weise verulkt worden war. Der Verein führt den komischen Namen „Niedergedacht“. Es hieß nun in der betreffenden Notiz: „Daß die Mannen von Niedergedacht in niedergedachter Weise in dem Garten des von den Arbeitern hofstettlerischen Neuhausischen Lokales einen Gesang aufgeführt hätten, bei dem es den Eulen und Krähen angst vor der Konkurrenz geworden wäre“. Die Stellung des Strafanktrages war von der Polizei veranlaßt worden und der Staatsanwalt hatte Anklage im öffentlichen Interesse erhoben! Trotz der überzeugenden Darlegungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Kewitz, erkannte das Gericht auf 14 Tage Gefängnis. Die zweite Sache betraf eine Beleidigung zweier Bochumer Polizeibeamter. Diese waren in einem Prozeß als Zeugen aufgetreten und es war die Bemerkung daran geknüpft, daß trotz der beiden Kronzeugen, die den Finger in den Mund gesteckt und gesagt hatten: Ich weiß von nichts, der Beweis mißglückt sei. Wegen dieser harmlosen Bemerkung erkannte das Gericht auf drei Wochen Gefängnis.

Rein Sozialistenfresser. Genosse Leopold vom Halle'schen „Volkblatt“ wurde am Dienstag vor dem Schöffengericht in Hohenmölsen prozessiert. Es lagte im Privatbeleidigungsverfahren ein hiesig-Dunderliches Gewerkschaftsmitglied, Bergmann Böttcher. Der Herr hatte sich darüber geärgert, daß man ihn im „Volkblatt“ als Sozialistenfresser bezeichnete. Nachdem sein Rechtsanwalt betont hatte, daß sein Mandant im Kriegervereine Ansprachen für Kaiser und Reich halte, wurde unser Genosse zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

In die deutsche Reichs-„Freiheit“ ist Genosse Redakteur Fröblich vom „Volkblatt“ in Halle a. S. am Dienstag nach Verbüßung einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe zurückgekehrt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

32. Sitzung vom Donnerstag, den 21. November, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Michelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Ueber die anderweitige Regelung der Leitung des Fach- und Fortbildungsschulwesens im Magistrat hat eine auf Anregung der Versammlung eingesetzte gemischte Deputation beraten. Sie ist, nachdem der ursprünglich vorm beschlossene Vorschlag, für diesen Unterrichtszweig eine dritte Stadtschulrätstelle zu schaffen, zurückgezogen war, zu dem Beschlusse gelangt, die Anstellung eines außerhalb des Magistrats stehenden Fachmannes als Direktor des städtischen Fach- und Fortbildungsschulwesens zu empfehlen, und zwar soll zu diesem Zwecke ein besonderes Ortsstatut erlassen werden. Den von der Deputation aufgestellten Entwurf eines solchen hat der Magistrat in einigen Punkten geändert. Der künftige Leiter soll durch Privatdienstvertrag angestellt werden, unmittelbar vom Magistrat ressortieren, seine Wahl soll der Versammlung allein überlassen, sein Gehalt durch den Etat festgesetzt werden. Die Wahl soll zunächst auf 6 Jahre erfolgen; für den Fall der Nichtwiederwahl sind Maßnahmen für seine wirtschaftliche Sicherstellung vorgesehen.

Ohne Debatte wird die Vorlage angenommen.
An der Seestraße, Ecke Hennigsdorferstraße, soll auf städtischem Gelände eine zum 1. April 1908 beziehbar Barackenschule für 30 Klassen errichtet werden. Der Kostenübertrag beläuft sich auf 288 500 M.

Stadtv. Kullmann (Fr. Fr.) weist wiederum auf die zahlreichen Mängel des Systems der Barackenschulen hin und kündigt an, daß seine Fraktion die nächste beratende Vorlage ablehnen werde, wenn der Magistrat nicht dafür Sorge, diesen Notbehelf entbehrlich zu machen. Die Barackenschulen seien vor allem außerordentlich zugig und entsprechend gesundheitsnachteilig. Relativ vorzuziehen wären selbst Mietschulen, wenn die Verträge mit den Besitzern auf längere Zeit abgeschlossen würden, so daß diese in bezug auf besondere hygienische Einrichtungen mehr Entgegenkommen zeigen könnten.

Stadtv. Saling (R. L.) schließt sich diesen Ausführungen an und gibt dem Magistrat anheim, den Bau versuchsweise durch einen Privaten ausführen zu lassen, der schneller arbeiten würde als die Bauverwaltung. Redner beantragt Niederlegung eines Ausschusses.

Stadtv. Ulrich (R. L.) erhebt hiergegen Widerspruch. Gerade dieser Barackenbau sei als Notbehelf in jener Gegend unentbehrlich.

Stadtv. Bergmann (Soz.): Ursprünglich sind die Barackenschulen allerdings als Notbehelf zugelassen worden; der Magistrat hat auch jedesmal erklärt, es sollte baldmöglichst definitiver Ersatz geschaffen werden. Bis heute ist aber seit 1902 für irgendeine dieser Barackenschulen ein solcher Ersatz nicht geschaffen worden; der erste wirkliche Ersatz wird etwa 1910 oder 1911 fertig sein. Zur Vergebung des Baues an einen Privatmann sehe ich gar keine Veranlassung. Für den heute beantragten Schulbau erklären wir uns bei der tatsächlichen Kollage in jener Gegend, aber wir erklären auch gleichzeitig, daß wir für ein so teures und schlechtes Ausnahmehilfsmittel in Zukunft nicht mehr zu haben sein werden.

Stadtv. Rosenow (R. L.): Unmöglich kann es mit dem Bau von Barackenschulen so wie bisher weiter gehen. Zuerst sprach man von einem Provisorium, aber bis heute ist noch keine Barackenschule von ihrem Platze fortgerückt und an einen anderen Platz verlegt worden, wie uns seinerzeit auch in Aussicht gestellt wurde. Wir müssen jetzt mit dem Kollegen Bergmann glauben, daß es sich hier um eine ganz unnütze Verschwendung von Gemeindegeldern handelt. Es möchten nun doch manche Punkte in einem Ausschuss sich zur weiteren Erörterung empfehlen, es handelt sich doch um die Gesundheit unserer Schulkinder und der Lehrpersonen. Der Fuhboden der Baracken ist kalt und feucht und somit ebenfalls der Gesundheit nachteilig. Nehmen Sie den Antrag auf Ausschussberatung an.

Nach Ablehnung dieses Antrages wird die Vorlage sofort unverändert angenommen.

Den Beschlüssen der Versammlung betreffend die Bezüge der Assistenten und Volontärarzte an den städtischen Krankenhäusern ist der Magistrat in wesentlichen beigetreten. Das Verlangen der obligatorischen Gewährung einer Entschädigung bei infolge der Ausübung des Dienstes entstehenden Erkrankungen an das gesamte ärztliche Personal, d. h. auch an diejenigen Ärzte, die mehr als 3000 M. Einkommen beziehen, zu erfüllen, sieht der Magistrat keinen Anlaß; wohlwollende Beurteilung stellt er in den betreffenden seltenen Fällen in Aussicht.

Die Stadtv. Dr. Arons u. Gen. (Soz.) haben den letzten erwähnten Teil der früheren Beschlüsse der Versammlung abermals zum Antrag erhoben.

Stadtv. Dr. Wenz (Soz.): Die Vorlage des Magistrats begrüßen wir mit besonderer Genugtuung, nachdem es heizer Kämpfe bedurft hat, die durchaus gerechtfertigte Aufbesserung der Bezüge der jüngeren Ärzte dem Magistrat abzurufen. Wir sprechen dem Magistrat unsere Anerkennung aus, daß er hier ein recht verständiges sozialpolitisches Werk ausgeführt hat; wir wollen nur hoffen, daß wir in Zukunft bezüglich der Ansprache der Krankenhäuser dem Magistrat besser als bisher fahren. Leider will der Magistrat unserem weiteren Ergehen, allen Ärzten bei Entlohnungen infolge des Dienstes eine Entschädigung zu gewähren, nicht entsprechen. In unserem Ausblick ist seinerzeit dieser Beschlus gefaßt worden, ohne daß die Magistratsvertreter ein Wort

des Widerspruchs hätten laut werden lassen; um so mehr müssen wir uns daher über die jetzige Ablehnung wundern. Wir haben Kergle in der städtischen Verwaltung, die überhaupt kein bares Gehalt, sondern nur Naturalien beziehen; eine andere Kategorie von Angestellten sind die Bezüge mit mehr als 3000 M. Gehalt. Diese letzteren Herren, insbesondere die pathologischen Anatomen, stehen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit doch in einer steten Gefahr wie kaum ein anderer städtischer Angestellter. Man soll doch die „wenigen“ Herren, die hier in Betracht kommen, nicht nötigen, erst noch den Revisionsweg zu beschreiten; wir wollen doch auch alle den Nachbarn und nicht das patriarchalische Wohlwollen, welches der Magistrat in Aussicht stellt.

Auf Antrag des Stadtv. Kunge (M. L.) wird die Vorlage mit dem Antrage Arons einem Ausschuss überwiesen.

Dem Beschluß der Versammlung auf Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung darüber, ob und wie Reformen in der inneren Verwaltung der Stadt Berlin eingeführt werden können mit dem Zweck, der dauernden Vermehrung des Beamtenpersonals insbesondere durch Verminderung der Schreibarbeit und bessere Organisation der einzelnen Verwaltungen entgegenzutreten, hat sich der Magistrat angeschlossen. Die Versammlung hat 10 Mitglieder in die Deputation zu wählen.

Auf 6 Uhr ist die Wahl von 9 unbefehlerten Stadträten angelegt für die Stellen der Herren Buchow, Gehrke, Hübner, Jacoby, Kalisch, Raas, Marggraf, Dr. Strahmann und Benzly, deren Wahlzeit mit Ende dieses Jahres abläuft. Der Ausschuss für die Vorbereitung der Neuwahl hat sämtliche Herren, mit Ausnahme des abgehenden Stadtrats Hübner, zur Wiederwahl empfohlen. An Stelle des letzteren wird Oberlandesgerichtsrat Geh. Justizrat Professor Dr. Rosse, Charlottenburg vorgeschlagen, dem die Versammlung in der letzten geheimen Sitzung das Bürgerrecht verliehen hat. Der Wahlakt ist für jede Stelle gesondert durch Namensaufruf und Stimmzettelabgabe zu vollziehen.

1. Im ersten Wahlgang werden 125 Zettel abgegeben, davon sind ungültig (weiß) 51, gültig 74. Davon lauten 73 auf Herrn Buchow, der somit auf 6 Jahre wiedergewählt ist.

2. Im zweiten Wahlgang wird der bisherige Stadtrat Gehrke mit sämtlichen 91 gültigen Stimmen wiedergewählt; unbeschrieben sind 39 Zettel.

3. An Stelle des Herrn Hübner wird Oberlandesgerichtsrat Professor Dr. Rosse mit 103 von 130 Stimmen gewählt; 14 Zettel sind weiß, 14 gespült.

4. Wiedergewählt wird Stadtrat Jacoby mit 126 von 127 gültigen Stimmen; 2 Stimmen gespült, 8 Zettel sind weiß.

5. Auf den bisherigen Stadtrat Kalisch entfallen von 125 gültigen Stimmen (8 Zettel sind weiß) 62, während die absolute Mehrheit 63 beträgt. Rentier Bierich erhält ebenfalls 62 Stimmen, 1 Stimme lautet auf Stadtv. Mommsen.

Es muß eine engere Wahl stattfinden. Der Vorkieher-Stellvertreter N. Schelle stellt anheim, unter Berufung auf den besagten Kommentar zur Städteordnung zwischen Kalisch und Bierich die engere Wahl zu vollziehen.

Stadtv. Singer (Cog.): Für die Versammlung kann nicht ein Kommtar, und wenn er auch von einem so Berufenen herrührt, sondern muß die Städteordnung maßgebend sein. Diese schreibt vor, daß bei Nichtvorhandensein einer absoluten Mehrheit zwischen den vier Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, zu wählen ist. Ein Verfahren, wie es der Vorkieher vorschlägt, kann leicht zu Anfechtungen führen. Wir kommen am besten über die Frage hinweg, wenn wir die drei Herren zur engeren Wahl stellen.

Die Stadtv. Gassel (M. L.) und Mommsen (Fr. Fr.) teilen diese Auffassung, der sich nunmehr auch der Vorkieher anschließt.

Die wiederholte Wahl hat das Ergebnis, daß auf Kalisch 66, auf Bierich 58 Stimmen entfallen; 8 Zettel sind weiß. Herr Kalisch ist somit wiedergewählt; die Verkündigung seiner Wahl wird mit Befriedigung aufgenommen, worauf gegenseitige Glückwünsche folgen. Stadtv. Gassel legt gegen die Prorokur Protest ein.

6. Stadtrat Raas wird mit sämtlichen 108 gültigen Stimmen wiedergewählt. Daneben sind zwei weiße Zettel abgegeben.

7. Auf den bisherigen Stadtrat Marggraf fallen 33 Stimmen; 5 Zettel sind unbeschrieben. Herr Marggraf ist auf 6 Jahre wiedergewählt.

8. Für Stadtrat Dr. Strahmann werden 85 Stimmen abgegeben; 1 Stimme gespült, 7 Zettel sind weiß. Auch Herr Strahmann ist wiedergewählt.

9. Stadtrat Benzly erlangt im letzten Wahlgang sämtliche 64 gültigen Stimmen und ist somit ebenfalls wiedergewählt. Daneben waren 20 weiße Zettel abgegeben worden.

Unmittelbar nach Beendigung der Wahlen tritt Beschlußfähigkeit ein. Die Sitzung wird gegen 9 Uhr abgedrochen.

Aus Industrie und Handel.

Weniger Arbeitskräfte, mehr Gewinn.

Wie uns berichtet wird, haben die Arbeiter bei der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft stark unter Lohnabzügen zu leiden. Es werden nicht verdient, die Gesellschaft mache schlechte Geschäfte und dergleichen Redensarten mehr, bekommen die Arbeiter zu hören. Solche Behauptungen stehen mit den Angaben der Verwaltung an die Aktionäre und mit den tatsächlichen Geschäftsergebnissen in Widerspruch — die Arbeiter werden beschwindelt, um sie gefügig zu machen. Im letzten Geschäftsjahre ist die Zahl der Beschäftigten gesunken, aber der Reingewinn ist — größer geworden. Der Ueberdich aus Fabrikations- und Verkaufsgeschäft, der im Vorjahre 14 061 618 M. betrug, stellt sich für das letzte Jahr auf 14 888 175 M. und dazu hatte man für 2228 Angestellte Lohn und Gehalt gespart. Nach dem Geschäftsbereicht ergeben sich für die beiden letzten Jahre folgende Resultate:

	1905/06	1906/07
Reingewinn aus Fabrikations- und Verkaufsgeschäft	14 061 618	14 888 175
Ausgeschüttete Dividende, Gratifikation und Lohntieme	11 041 500	13 000 000
Zahl der Angestellten	33 905	30 667
Reingewinn pro Angestellter	415	484
Dividende usw.	326	423

Die Dividenden- und Gratifikationsempfänger erhalten demnach pro Kopf der Angestellten rund 100 Mark mehr und die Arbeiter werden mit Lohnabzügen beglückt, weil die Papieringehaber nicht genug — verdient haben.

Landwirtschaft kontra Industrie.

Die Besprechung sächsischer Verlebensverhältnisse hatte in einer der letzten Kammern der „Sächsischen Industrie“ dazu veranlaßt, auch auf die Wiederaufnahme des Mittelkanals-Planes durch die rheinisch-westfälische Großindustrie aufmerksam zu machen. Es war hier gesagt und begründet worden, daß auch in der sächsischen Industrie viel Sympathie für den Plan jener großen Straße der Verkehrs sich finden werde. Die damaligen Ausführungen der „Sächsischen Industrie“ sind in zahlreichen Tageszeitungen Sachsen und auch außerhalb Sachsen wiedergegeben worden. Dabei haben sie sich von einer Seite einen überaus scharfen Angriff angezogen. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ wendet sich gegen die „ebenso unzeitige, wie dreiste Kanalagitation der allzu launabgeheulichen Herren von der Großindustrie“. Hierzu bemerkt die „Sächsische Industrie“: Wir begnügen uns damit, diese Worte aus der genannten Korrespondenz wiedergzugeben. Der Angriff richtet sich von selbst. In unseren Ausführungen war be-

sonders betont, daß der Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes, der natürlich für ganz Deutschland von sehr vielseitigem und großem Nutzen sein wird, für Sachsen insbesondere zur Verbesserung der Kohlenabfuhrung wünschenswert ist. Wir brauchen wohl nicht erst zu sagen, daß auch die Verforgung mit Kohle nicht nur eine Angelegenheit der „Großindustrie“ ist. Ein Verkehrsweg, wie der bisher leider vergeblich „angestrebte Mittelkanal“, würde den verschiedensten Industriezweigen, Betrieben aller Größenklassen, und nicht nur der Industrie, sondern ebenso der Landwirtschaft und überhaupt der gesamten Bevölkerung zugute kommen. Freilich werden wir wohl darauf verzichten müssen, den Nutzen des Ausbaues der deutschen Wasserstraßen gerade der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ begreiflich zu machen.

Die Krise.

Daß der Stahltrust die Hälfte aller seiner Hochöfen stillgelegt habe, wurde der „Frankf. Zig.“ aus New York gemeldet. Weiter berichtet das Blatt aus New York: Die Firma Wise Brothers ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Verbindlichkeiten betragen 1 600 000 Dollar.

Dem „Tele.“ zufolge betragen die Passiven des falliten Bankiers Hummel in Venna sechs Millionen Lire, die Aktiven eine Million Lire. — Ueber die Bankfirma Stroli Pasquati in Gemona (Provinz Udine) wurde vom Tribunal der Konkurs verhängt. Die Passiven betragen angeblich 4/5 Millionen Lire. Beteiligt sind die Banca d'Italia, die Banca di Udine und ein Bankhaus in Venedig.

Die Aktien der Aluminium-Gesellschaft Neuhäusen (Schweiz) sind außerordentlich im Preise gesunken. Die Papiere, die sehr stark an der Zürcher Börse gehandelt werden, wurden vor kurzem noch mit 754 Frank bezahlt, jetzt gelten sie nur noch 2550 Frank. Der erste Kursturz fand im Oktober statt und stand im Zusammenhang mit dem Kupferkrach, da mit dem Stillwerden des Kupfers das Aluminium wieder weniger begehrt wurde. Das Aluminium-Syndikat setzte den Preis von über 5 Frank auf 3,50 Frank herab, die Aktien sanken aber infolge der internationalen Geldkrise weiter herab. Diese Papiere befinden sich zum großen Teile in den Händen kleiner Leute, die sich zum Teil erst das Geld mit 4 Proz. geborgt haben, um von der Aluminiumaktie 10 Proz. zu erhalten. Die allgemeine Panik zwingt die kleinen Kapitalisten, die Papiere mit ungewissen Verlusten loszuschlagen. Die Bankiers kaufen sie auf und geben sie so lange auf, bis sie wieder steigen werden.

Aus Santiago de Chile wird folgendes berichtet: Infolge des unvorhergesehenen Fallens des Wechselkurses hat sich die finanzielle Lage hier ernst gehalten. Eine Bank hat ihre Geschäfte eingestellt, drei andere haben sich an die Bank von Chile gewandt.

Wien ist heute mit folgender Meldung vertreten: Die Escomptofirma Heinrich Beer ist in Zahlungsnot geraten und tritt in Liquidation. Die Giroverbindlichkeiten betragen 2/3 Millionen Kronen. Durch Reescompte sind mehrere Banken beteiligt, die aber voraussichtlich voll befriedigt werden können.

Soziales.

Muß ein Motorradfahrer eines Hundeangriffs gewärtig sein?

Interessante Ausführungen gibt das Reichsgericht in einem jüngst entschiedenen Rechtsstreit des Kaufmanns K. in Wittenberg gegen die Witwe J. in Klein-Neubach. Der Kläger fuhr am 11. Januar 1906 auf einem Motorrad von Wittenberg nach Klingenberg. Vor dem Hause der Beklagten in Klein-Neubach sprang der Hund der Beklagten (ein Terrier) auf das Rad zu, schnupperte an den Pedalen herum und brachte dann das Rad durch einen Anspringer zu Falle. Kläger stürzte nach vorn über die Lenkstange und zog sich dabei erhebliche Verletzungen zu, für deren Folgen er von der Beklagten Ertrag verlangt. Die Beklagte bestritt, daß sich der Vorfall in der vom Kläger beschriebenen Art zugetragen habe. Sie behauptet vielmehr, daß Kläger den Hund mit seinem Rade angefahren und somit den Unfall selbst verschuldet habe.

Das Landgericht wie auch das Oberlandesgericht Bamberg erkannten auf Verurteilung der Beklagten zum Ertrage des entstandenen Schadens dem Grunde nach. Wegen dieses Urteils hatte die Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt und zwar mit dem Erfolge, daß das oberlandesgerichtliche Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen wurde. Der erkennende IV. Zivilsenat des Reichsgerichts erlegt die Ausführungen des Berufungsgerichts, insofern sie die Tierhalterhaftpflicht nach § 333 des Bürgerlichen Gesetzbuchs betreffen, als zutreffend an, wendet sich aber gegen die Verneinung des eigenen Verschuldens des Klägers. Und zwar sagen die Urteilsgründe des Reichsgerichts hierzu unter anderem folgendes: Der Berufungsrichter weist darauf hin, Kläger habe, da er eine öffentliche Straße benutzte, damit rechnen dürfen, daß er auf seiner Fahrt nicht gehindert werde. Auch das schließt die Anwendung des § 254 nicht schließt aus. Angriffe von kleineren Hunden auf Fahrzeuge aller Art gehören zu den täglichen Vorkommnissen. Mag nun auch für die dadurch hervorgerufene Gefahr vorweg der Halter des Hundes gemäß § 333 a. a. D. aufzukommen haben, so nimmt ein vorsichtiger Fahrer, wenn er den Anforderungen der im Verkehr gebotenen Sorgfalt gerecht wird (§ 276 B. G. B.), gleichwohl darauf Bedacht, sich auch seinerseits gegen diese Gefahr zu schützen. Benutzt er aber ein Gefährt, das in voller Fahrt, wie das des Klägers, von einem Terrier umgeben werden kann, so wird er um dieser besonderen Gefahr willen um so größere Vorsicht anzuwenden und wird um so weniger sich nur darauf verlassen dürfen, daß allenthalben auf seinem Wege eine strenge Bewachung der Hunde stattfindet.

Gelangt mithin der Berufungsrichter bei nochmaliger Prüfung zu einer Entscheidung über den Anspruch selbst, so wird er über den aus § 254 B. G. B. hergeleiteten Einwand unter Beachtung aller dieser Gesichtspunkte anderweitig zu befinden haben.

Nach § 254 B. G. B. kann wenn ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt hat, ihm selbst ganz oder zum Teil die Tragung des Schadens auferlegt werden.

Ein eigenartiges Abkommen mit einer Angestellten.

Wegen Zahlung des Gehalts auf eine nur 15tägige Krankheitsdauer mußte eine Kontoristin ihren früheren Chef verklagen. Der Sachverhalt war folgender: Der Inhaber der Firma H. u. G. beschäftigte seit drei Jahren die Kontoristin S., die gewohnheitsmäßig infolge Krankheit monatlich ein bis zwei Tage dem Geschäft fern blieb. Als nun im Mai d. J. die Angestellte auch durch die Krankheit ihrer Mutter aus dem Geschäft blieb, schied der Firmeninhaber der Angestellten, daß er das bisherige Vertragsverhältnis nach Ablauf (also nach Ablauf der vierwöchentlichen Kündigungszeit der Kontoristin) nicht mehr erneuere und daß er abdam nur noch für diejenigen Tage Gehalt zahlen werde, an welchen die Angestellte in dem Geschäft tätig ist. Mit diesen brieflichen Mitteilungen soll nach Angabe des Firmeninhabers die Kontoristin stillschweigend einverstanden gewesen sein. — Im August dieses Jahres, und zwar während des vierzehntägigen Urlaubs, unterwarf sich die Angestellte einer Operation. Sie bedurfte infolgedessen noch einer Erholung über die Urlaubszeit hinaus, so daß sie bis 8. September im Geschäft nicht erscheinen konnte. Auf diese Zeit (also vom 21. August bis 8. September) verweigert nun der Firmeninhaber die Gehaltszahlung mit der Motivierung, daß er infolge der neu gestellten Bedingungen hierzu nicht verpflichtet sei. — In der dieser Tage stattgefundenen Verhandlung vor dem Berliner Kaufmannsgericht wurde erwiesen, daß wohl der Angestellten ein solch Schreiben von dem Chef zugegangen war, daß die Angestellte sich hiermit jedoch nicht ein-

verstanden erklärt hat. Wohl hat die klagende Kontoristin einige Zeit gewartet, ehe sie diesen neu vorgeschlagenen Bedingungen des Chefs widersprochen, da sie sich erst an anderer Stelle darüber erkundigen wollte. Eine Zustimmung hat sie aber nicht abgegeben. — Das Kaufmannsgericht kam zur Verurteilung der klagenden Firma. In dem Urteil ist hervorzuheben, daß die Behauptung der Beklagten für die Entscheidung des Rechtsstreites an sich von erheblicher Bedeutung wäre, wenn die klagende Kontoristin durch ihren Eid nicht glaubhaft gemacht hätte, daß sie dem Anhalten des klagenden Chefs nicht zugestimmt hat. Die Verurteilung zur Zahlung des Gehalts von 33,20 M. während der Dauer der Krankheit erfolgte auf Grund des § 63 des Handelsgesetzbuchs, nach welchem der Prinzipal verpflichtet ist, dem Angestellten Gehalt und Unterhalt auf die Dauer von sechs Wochen zu gewähren, wenn der Angestellte durch unverschuldetes Unglück an der Leistung der Dienste verhindert ist.

Nicht absteigen, so lange der Wagen rollt!

Die Nichtbeachtung dieser oft wiederholten Mahnung kann, wie nachfolgender Fall zeigt, die Schadenersatzpflicht der Bahn völlig aufheben.

Als der Landmann K. am 14. Oktober 1905 in einem Wagen 1. Klasse die Eisenbahnstrecke von Fulda nach Gersfeld fuhr, machte er sich beim Absteigen aus dem Wagen zum Aussteigen fertig. Er hatte einen Quersack auf den Rücken zu nehmen und schleppte in der rechten Hand einen Handkoffer und einen Koffer, in der linken einen Dreifüßler und eine Sense. Als er auf die Plattform des Wagens gekommen war, setzte sich der Zug bereits wieder in Bewegung. K. sprang aber noch vom Wagen herunter, und half ihm hierbei der Schaffner, um ein Maßbeur zu verhindern. Bei dem Absteigen hatte K. jedoch durch den weiterfahrenden Zug eine Drehung gemacht — oder durch das Forttreiben der Weine machen müssen — und sich dabei einen Fuß gebrochen. Nach K. liegt noch jemand ab und der Schaffner sprang wieder auf den Wagen. Infolge dieses Unfalles macht K. Schadenersatzansprüche auf Grund des Reichsgesetzgebungsgegenstandes gegen den Eisenbahnstas geltend.

Das Landgericht Frankfurt a. M. verurteilte den klagenden Eisenbahnstas dem Grunde nach zur Hälfte zum Ertrage des dem Kläger entstandenen Schadens. In dem Verhalten des Klägers sah das Landgericht ein konkurrierendes Verschulden, da das Absteigen im Fahren durch die Bestimmungen der Betriebsordnung verboten sei. Auf die Berufung des klagenden Stas wies das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. den Kläger mit seinen Ansprüchen völlig ab. Das Oberlandesgericht erklärte, daß ein Verschulden des Schaffners nicht vorliege, da dieser beim Absteigen nur behilflich war, um größeren Unheil zu verhüten, den Kläger aber nicht zum Aussteigen veranlaßt habe. Der § 254 B. G. B. könne zur Teilung des Schadens nicht Anwendung finden; den Kläger allein treffe das überwiegende Verschulden an dem Unfälle, denn er hätte nicht den Sprung vom Wagen machen dürfen, als er sah, daß sich der Zug wieder in Bewegung befand.

Die vom Kläger gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision wurde vom VI. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Folgen der Ueberlassung der Lehrer.

Das Landgericht in Amberg verurteilte den Volksschullehrer Johann Kahner wegen acht zum Teil schwerer Verletzungen an seinen Schülern unter Annahme milderer Umstände zu 70 M. Geldstrafe. Er hatte zurückgeliebene Schüler derart an den Ohren gezogen, daß die Haut aufschlüppte und zum Teil innere Blutungen eintraten. Sämtliche Zeugen und Sachverständige sagten aus, der Lehrer sei durchaus kein roher Charakter, im Gegenteil! Er habe das ideale Streben gehabt, den Bauernkindern wirklich etwas zu lernen, aber der Umstand, daß er über 100 Kinder in seiner Klasse hatte, habe ihm viele Hindernisse in den Weg gelegt und habe ihm seine Nerven zerrüttet. Die Folgen daraus seien diese Ueberforderungen des Züchtigungsrechts. Er sei 20 Jahre Lehrer; die Verletzungen datieren aber erst aus der letzten Zeit.

Versammlungen.

Angliederung des Vereins der Caféangestellten Berlins an den Verband der Gastwirtsgehilfen.

Der Verein der Caféangestellten Berlins hielt gestern nachmittag eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der die Angliederung des Vereins an den Verband der Gastwirtsgehilfen beschlossen wurde. Vor Erledigung dieser Angelegenheit hielt Reichstagsabgeordneter Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, einen Vortrag über den Wert der Gewerkschaft für die Angestellten des Kaffeegewerbes. Die Redner zum Schluß seiner interessanten Ausführungen anführte, sei eine wirtschaftliche Wachstumskraft nur durch Vereinigung der Kräfte in einheitlichen starken Organisationen möglich, nicht durch die Zersplitterung in viele Vereine und Verbände, wie sie jetzt noch bei den Cafés und Restaurationsangestellten bestanden. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Sobald wurde über den Anschluß des Vereins an den Verband der Gastwirtsgehilfen beraten. Eine Generalversammlung vom 8. August hatte dem Vorstand Auftrag erteilt, mit der Hauptverwaltung des Gastwirtsgehilfenverbandes hierüber zu verhandeln. Die Anschlußbedingungen, über die diese beiden Körperschaften sich geeinigt hatten, verlas und erläuterte nun das Hauptverwaltungsmittglied Ströhlinger Punkt für Punkt. Eine eigentliche Verschmelzung der beiden Organisationen ist infolgedessen nicht beabsichtigt, als der Verband oder Verein der Caféangestellten seine besondere Verwaltung behält, die Caféangestellten auch ihre besonderen Versammlungen abhalten, nur daß die Hauptverwaltung gemeinsam ist und zwar so, daß jene Branches eine ihrer Mitgliederzahl entsprechend starke Vertretung in der Hauptverwaltung hat. Das gemeinsame Organ ist der achtstägig erscheinende „Gastwirtsgehilfen“, der allen Mitgliedern unentgeltlich geliefert wird. In dem Organ wird den Caféangestellten genügend Raum zur Besprechung ihrer besonderen Angelegenheiten zur Verfügung gestellt. Die Dauer ihrer Mitgliedschaft im Verein wird den Caféangestellten beim Anschluß voll anzurechnen, so daß sie dem entsprechend teilhaben an den Einrichtungen des Verbandes, an der Kranken- und der Reiseunterstützung, sowie an der Sterbehilfe, die nicht wie bisher im Verein, durch Umlageverfahren, sondern aus den allgemeinen Verbandsmitteln gedeckt wird. Der Beitrag bleibt derselbe wie bisher, 40 Pf. wöchentlich. Sobald der Anschluß über das ganze Reich erfolgt ist, werden auch in allen anderen Städten, wo eine genügende Zahl der in den Cafés tätigen Mitglieder vorhanden ist, für sie besondere Verwaltungsräte eingerichtet. Der besondere Arbeitsnachweis der Caféangestellten bleibt auch bestehen. Die Kollegen, die bisher als Beamte der Organisation tätig waren, verbleiben im Amte, um nach wie vor die Interessen der Caféangestellten wahrzunehmen.

Nach einer regen Diskussion, in der noch verschiedene Ausführungen über die Angelegenheit gegeben, und u. a. darauf hingewiesen wurde, daß der Verband der Gastwirtsgehilfen keineswegs eine politische Organisation ist, wurde der Anschluß in schriftlicher Abstimmung mit allen abgegebenen Stimmen gegen eine einzige beschlossen.

Unter Vereinsangelegenheiten wurde ein Brevis in der vorigen Versammlung gefaßter Beschluß von der Generalversammlung bestätigt, wonach wegen der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit den Arbeitlosen im Monat Dezember eine Unterstützung gezahlt werden soll. Die Mittel dazu werden dadurch aufgebracht, daß jedes Mitglied für die Monate November und Dezember je einen außerordentlichen Beitrag von 1 M. leistet.

Die russische Revolution.

Das hungernde Russland.

Vor der dritten Duma erhebt sich, wie schon vor der zweiten, drohend das Hungergepenk.

Trotz der optimistischen Prophezeiungen, die die Regierung — entgegen den Privatberichten — aus den verschiedenen Orten machte, betrug der Ertrag an Weizen und Roggen in diesem Jahre im ganzen nur 1600 Millionen Pud, d. h. 600 Millionen Pud weniger als durchschnittlich in den letzten fünf Jahren.

Die Getreidepreise haben sich in den letzten fünf Jahren um 50% erhöht. In einigen Gegenden, z. B. im Gouvernement Rind, wo die Menschen gezwungen sind, infolge gänzlichen Brotmangels ein fast ungenießbares Gemisch aus Mehl und Spreu als Nahrung zu verwenden, treten typhusartige Krankheiten auf.

Das ist die Lage der Dinge nicht nur an einzelnen Orten, sondern fast in allen wichtigeren Getreideanbauebenen Russlands.

Es tritt nun die überaus wichtige Verpflegungsfrage auf, die nicht nur für das Dorf, sondern auch für die Stadt von ungeheurer Bedeutung ist und die weder von dieser bürokratischen Regierung, noch von dieser Herrenduma gelöst werden kann.

Duma.

Petersburg, 21. November. Die Sitzung wurde um 2 Uhr nachmittags eröffnet; die Duma schritt zu Wahlprüfungen und bestätigte alsdann über 800 Mandate.

Die Reaktion gegen Wissenschaft und Volkswohl.

Der „Russ. Korresp.“ wird aus Petersburg geschrieben: Bei den diesjährigen Dumawahlen ist der bekannte Geologe und Professor des Berginstituts zu Petersburg, Lutugin, vom linken Block als Kandidat aufgestellt worden.

„Ich wurde vom Handelsminister vorgeladen, der an mich in kategorischer Form die Forderung richtete, Professor Lutugin zu verabschieden. Als Grund gab der Handelsminister an, daß Lutugin vom linken Block als Kandidat aufgestellt wurde.“

Die Worte des Direktors des geologischen Instituts haben aber keine günstigen Resultate erzielen können. Lutugin ist verabschiedet worden. Was schert den russischen Handelsminister Wissenschaft und Industrie, als deren Förderer er offiziell gilt, wenn es sich um eine linke Kandidatur für die Herrenduma handelt?

Mit dem letzten Montagabend fanden die Vorträge in den Germania-Sälen ihren Abschluß. Der Besuch war an allen Abenden ein sehr befriedigender und legte davon Zeugnis ab, wie Genosse Ernst als Vortragender hervorgehoben, daß der Kampf nach Aufklärung, das Verlangen nach den Schätzen des Wissens in der Arbeiterklasse lebendig ist.

Die Vorträge über Nationalökonomie.

Mit dem letzten Montagabend fanden die Vorträge in den Germania-Sälen ihren Abschluß. Der Besuch war an allen Abenden ein sehr befriedigender und legte davon Zeugnis ab, wie Genosse Ernst als Vortragender hervorgehoben, daß der Kampf nach Aufklärung, das Verlangen nach den Schätzen des Wissens in der Arbeiterklasse lebendig ist.

Genosse Röllenshuhz behandelte als Thema des sechsten Vortragsabends: „Die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft.“

Der Redner erinnerte an die Theorie von Malthus, der gelehrt hatte, daß die Erde überhaupt nicht genügend Substanzmittel hervorbringen könnte, um die wachsende Bevölkerung zu ernähren.

Ausehen stand. Man glaubte an die „natürlichen Grenzen“ der Produktionsfähigkeit und hatte keine Ahnung von den ungeheuren Umlagerungen in der Produktion, wie sie Ende des 18. Jahrhunderts einsetzten, und von den großartigen Triumpfen, welche die technisch-wissenschaftliche Revolution des 19. Jahrhunderts feierte.

Mit welchen bescheidenen Mitteln arbeitete man früher, als man schon glaubte, an der Grenze des Möglichen angekommen zu sein! Als Triebkräfte in der Produktion hatte man Wind, Wasser und die Tiere, die man in den Dienst spannte.

Und dazu kamen noch 15 007 Lokomotiven! — Daneben nimmt man jetzt noch andere große Mittel in Anspruch, wie Gas, Benzin, Petroleum und Wasserkraft, die in elektrische Energie umgewandelt wird.

Die Gesamtlänge der Eisenbahnen auf der Erde betrug im Jahre 1860 106 888 Kilometer 1880 387 235 „ 1890 617 285 „ 1905 905 895 „

Roch schnellere Sprünge in der Vorwärtseentwicklung machte der Verkehr. Sehr wichtig wurde die Ausdehnung der Seefahrt. Der Dampfer verdrängte das Segelschiff, wie folgende Uebersicht über deutsche Schiffe veranschaulicht:

Table with 4 columns: Year, Segelschiffe, Dampfer, Netto-Tonnengehalt. Rows for 1871, 1900, 1876, 1905.

So ging es auf der ganzen Linie. Telegraphen und Telephone erflehten den Botendienst. Das Postwesen entwickelte sich in ungeahnter Weise. Der Postverkehr nahm neue und ungeheure Dimensionen an; die Umsätze der Reichsbank betrugen im Jahre 1876 26 694 890 000 M. und 1905 251 267 033 300 M.

Neue Industrien blühten auf. 1747 entdeckte Marggraf den Zucker in der Rübenzuckerrübe und 1801 entstand in Niedersachsen die erste Rübenzuckerfabrik. 1905 wurden in Deutschland in 376 Fabriken 24 007 710 Doppelzentner Rübenzucker hergestellt.

Hebräer Umlagerung, überall erstaunliche Neuerungen und eine Produktivität der Arbeit, daß die Theorie von Malthus geradezu auf den Kopf gestellt wurde. Nicht mehr einen Mangel an Produkten fürchtete man, sondern eine Ueberfüllung des Marktes! Wohin mit diesem neuen Reichtum?

Und nun begann die Jagd nach Abgabebereiten, nach neuen Märkten, denn die Ueberfüllung brachte Krisen in der Produktion. Man führte Kolonialkriege, um neue Märkte zu gewinnen und man sah nicht, daß man ganz verkehrte Wege einschlug. Jeden Regier wollte man belästigen und ließ den Arbeiter dabei in Lumpen einhergehen.

Die großen technischen Umlagerungen brachten den kleinen Gewerbetreibenden vielfach den Ruin, denn nur der Großbetrieb war imstande, die Fortschritte der Technik und Wissenschaft für die Produktion auszunutzen. Redner schildert die Gründerperiode von 1871—80, die durch den Milliardenreichtum aus Frankreich begünstigt wurde.

Die „freie Konkurrenz“ galt als Grundlage der kapitalistischen Produktion; es galt alle Schranken hinwegzuräumen, aber das freie Spiel der Kräfte führte schließlich zur Selbstvernichtung. Man kämpfte gegen alle Kleinbetriebe an. Die Großindustriellen kamen zu bestimmten Abmachungen. Einen Stoß in dieser Richtung gab das Unfallversicherungsgesetz 1884, welches die Industriellen zur Bildung von Berufsgenossenschaften zwang.

Die juristische Überschunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. Fahrstuhl von Sonnabend bis 7 1/2 Uhr abends. Jeder Anfrager ein ein Sachverhalt und eine Zahl als Wertzeichen beizulegen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Überschunde vor.

diesen Trübsalbildungen gekommen, da man dort den Kartellen als „ungeheuerlichen Vereinigungen“ Schwierigkeiten bereite.

Nach einer 1906 aufgenommenen Statistik gibt es in Deutschland 385 wirtschaftliche Verbände, Konventionen und Syndikate.

Der Redner bespricht zwei derselben sehr eingehend, nämlich das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat und die Eisen- und Stahlwerks-Syndikate. Er erzählt ihre Geschichte, legt ihre Taktik bloß und zeigt, wie terroristisch sie verfahren und wie die Händler, die an sich auch große Herren sind, sich unter ihrer Herrschaft beugen müssen.

Kulturell ist die Organisation der Produktion und Distribution, wie sie durch die Syndikate vor sich geht, ein eminentes Fortschritt, denn mit der Festsicherung der Grundlagen der kapitalistischen Produktion werden dem Sozialismus die Wege geebnet.

So schloß der Redner den ersten Teil seines Vortrages unter dem lebhaften Beifall der Hörer. Im zweiten Teil wies er noch einmal auf die Bedeutung von Karl Marx hin, der für seine Arbeiten englisches Material benutzte, und hob hervor, daß Nordamerika und Deutschland England heute schon überflügelt haben, was selbst Marx nicht vermutete, denn er schrieb noch 1867: England zeige die Zukunft der anderen Länder.

Rachdem der Vortragende geendet, nahm Genosse Ernst das Wort zu einer Ansprache an die Versammelten, denen er Anerkennung zollte für das große Interesse und die Aufmerksamkeit, mit der sie den ausgezeichneten und belehrenden Vorträgen folgten.

Witterungsübersicht vom 21. November 1907. Table with columns for Stations, Wind, Clouds, Rain, etc.

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. November 1907. Gemäßigtes, neblig und fall bei mäßigen östlichen Winden; Wolkeln Schneeflocken.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with columns for Station, am 20.11., seit 19.11., etc.

1) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel, — *) mäßiges Gefälle, — *) Grundelstreiben, — *) schwaches Grundelstreiben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Überschunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. Fahrstuhl von Sonnabend bis 7 1/2 Uhr abends. Jeder Anfrager ein ein Sachverhalt und eine Zahl als Wertzeichen beizulegen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Überschunde vor.

Typographia

Gesangsverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.
Gegr. 1879. — Chorleiter Alexander Weinbaum. — M. d. A.-S.
Sonntag, den 24. November (Totensonntag)
im Festsaal der „Neuen Welt“, Hasenheide:

KONZERT.

Mitwirkende: Frau Sophie Heymann-Engel (Sopran);
Herr Alfred Wittenberg (Violine).

Anfang 6 Uhr. — Eintritt 50 Pf. einschließlich Liedertext;
Kinder 30 Pf. — Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Eintrittskarten für Mitglieder, Freunde und Gönner
des Vereins sind zu haben in den mit Plakat belegten Zahl-
stellen des Vereins: Parske, Büschingstr. 2; Horsch,
Gewerkschaftshaus; Gottfr. Schulz, Kotbus, Tor; Böttger,
Skalitzerstr. 107; W. Otto, Stallschreiberstr. 20; Emil Schulz,
Mittenwalderstr. 2; Otto Richter, Alt-Boxhagen 30; H. Köppe,
Tilsiterstr. 45; Franz Mühlstoph, Rixdorf, Kirchhofstr. 48;
K. Bonnhin, Rixdorf, Hermannstr. 152/153.

Offene Kasse findet nicht statt.

Rajino-Theater.

Foßbingerstr. 27. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.
Vorher das glänz. bunte Programm.
Sonntag 8 Uhr: **Wid Garret.**

Theater des Zentrums.

Sophien-Platz, Sophienstraße 17/18.
Bis früh um Fünfe
v. Aren u. Pippich, Musik v. J. Vinde.
Stefang 8 Uhr. Kleine Preise.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Bureau: Luisenstraße 215. Geöffnet von 8-1 und von 4-8 Uhr. Telefon Amt III, Nr. 938.

Sonntag, den 24. November 1907, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale
„Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11-12:

Branchen-Versammlung der Gummiarbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Unsere Bewegung vor und nach den Wahlen des Vorjahres. Referent: Bruns.
2. Diskussion. 3. Wahl einer Agitationskommission. 04/18

NB. Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten bestimmt, daß niemand von Euch der
Versammlung fernbleibt, und daß die oben bezeichnete Ansprache dazu führen wird, einen noch
festeren Zusammenschluß der Berliner Gummiarbeiter zu zeitigen.

Die Vertrauensleute.

Sanssouci

Kottbuser-
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Deute Freitag:
wegen großer Vereins-
schlichteit geschlossen.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Holtmanns Nordl. Sänger
und
Tanzkränzchen.
Sonntags Beginn 5 Uhr,
sonstentags 8 Uhr.

Schöneberg.

Freitag, den 22. November, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
im Restaurant „Wilhelmshof“, Eberstr. 80.
Thema: „Die Straßenbahnen und die Kommunalwahlen“.
Referent: Kollege und Genosse Rathmann.
Um zahlreichem Besuch ersucht
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Gebr. Herrnfeld- Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Auf. 8 Uhr. Vorbes. 11-12 Uhr.
Zum 111. Male:

Tischler-Verein (E. H. 89)

Sonabend, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, Weichselstr. 15:
Versammlung.
1. Vortrag des Herrn Kubaikus **Weiß** über: „Die Entwicklung des
modernen Kunstgewerbes“. 2. Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Visiten-
karte zum Thalia-Theater am 8. Dezember. 1907/18
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungskasse Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 2. Hof III. Amt 3, 1937.

Madame Wig-Wag

Operetten-büro. Musik v. E. Juhl.
Zum 136. Male:
**Es lebe das
Nachtleben!**
Separat-Bühne in 2 Akten.
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag, 8 Uhr:
Die Meyerhains
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

(Zweigverein Berlin und Umgegend.)
Am Sonntag, den 24. November 1907, vormittags 11 Uhr,
in Obigies Gehälen, Schwedterstr. 23/24:
Außerordentliche Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Unser jetziges Lohn- und Arbeitsverhältnis und unsere Stellung-
nahme dazu. Referent Kollege **Wih. Noack**. 2. Diskussion. 3. Ber-
schiedenheit. 48/9
Recht regen Besuch erwartet.
Der Zweigvereinsvorstand.

Sonntag, 24. November, vormittags 10 Uhr,
in Meyers Festsaal, Sebastianstr. 39:
Allgemeine Versammlung
sämtlicher
Rohrleger und Helfer Berlins u. Umgeg.
Tages-Ordnung:
1. Urkommunikation. Referent: Genosse **Hermann Garret**. 2. Dis-
kussion. 3. Branchenangelegenheiten. 100/6
Wir ersuchen die Kollegen, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Walhalla- Variete-Theater

Weinbergweg 10/20, Rosenth. Tor.
Aufgang 8 Uhr.
Das neue Novitäten-Programm.
**Die urkomische
Hundepantomime**
„Aus einer kleinen Garnison“,
dargestellt von 30 Hunden.
12 ersklass. Spezialitäten 12
Perkins Affen.
Tunnel: 3 Rayellen.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Sonntag, den 24. November, nachm. 2 Uhr, in Wendts
Industrie-Festsaal, Deutschstr. 20:
Außerordentliche Vereinsversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Wagels** über: „Unternehmer- und Arbeiter-
organisationen“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 24. November, mittags 1 Uhr findet
der Besuch der Ausstellung für Arbeiterwohl-
fahrt in Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11-12, für alle in
der Schraubenbranche beschäftigten Personen statt.
Treffpunkt: 12 1/2 Uhr im Volksbause, Rosenthalerstr. 3, vorm im Lokale
Die Ortsverwaltung.

Folies Bergère

Variété Intime
W., Jägerstraße 63 a.
(Telephon I, 4730)
Abends 8 1/2 Uhr:
Das Elite-Eröffnungs-
Programm.

Branche der Musikinstrumentenarbeiter.

Montag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal 1:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Wahl eines Vergütungskomitees. 3. Branchen- und
Verbandsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch erwartet. Die Branchenkommission.
NB. Es wird ersucht, in den Betrieben den Versammlungs-Kontrollzettel
in den Mitgliedsbüchern nachzuführen.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Züllichau, Schwiebus, Crossen, Sommerfeld. (Ortsverein Berlin.)

Freitag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Merkowitz,
Andreasstraße Nr. 26:
Öffentliche Bauhandwerker-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstagskandidaten des Kreises, Genossen **Ostwald
Grauer** über: Die Aufgaben der hier in Berlin aus dem Kreise ar-
beitenden Bauhandwerker der Partei im Kreise gegenüber.
2. Diskussion.
3. Arbeitsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung
ist es Pflicht eines jeden Arbeiters aus dem
Kreise, in dieser Versammlung zu erscheinen!
Der Vorstand. J. H. A. Etkor.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang Abend. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Billets stets 5 Tage
vorher!
Reichshallen-
Restaurant:
Großes
Militär-
Konzert.

Branche der Vergolder.

Montag, den 25. November, abends präzis 8 Uhr:
Branchen-Versammlung
in den neuerbauten „Reinholdhallen“, Kommandantenstr. 57/58 (gr. Saal).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über: „Staat und
Arbeit“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
In Anbetracht des interessanten Vortrages ist es Pflicht jedes
Mitgliedes sowie deren Frauen, in dieser Versammlung pünktlich
zu erscheinen.
Der Branchenleiter.
NB. Morgen, Sonnabend, den 23. November ex. abends 8 1/2 Uhr,
findet in den Gesamtsälen der „Althambra“, Waldmeisterstr. 15, das
diesjährige Herbstfest statt. Billets a 25 Pf. sind bei den Vertrauensleuten
erhältlich.

Orts-Krankenkasse der Zigarren- macher, Zigarettenmacher, Zigarettenfortierer und deren ge- werblichen Hilfsarbeiter zu Berlin.

Freitag, den 23. November,
abends 6 Uhr: Generalversam-
mlung der Arbeitgeber in der
Rosenthalerstr. 11/12 (Rosenthaler
Hof).
Tages-Ordnung:
1. Neuwahl von drei Vorstandsmit-
gliedern.
2. Wahl eines Delegierten für ein
ausgeschiedenes
Vorstandsmitglied.
3. Wahl eines Delegierten zur Ver-
sprüfung der Jahresrechnung.
In demselben Tage und in dem-
selben Lokal findet um 8 Uhr abends
die Generalversammlung der
Arbeitnehmer statt.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Vorstandes.
3. Neuwahl von sechs Vorstandsmit-
gliedern.
4. Wahl von zwei Delegierten zur
Sprüfung der Jahresrechnung.
5. Statutenberathung (ev. Erhöhung
der Rassenbeiträge).
14555
Der Vorstand.

Brigantagen

Montagsplatz
Militärkonzert
täglich
militärischer Saal

Das neue
November-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntags 7 Uhr. (Sonntags
abends 1 Uhr. Entree 50 Pf.)
Samstagsbillets a 40 Pf.
Militär-Konzert.
täglich
Bed. Braunmann, Odeon,
Reumann, Effner und Wittig.

Sitzmöbeltischler.

Sonntag, den 24. d. Mo., vormittags 10 Uhr, im „Karlischen Hof“,
Admiralstraße 18a:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit als Klassenkampf. Referent: Kollege **A. B.
Schreiber**. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Kommission.
Für Berlin und Umgegend ist ein ohne Sachkenntnis und Risiko zu
betreibendes
14505
welches monatlich ca. 1500-2000 Mark Gewinn bringt, an einen
einzigen, treuen Mann Herrn abzutreten. Auch als Nebenbeschäftigung
geeignet. Resktauten wollen sich gef. melden: Freitag und Sonn-
abend 10-1 und 4-7 im Hotel **Bayrischer Hof**, Friedrich-
straße 201, Zimmer 20.

Orts-Krankenkasse der Bureauangestellten zu Berlin.

Die für das Jahr 1907 gewählten
Delegierten werden hiermit zu der
am Freitag, den 20. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr, in **Frankes
Festsaal**, Sebastianstr. 39,
stattfindenden
General-Versammlung
eingeladen.
14506
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Kommission zur
Beratung der Jahresrechnung pro 1907.
2. Rassenangelegenheiten. 3. Neuwahl
von Vorstandsmitgliedern: 2 Arbeit-
geber- und 4 Arbeitnehmervertreter.
Berlin O. 2, den 18. Novbr. 1907.
Stralauerstr. 56.
Der Vorstand.
J. H. A. Bauer, Vorsitzender.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
Sonntag, d. 24. November:
nachmittags 1 1/2 Uhr **Waldwerber**
(Präsident). Die Abteilungen von ihren
Starts. Gäste willkommen. 22/9

Berichtigung.

Die Berichtigung von
Franz Grimm
findet nicht wie gemeldet am Frei-
tag, sondern am Sonntag, den
23. Nov., mittags 1 Uhr, vom
Zentral-Festsaal aus statt.
Dieses dem Verbands der
Sattler zur Nachsicht.
14513
M. Grimm.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 2. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Bezug 200.
Berichtigung.
Die Berichtigung des Genossen
Franz Grimm
findet nicht am Freitag, sondern
am Sonntag, mittags 1 Uhr,
von der Leichenhalle des städtischen
Friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt. 231/8
Um zahlreichere Beteiligung wird
gebeten. Der Vorstand.

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachsicht,
daß unser Mitglied
Hermann Wanner
aus Altd. „Hote Kofe“ am
19. d. M. verstorben ist.
Obst seinem Andenken!
Die Berichtigung findet Freitag,
den 22. November, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des Gmund-Friedhofes in Ry-
dock aus statt. 14505
Der Vorstand.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und
zahlreiche Spenden am Begräbnis
meines verstorbenen Vaters
Karl Baumann
Kleinbergstr. 36, sage allen Freun-
den und Bekannten meinen herz-
lichsten Dank. 14505
Die trauernde Hinterbliebene.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme und
die Kranzspende bei der Beerdigung
meiner lieben Frau **Liese Lauseh**,
sage allen Freunden, Bekannten und
Verwandten, dem Gelangverein **Friedr.
Wimmer** „Kochweil“, dem Vortriebs-
verein „Dulle Kofe“, dem Verein
O. C. dem **Rauhschub**, „Gemäßliche
Rauhschub“, dem Gelangverein „Ein
Dox, ein Sim“, den Kollegen der
„Ferien-Gesellschaft Schwanen-
lands“ Bezirk I Berlin, dem Sozial-
demokratischen Wahlverein O. L. Bezirk
unsern herzlichsten Dank.
Der trauernde Gatte:
Verhold Rausch und **Söhne**,
Stephanstr. 31.

Orts-Krankenkasse des Schlosser und verwandten Gewerbe.

Die Mitglieder obiger Kasse werden
auf Grund des § 43 des Rassenstatuts
vom 28. Juli 1906 aufgefordert, am
Dienstag, den 3. Dezember ex.,
abends 8 Uhr,
in „Dräfeld Festsaal“, Neue
Friedrichstr. 35,
Beauf. Wahl von 354 Delegierten sich
einzufinden. Wahlberechtigt sind nur
diejenigen Mitglieder, welche das
21. Lebensjahr zurückgelegt haben und
im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte
sind. Die Wähler haben sich durch
das Anbringen von Legitimations- und
Quittungsbuch zu legitimieren. —
Die Wahl ist eine geheime.
Nach Beendigung der Wahl findet
ein Vortrag zur Belehrung der Mit-
glieder in Rassenangelegenheiten statt.
Die Herren Abteilungsleiter, welche aus
ihren eigenen Mitteln ein Drittel zu
den Beiträgen der bei ihnen beschäf-
tigten Mitglieder der
277/17
**Orts-Krankenkasse
des Schlosser u. verwandten
Gewerbe**
zahlen, werden ersucht, am
Dienstag, den 3. Dezember ex.,
abends 8 Uhr,
in „Dräfeld Festsaal“, Neue
Friedrichstr. 35,
Beauf. Wahl von 163 Delegierten zu
erscheinen. — Als Legitimation dient
die zuletzt gezahlte Beitragsquittung.
— Die Wahl ist eine geheime.
Berlin, im November 1907.
Der Vorstand.
P. Heinrich, Vorsitzender.

Berliner Arbeiter- Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren

Sonntag, d. 24. November:
Vereinsstour
nachmittags 1 1/2 Uhr **Waldwerber**
(Präsident). Die Abteilungen von ihren
Starts. Gäste willkommen. 22/9

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Freitag, Sonnabend, soweit Vorrat,

Lebensmittel

Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Cervelatwurst in Rinddarm, Pfd. 1.20	ff. Leberwurst Pfund 95 Pf.	Mettwurst nach Braunschweiger Art Pfund 90 Pf.
Salamiwurst Pfund 1.20	Zwiebelleberwurst Pfund 45 Pf.	Jagdwurst Pfund 95 Pf.
Schinkenwurst Pfund 1.20	Rotwurst I Pfund 75 Pf.	Schinkenspeck Pfund 95 Pf.
Landleberwurst Pfund 85 Pf.	Rotwurst II Pfund 45 Pf.	Mauss-Schinken Pfund 1.20
Riesen-Erbsen 1 Pfund 16, 5 Pfund 75 Pf.	Gr. Linsen 1 Pfund 38 Pf. 5 Pfund 1.80	Bohnen lange 1 Pfund 18, 5 Pfund 85 Pf.
Erbsen ohne Hülsen 1 Pfund 19, 5 Pfund 90 Pf.	Reis Pfund 18, 23, 28 Pf.	Grüne Erbsen 1 Pfund 16, 5 Pfund 75 Pf.

Bismarck-od. Bratheringe Dose 44 Pf. Fettgänse Pfd. 63 Pf. Essäpfel 3 Pfd. 40 Pf.

Deutschlands Spezialgeschäft.
grüßtes
Bettfedern
Erste Bettfedernfab. in elekt. Betriebe
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 46
verleiht geg. Nachnahme garantiert
neu und gut einsehender, gut füllende
Bettfedern v. 1/2 D. 0.55-1.00-1.25;
prima Halbdaunen 1/2 D. 1.75; Gänse-
rumpfedern 1/2 D. 2.00; prima weiße
Gänsehalsdaunen 1/2 D. 2.50-3.00-3.50
echt russ. Halbdaunen 1/2 D. 2.50
echt russ. Halbdaunen 1/2 D. 3.00
von den Läufern erhalten 3-4 Pfd.
zum groß. Federbett - Gänsefedern
(1 Reihem) 1/2 D. 0.60 per Pfund; Gänse-
schlaftefedern, wie sie von der Gans
fallen, mit allen Feinheiten 1/2 D. 1.50.
Proben und Preisliste gratis. Aus-
tausch oder Rückführung gestattet.
Verpackung kostenfrei.
Beständiger Umsatz über 2000
Zentner Bettfedern, von feinem
zweiten Bettens u. Bett-
federngeschäft erzielt.

Überraschende Neuheit
garantiert
unschädlich
kein Chlor
kein reiben
vollständig
ungefährlich
kein Waschlrett
kein Bürstler
Persil
Modernes Waschmittel
für jede Waschmethode passend
Henkel & Co. Düsseldorf.

BERLINER ARBEITSSTÄTTEN-LOTTERIE.
Ziehung am 14. Dezember in Berlin.
Gesamtbetrag d. Gew. 1. W. v. Mk.
10000
erster Hauptgew. 1. W. v. Mark
5000
zweiter Hauptgew. 1. W. v. Mark
1000
kleinster Gew. 1. W. v. Mk. 5.-
Loose à 20 Pf., 11 Stück 5 Mk.
Porto und Gewinnliste 30 Pf.
extra, u. haben b. General-Debit
Paul Steinberg & Co., G.m.b.H.
Bankgeschäft.
Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12,
und h. all. durch Filiale u. Lotterio- u. Oligarr.-Geschäften.

fette Gänse, fette Enten,
junge Hühner, Tauben empfiehlt recelit
F. Wagner, Berlin, Mariannenstr. 34.

Die größte Eile
beim Einkauf moderner, eleganter
Herren- u. Damen-Garderoben
auf Kredit ist angebracht, wenn Sie die Vorteile wahrnehmen wollen, die meine Offerte Ihnen
bietet und mache ich ganz besonders auf meine praktischen **Gratiszugaben** aufmerksam.
Ich empfehle in großer Auswahl

Paletots.	Anzüge.	Damen-
1 Paletot 18 M. Anz. 4 M.	1 Anzug 20 M. Anz. 4 M.	Jacketts von 10 bis 30 M.
1 Paletot 26 M. Anz. 5 M.	1 Anzug 26 M. Anz. 6 M.	Paletots von 14 bis 50 M.
1 Paletot 32 M. Anz. 8 M.	1 Anzug 35 M. Anz. 8 M.	Mäntel von 22 bis 60 M.
1 Paletot 40 M. Anz. 10 M.	1 Anzug 45 M. Anz. 9 M.	Kostüme von 19 bis 50 M.

Blusen in Wolle und Seide.

Pelz-Stolas in allen modernen Pelz-Arten.
Größtes Kredithaus Berlins
A. DAMITT
nur: **Rosenthaler Straße No. 46-47, I.**
Jeder neue Käufer eines Paletots oder Anzuges erhält
Gratis! eine gutgehende Remontoir-Uhr oder
eine moderne Herrenhose **Gratis!**

Kölner Lotterie.
Ziehung 30. November in Berlin.
Hauptgew. W. v. Mk.
10 000 M.
80 % bar Geld
Lose à 1 M., Porto u. Liste
30 Pf.
Wohlfahrt-Lose
Ziehung 22.-26. Novbr.
Hauptgew. bar
75 000 M.
Lose à 3,30, Porto u. Liste 30 Pf.
Berliner Vogel-Lose
11 Stck. 5 M., à Stck. 50 Pf.,
Porto u. Liste 30 Pf.
Gustav Haase
Berlin, Neue Königstr. 88.
Gegründet 1878.

Süd-Eisbahn
Eingang Urban- und Geibel-
straßen-Ecke ist seit Mittwoch
eröffnet!
Täglich: **Militär-Konzert.**
Kein Irrtum!
Nach wie vor nur 1te Etage.
Empfehle meine erstklassigen
Kürschnerarbeiten wie:
Pelz-Stolas
Pelzjacketts etc. zu sehr
billigen Preisen. 88.16*
Beer Leipziger Straße 56 I,
anstatt d. Kolonnad.
Wed. Schaufenster
noch Schaukasten.

Eine Flugblattverbreitung

findet Sonntag, den 24. November, über Groß-Berlin statt. Zahlreiche Beteiligung der Genossen ist erforderlich!

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Den Gruppenführern und allen Genossen zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 24. November, eine Flugblatt-Verbreitung über ganz Charlottenburg stattfindet. Wir bitten also die Genossen, so zahlreich wie möglich sich pünktlich in den bekannten Lokalen zur Entgegennahme des Materials einzufinden. Der Vorstand des Wahlvereins.

Nieder-Schönweide. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntag, den 24. d. M., früh pünktlich 8 Uhr zur Flugblattverbreitung in den drei bekannten Bezirkslokalen einzufinden. Der Vorstand.

Karlshorst. Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den Lokalen E. Bartels, Dönower Wiesenweg, Ecke Prinz Adalbertstraße, und Aug. Sabrowski, Froslow-Allee, Ecke Krausenstraße, eine Flugblattverbreitung statt. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig. Der Vorstand.

Neuenhagen und Umgegend. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, bei A. Wünsche, Neuenhagen, Bahnhofsstraße, statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen, Wildau und Niederlehme. Am Sonntag früh findet für obgenannte Orte eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt bei Lange. Da dieselbe der Agitation für die am Dienstag stattfindende Protestversammlung gegen das preussische Dreifachwahlrecht gilt, ist es jedes Genossen Pflicht, sich pünktlich einzufinden.

Schmiedefeld bei Königs-Wusterhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 23. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Otto Paetich statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Weißensee. Am Sonntag, den 24. November cr., früh 8 Uhr, findet von den bekannten Lokalen eine Flugblattverbreitung statt. Ferner wird die Kalenderverbreitung für den ländlichen Bezirk am selben Tage vorgenommen. Auch hierzu müssen sich die Genossen früh 1/2 Uhr vollzählig beim Gen. Köhler, Königshausen 38, einfinden. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Die Genossen werden ersucht, zu der am Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung vollzählig zu erscheinen. Für Nieder-Schönhausen erfolgt die Verteilung um 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus, für Nordend vom Genossen Schuler, Blankenfelderstraße, um 10 Uhr.

Mühlentz, Bezirk Nieder-Schönhausen. Die am 24. d. M. fällige Wahlvereinsversammlung fällt aus. Es findet dafür am 1. Dezember eine Vollversammlung statt. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Parteigenossen! Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung müssen sämtliche Bücher der Bibliothek bis 1. Dezember zurückgeliefert sein; die Bibliothek bleibt bis zum 8. Dezember wegen Revision und Erneuerung der Bücher geschlossen.

Französisch-Buchholz. Aus Anlaß der Wahlrechtsbewegung findet am Totensonntag vormittags 10 Uhr von Käthe aus eine Flugblattverbreitung statt. Parteigenossen! Beteiligt Euch pünktlich und vollzählig. Der Vorstand.

Bernau. Am Sonntag, den 24. November findet früh 8 Uhr vom Lokal Ränge, Bürgermeisterstr. 225 aus, eine Flugblattverbreitung statt. Nachmittags 2 Uhr findet in demselben Lokal die Wahlvereinsversammlung statt. Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Spandau. Am Sonntag früh findet eine Flugblattverbreitung für Stadt und Land statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich in ihren Bezirkslokalen einzufinden. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

hatten gestern eine lange Sitzung, die fast vollständig durch Stadtratswahlen in Anspruch genommen wurde. Bevor man zu diesen Wahlen schritt, wurden in aller Eile noch einige Vorlagen erledigt, die auf der Tagesordnung standen. Der Plan des Magistrats, dem Schulhausmangel im Seeuferquartier dadurch abzuhelfen, daß wieder mal eine Paradeschule das fehlende Schulhaus ersetzen soll, fand in der Versammlung wenig Beifall. Herr Hillmann wies auf das Bedenliche dieser immer mehr um sich greifenden Paradedemokratie hin. Ihm wurde von allen Seiten zugestimmt, aber im Augenblick blieb nur übrig, die Vorlage anzunehmen. Auch die sozialdemokratische Fraktion mußte das tun, weil im Seeuferquartier der Schulhausmangel schleunigste Beschaffung von Unterrichtsräumen notwendig macht. Unser Genosse Borgmann erklärte, daß die Fraktion nur aus diesem Grunde noch einmal eine Paradeschule bewillige, aber in Zukunft jede Vorlage dieser Art ablehnen werde. Er wies darauf hin, daß der Magistrat bis heute noch für keine einzige der vielen Paradeschulen, die bisher errichtet worden sind, Ersatz durch ein regelrechtes Schulhaus geschaffen hat.

Um sechs Uhr begann die Stadtrats-Wahl, und sie dauerte bis neun Uhr. Nicht weniger als neun Stadträte waren zu wählen und alle neun Wahlen wurden in einem Zuge hinter einander ausgeführt. Die dreifünfdige Wahlhandlung war für den unberechtigten Zuschauer, der sie von der Tribüne aus gemehen mußte, ein sehr mäßiges Vergnügen. Aber auch einigen der neuen Männer, die schließlich als „Sieger“ aus der Wahlurne hervorgingen, dürfte dieser Abend nicht viel Freude bereitet haben. Eine starke Opposition erhob sich besonders gegen die Wiederwahl der Herren

Buchow, Gehride, Benzky und Kalisch. Die drei erstgenannten mußten eine beträchtliche Zahl weißer Zettel mit in den Kauf nehmen, Herr Kalisch aber wäre beinahe dem Gegenkandidaten unterlegen, den man ihm gegenübergestellt hatte. Erst die Stichwahl, die nötig wurde, bewahrte ihn noch mal vor dem Durchfall.

Aus der Statistik der Krankenkassen Berlins.

Die Gewerbe-Deputation der Stadt hat ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1906/07 erstattet. Beigegeben ist ihm wieder, wie alljährlich, ein Auszug aus der Statistik derjenigen Krankenkassen Berlins, die der Aufsicht des Magistrats unterstehen. Am Schluß des Berichtsjahres, 31. März 1907, bestanden hier 55 Ortskrankenkassen, 56 Betriebskrankenkassen, 16 Innungskrankenkassen und die Gemeinde-Krankenversicherung. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der Ortskrankenkassen unverändert geblieben, während die Zahl der Betriebskrankenkassen sich um 2 vermehrt und die Zahl der Innungskrankenkassen sich um 1 vermindert hat.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl war im Jahre 1906/07 (in Klammern die Zahl für 1905/06): bei den Ortskrankenkassen 312 378 (299 135) männliche und 213 290 (188 876) weibliche Mitglieder; bei den Betriebskrankenkassen 98 666 (87 082) männliche und 27 593 (23 497) weibliche Mitglieder; bei den Innungskrankenkassen 44 073 (46 442) männliche und 14 372 (25 000) weibliche Mitglieder; bei der Gemeinde-Krankenversicherung noch 17 (15) männliche und 55 (51) weibliche Mitglieder; bei allen der Aufsicht des Magistrats unterstehenden Krankenkassen zusammen 455 183 (432 675) männliche und 255 290 (237 493) weibliche, überhaupt 710 423 (670 078) Mitglieder. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahre beträgt diesmal im ganzen 40 345 (= 6 Proz.). Im einzelnen aber hat die Mitgliederzahl zugenommen bei den Ortskrankenkassen um 37 657 (= 7 1/2 Proz.), bei den Betriebskrankenkassen um 16 680 (= 14 Proz.), dagegen abgenommen bei den Innungskrankenkassen um 12 997 (= 18 Proz.).

Der Nachbereich der Betriebskrankenkassen erstreckt sich von Jahr zu Jahr immer weiter, zum Teil auf Kosten der Ortskrankenkassen, die auch im letzten Jahre wieder ein viel geringeres Zunahmeprozent aufzuweisen hatten als die Betriebskrankenkassen. In den letzten fünf Jahren, von 1901 bis 1906, hat die Mitgliederzahl zugenommen: bei den Ortskrankenkassen von 370 473 auf 525 088, um 155 195 (= 42 Proz.); bei den Betriebskrankenkassen von 70 470 auf 126 250, um 46 780 (= 61 Proz.); bei den Innungskrankenkassen von 49 671 auf 68 445, um 8774 (= 18 Proz.).

Die Erkrankungsfälle, soweit sie mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, haben sich im letzten Jahre wieder gemehrt, nicht nur absolut, sondern diesmal auch relativ. Bei allen Kassen zusammen wurden im Jahre 1906/07 (bezw. 1905/06) gezählt: 191 918 (177 509) Erkrankungen männlicher Mitglieder und 110 669 (99 434) Erkrankungen weiblicher Mitglieder, d. h. 42,2 (41,0) auf je 100 männliche und 43,4 (41,9) auf je 100 weibliche Mitglieder. Die Zahl der Krankheitsstage war 4 605 079 (4 298 902) bei den männlichen Mitgliedern und 3 234 470 (2 989 085) bei den weiblichen; jede Erkrankung dauerte durchschnittlich 24,0 (24,2) Tage bei den männlichen und 29,2 (30,1) Tage bei den weiblichen Mitgliedern. Die Verteilung aller Krankheitsstage auf die Gesamtzahl der Mitglieder ergibt durchschnittlich 10,1 (9,9) Tage pro versichertes männliches Mitglied und 12,7 (12,6) Tage pro versichertes weibliches Mitglied.

Die Sterblichkeit war diesmal geringer, als nach der Zunahme der Mitgliederzahl erwartet werden durfte. Es starben 3027 (4071) männliche und 1528 (1498) weibliche Mitglieder, 0,88 (0,94) Proz. aller männlichen Versicherten und 0,60 (0,63) Proz. aller weiblichen Versicherten.

Der Bußtag zeigte äußerlich schon ganz den Charakter des Totensonntags. Das Vergehen der Berliner Verkehrsmittel bei dem Massenbesuch der Friedhöfe am Totensonntag hat dazu geführt, daß sich in Berlin immer mehr und mehr der Brauch eingebürgert hat, die Ruhestätten der Entschlafenen schon am Bußtag aufzusuchen. Die Zahl der Friedhofspilger war so groß, daß zu manchen Tagesstunden die Straßenbahnen, Omnibusse und Droschken dem Verkehrsbedürfnis kaum genügen konnten. Die Straßen in der Nähe der Friedhöfe waren dicht bevölkert mit großen und kleinen Händlern, die kriechend ihre billigen Wachsrosen und anderen Grab schmuck feilboten.

Die Saison des Eisports hat am Bußtag begonnen, zum ersten Male konnten am Bußtag die Pächter ihre Eisbahnen für das Publikum öffnen. Die 4 Grad Kälte, die das Thermometer in den Vormittagsstunden zeigte, hatten dafür gesorgt, daß dieses Vergnügen nicht zu Wasser wurde. Die männlichen und weiblichen Freunde des Eisports hatten sich schon zahlreich mit Schlittschuhen bewaffnet eingefunden, um über die spiegelglatte Fläche zu gleiten. Die gestrige Temperatur scheint eine längere Dauer der Eisbahnen zu garantieren. Die Zahl der Kunsteisbahnen hat sich in diesem Jahre noch erheblich gegen früher vermehrt, allerorten sind Baupläne und andere ebene Flächen zu großen „russischen“ Eisbahnen hergerichtet worden.

Ueber die Wirksamkeit des Tierschutzvereins

wird uns geschrieben: In Berlin und bestimmten Vororten ist die Aufsicht über die Befolgung der polizeilichen Bestimmungen dem Tierschutzverein übertragen, der bekanntlich bezüglich der Ausübung des Hundesanges bestimmte Verträge mit Gemeinden abgeschlossen hat. Weniger erhebt man es, daß irgend welche Einrichtungen geschaffen werden, um im Großhandelsverkehr vertriebene Hündchen ihren anfänglich gesunden Herren wieder zuzuführen, überfahrene zu verbinden usw., noch sieht man je in der Öffentlichkeit keine Angestellten

gegen Ueberlastung und rohe Behandlung von Hieshunden und Herden einschreiten. Auch hat man noch nichts davon gehört, daß er in besonders strengen und schneereichen Wintern, wie etwa dem letzten, an öffentlichen Plätzen und in Anlagen Schutzhütten für unsere dann hart bedrohten Eingeborgten errichtet hätte.

Desto mehr aber spürt man von wahren Raubzügen, die Jangbeamte des Tierschutzvereins allwöchentlich besonders in den ihm unterstellten Vororten gegen die armen Vierfüßler unternehmen. Jeder Hundebesitzer sieht dann mit geheimem Schrecken die ominösen, ohne jede Lust- oder Freniervorrichtung fest geschlossenen Wagen des Tierdepots an den verschiedensten Straßenecken auf Beute lauern; schäbt doch selbst die Befolgung der Polizeivorschriften die Hunde nicht unbedingt vor dem grausamen Geschick des Abgefängten zu bewahren.

Täglich kann man, speziell in Schöneberg und Charlottenburg sehen, mit welcher Unverschämtheit Hundefänger irgend einem Hündchen, das mit Maulkorb und Steuermarkle versehen, friedlich hinter seiner Herrin herläuft, unterheben und die Schlinge über den Kopf werfen unter dem Vorwand, der Maulkorb sei nicht vorchriftsmäßig oder die Markle nicht genügend sichtbar angebracht.

Besonders Frauen gegenüber wird dies Manöver mit Vorliebe versucht, da die geängstigten Besitzerrinnen, nur um ihren Liebling vor den Gefahren des Tierdepots zu schützen, meist eingeschüchtert sich zur sofortigen Hergabe der 8 M. bewegen lassen.

Manchmal sogar kann man beobachten, wie Hundefänger Tiere, die unbeaufsichtigt innerhalb des offenen Ladens ihres Herrn — dort natürlich ohne Maulkorb — sich befinden, hinterlistig auf die Straße locken, um sie dann abzufangen.

Die Roheit, mit der die Schlinge den Tieren um den Hals geworfen und sie daran in die Höhe gezerrt werden, macht dem Namen des Tierschutzvereins durchaus keine Ehre. Es ist tierärztlicherseits wiederholt festgestellt worden, daß wertvolle Hunde durch diese Art des Fangens sowohl wie durch einen, wenn auch nur wenige Tage währenden Aufenthalt in den Tierdepots an der Jannowitz-Brücke und in Groß-Lichterfelde-Ost, dauernd entwertet worden sind.

In letzterem Depot zumal, wohin die Hunde gebracht werden, die am vierten Tage nach dem Fange noch nicht abgeholt sind, befinden sich die Käfige in einem ganz ungläublichen Zustande von Unsauberkeit.

Wer je, um seinen vierfüßigen Freund von dort abzuholen, die großen Gassen in Groß-Lichterfelde-Ost betreten hat, wird sich nur mit Grauen an die entsetzlich widerwärtige Luft erinnern, die den Eintretenden völlig beäugt. Hunderte von Hunden stehen hier zu je 8 bis 10 in Käfigen zusammengepfercht, sich gegenseitig beißend und gaulend, in feuchtesten Schmutzlacken und angefaultem Stroh, das fest über und über mit den eigenen Excrementen bedeckt. Da es unmöglich ist, die Tiere in diesem Zustand nach Hause zu kaufen, ist man meist genötigt, sie erst in der an das Depot angeschlossenen Badeanstalt reinigen zu lassen, wofür der Verein den bescheidenen Preis von 1,50 M. angelegt hat, also etwa so viel, wie ein Mensch für ein komfortables Bad erster Klasse im Admiralsgarten-Bad bezahlt. Man sieht, eine recht einträgliche Spekulation.

Außerdem werden für einen Hund, der etwa am Nachmittage eingefangen und schon am nächsten Morgen eingelöst wird, 80 Pfennige an Kost und Verpflegung berechnet. Wahrscheinlich eine Summe, für die das Tier schon hätte bei Kempinski Mittag bekommen, während ihm hier meist nur ein Stück Hundekuchen im Werte von 2 Pfennig gereicht wird.

Am einträglichsten ist das Geschäft der Hundefänger alljährlich an den Tagen, an denen die neue Steuermarkle fällig ist. Dann werden an einer einzigen Straßenecke manchmal an 80 Hunde eingeliefert, die, wie Heringe in der Tonne, in den luftlosen Wagen gesperrt, abgehoben werden, nur weil sie die noch bis zum vorübergehenden Tage gültige Steuermarkle des abgelaufenen Jahres tragen. Ein juristisch eigentlich ganz unhaltbares Vorgehen, da der Verein den Hund nach zehn bis vierzehn Tagen ohne jede gerichtliche Entscheidung als sein Eigentum betrachtet, den er nach Belieben vergiften oder meist zu recht hohen Preisen verkaufen kann.

Die Mitglieder des Tierschutzvereins täten gut, sich doch gelegentlich zu erkundigen, zu welchen Zwecken eigentlich die enormen Einnahmen des Vereins verwendet werden. Es wäre auch wünschenswert, wenn die Gemeinden, die diesem Verein in ihren Bezirken den Hundefang übertragen haben und ihn dafür mit erheblichen Mitteln subventionieren, sich etwas näher mit diesen Zuständen befassen würden.

Die Sklaven im Frad.

Nicht immer im Frad, vielfach üben sie heute ihr „Handwerk“ im „Smoking“ und weißer Schirax aus, immer aber sind die bedienenden Geister in den großstädtischen Restaurationsbetrieben in der schmählichsten Weise ausgebeutet. Und das ganz besonders in den „erklaffigen Häusern“. Im Kabarett „Unter den Linden“ z. B. dem Rendezvous der Berliner Lebewelt zwischen abends 11 und morgens 4 Uhr, arbeiten sechs Kellner. Dieselben erhalten keinen Gehalt, keine Wohnung und nicht die geringste Verpflegung. Der ganze Verdienst der dort arbeitenden Kellner besteht in den von den Gästen zu erwartenden Trinkgeldern; ob diese reichlich oder spärlich ausfallen, kümmert die Direktion nicht. Und der Kellner hat keine Gewässer, ob er am frühen Morgen noch Schlaf seiner nächtlichen angestrengten Tätigkeit einen Lohn für seine Arbeit haben wird. Aber nicht genug damit, die Kellner müssen hier, wie allerdings in allen derartigen Berliner Geschäften, von ihren Trinkgeldern noch zu den Unkosten des Geschäfts mit beitragen. In den meisten Häusern müssen die Kellner eine bestimmte Summe „Bruchgeld“ zahlen, gleichgültig ob oder wieviel und wer etwas zerbrochen hat. Im Kabarett „Unter den Linden“ hat man ein viel einfacheres System erfunden. Die Direktion kümmert sich um die Gläser gar nicht, sondern die Kellner müssen diese selbst kaufen, falls sie den dort verkehrenden feudalen Herrschaften nicht zuzumuten wollen, den Wein aus der „Pulle“ zu trinken. Rechnen sie aber dem Gäste ein von diesem zerbrochenes Glas an, so haben sie die sofortige Entlassung zu gewärtigen. Ebenso fähig hat die Firma die Wäsefeste gelöst. Woju Tischwäse, Servietten, Handtücher usw. anschaffen, wenn man Kellner hat, die massenhaft Trinkgelder verdienen, von denen man doch mitprofitieren kann. Die ganze im Betriebe benötigte Wäse wird von einem Wäse-Verleih-Institut bezogen und die Kellner müssen das Wäsegeld im Betrage von durchschnittlich 16—18 Mark wöchentlich aufbringen. Natürlich suchen die Kellner nun möglichst zu sparen und die Tischwäse werden häufig sehr stark mit Servietten bepfältert; der

Es ist nicht ihr Preis, welcher *Josetti Vera Cigaretten* bei wirklichen Kennern so beliebt gemacht hat. Es ist ihre *Qualität* — das gehaltvolle, reine, angenehme, so delikate Aroma einer Tabak-Mischung, welche zu *keinem* Preise übertrifft und in anderen Marken nur zu weit höheren Preisen erreicht wird.

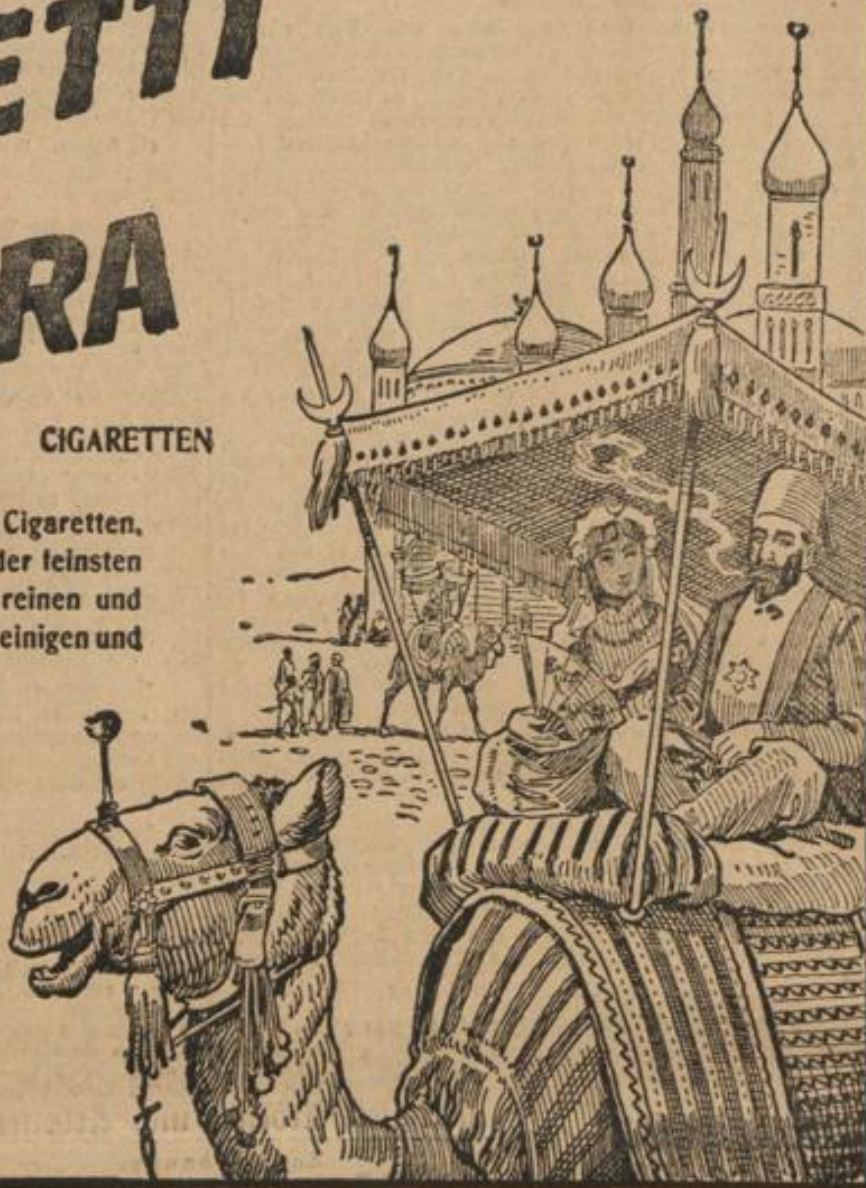
JOSETTI VERA

CIGARETTEN

sind die *einzig* türkischen Cigaretten, welche *alle* Eigenschaften der feinsten türkischen Tabake in einer reinen und vollkommenen Mischung vereinigen und so billig verkauft werden.

Josetti

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.



Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Weihnachtsprämien

für unsere Abonnenten.

Wir empfehlen unseren Lesern

Ferdinand Freiligraths sämtliche Werke

In vorzüglicher Ausstattung, gebunden in drei eleganten Leinenbänden, halt zu dem bisherigen Preise von 5.— Mark für nur 3.— Mark. (Porto nach außer halb 50 Pf.) Die politischen und sozialen Gedichte Freiligraths sollten die Arbeiter veranlassen, diesen Dichter des Kampfes mehr als bisher kennen zu lernen.

Ferner liefern wir in einer neuen illustrierten Ausgabe ebenfalls zum Vorzugspreise:

Friedrich Gerfäkers Werke

In zwei Bänden gebunden und über 1000 Seiten stark, zum Preise von 3.50 Mark. (Porto nach außer halb 50 Pf.) In seinen romantischen Reiseromanen verbindet er die Schilderung vorwiegend naturhistorischer, namentlich des amerikanischen Westens, mit prächtigen Naturanschauungen.

Von unseren früheren Prämien-Ausgaben haben wir noch einen kleinen Rest am Lager und empfehlen wir:

Franz Grillparzers sämtliche Werke.

Neue illustrierte Ausgabe in zwei Bänden, herausgegeben und mit Einleitung versehen von Rudolf S. G. Das Werk ist mit ausgestattet, umfasst über 1000 Seiten und kostet ebenfalls nur 3.— Mark. (Porto nach außer halb 50 Pf.)

Fritz Reuters sämtliche Werke

In einer neuen illustrierten Prämienausgabe, zwei Bände, elegant gebunden, über 1200 Seiten umfassend, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschem Wörterbuch. Preis nur 3.— Mark. (Porto nach außer halb 50 Pf.)

Blitz=Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten**, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Beste Stelle Bräutigamsstraße. Umfiehlt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für korporante Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kapellieren und Heilenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.

Fahrtgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

Größtes **Eisenwaren- u. Küchen-Magazin**
des Westens.

Rabattmarken.

Rabattmarken.

Ha-Ha-Ha!

Weshalb sich noch plagen?

Waschen ein Fest!

wenn man

„Profitta“

waschen läßt

Größtes Wunderwaschmittel
— des 20. Jahrhunderts —

Große Ersparnis an Zeit, Geld
und Schonung der Wäsche.

In 1 Stunde wird die schmutzigste Wäsche schneeweiß, blendend weiß, Kakao-, Obst-, Blutflecke usw., wenn noch so alt und eingetrocknet, verschwinden, ohne daß man eine Hand zu rühren braucht.

Zahlreiche glänzende Anerkennungen aus allen Kreisen.

— Prospekt gratis und franko. —

Falls „Profitta“ in Ihrer Nähe nicht zu haben ist, liefern wir direkt portofrei eine Probe-sendung, für mittlere Wäsche ausreichend, gegen Voreinsendung von 60 Pf. in Briefmarken.

Allein. Fabr.: Wunderwaschmittel-Vertrieb,
Charlottenburg IV. (Bf. 30.) — Fernspr. Chbg. 8218.

Kolonialw., Drogen-, Seifengesch. als Wiederverk. ges.

7971.



Genau!!

genierte *Vincenz* kauft man am besten im größten

Optischen Spezialgeschäft von **Robert Arnoldi**

Berlin NO., Neue Königstraße 42,

(eine Minute vom Alexanderplatz).

Vorsitzer dieses Interates gemüde an der Klasse 5 Prozent.

Haben Sie schon

die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

G. Graumanns Festsäle

Naunynstraße 27.

Sonnabende sowie Sonntage zu Vereinsfehllichkeiten zu vergeben.
Silvester 1907 ist frei gebunden. **Gustav Graumann.**

Gesundheit ist Reichtum!

Bade Berlin-Ost im

„Bad Frankfurt“

Große Frankfurterstr. 136.



Medizinische Bäder aller Art

in werktätlich ununterbrochen ge-
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen
400L und Herren.

2 Wannebäder mit je 2 Hand-
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badezeit.)

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.



Butter! Butter!

Sie suchen gute Abnehmer und liefern auf Jahresabsluß zu mäßigem
Durchschnittspreis. Postpalette 8/1, Pfund direkt 10 R. 80 Pf. Rücknahme
Dampfmolkerei **Apelern**, G. m. b. H.
Apelern, Grafschaft Schaumburg.

HERREN KNABEN KLEIDUNG

S. LEVY, CHARLOTTENBURG

SCHARRENSTR. 36.

Arbeiter finden für den Winter 4702*

gute und billige Unterkleider in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, im Gelber Laden.

Händler und Hausierer

berlangt Dreifache ab Burg, Gaud,
Leder- u. Stahlwaren, Seifen und
alle einschlägigen Artikel von Wilhelm
Sonnabend (Jnh. H. Rosenfeld),
Hamburg 40, Gröbenmarkt 24,
Spezial-Engros-Geschäft nur für
Händler, Hausierer und Wirttreibende.
Verlangt überallhin gegen Nachnahme.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Dr. Empfehlung. A. Prof. grat. u. r.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Tausende schöner Damen-
Herbstpaletots, Kostümchen, Kostüme,
jezt spottbill. Einzelverkauf. Wärdel-
fabrik **Lefèvre**, Mohrenstr. 41. (*)

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet
sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monats-
garderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen
Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter
moderner Kleidung zu versehen.

Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw.
teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von
Herrschaften, Doktoren, Kavalleristen usw., die nur
bei ersten Schneidern arbeiten lassen.

Es bieten sich daher für jedermann ganz
enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der-
weil sehr mangelhaft angefertigten Konfektions-
ware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung
(vielfach auf Zeide) und tadelloser Zu schneiden.
Wir empfehlen gereinigte, reinwollene 57962*

	3 Monat	2 Monat	1 Monat
Maß-Anzüge	8 M.	12 M.	16 M.
Maß-Paletots	6 M.	10 M.	14 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurterstraße 93

zwischen Markus- und Krautstraße.

Frack- und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen
verkauft.

Einziges christliches Geschäft dieser Art am Plage.

Achten Sie auf die blauen Schilder.

Hauptgeschäft: **Gleditschstr. 53**

Ecke Winterfeldstraße,
Erdgeschoss und I. Etage.

II. Geschäft: **Schöneberg.**

Viktoria-Luisenplatz 7

III. Geschäft: **Südende, am Bahnhof.**

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen!

Der Parteivorstand fordert in einem Aufruf zu neuem Ansturm des Proletariats in Preußen gegen das erbärmliche, volksfeindliche Dreiklassenwahlrecht auf, d. h. für Erwerbung des allgemeinen Wahlrechts. Ihr wisst, daß im Kampf für dieses Recht auch für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gefochten wird. Die Sozialdemokratie zieht, in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Internationalen sozialistischen Kongresses zu Stuttgart, für Gewährung des allgemeinen Wahlrechts für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts in den Kampf. Genossinnen! Seid dessen eingedenk, wie auch der Aufgaben, die Euch damit auferlegt werden. Der Internationale Kongreß, der die Sozialdemokratie zum Kampf für das volle Bürgerrecht der Frau verpflichtet, machte es auch den Genossinnen zur Pflicht, sich an allen Kämpfen, die die sozialistische Partei für die Demokratisierung des Wahlrechts führt, mit höchster Kraftentfaltung zu betätigen, aber auch mit der nämlichen Energie dafür zu wirken, daß in diesem Kampf die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts nach ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit und praktischen Tragweite ernstlich verfolgt wird.

Genossinnen! Sorgt dafür, daß die bevorstehenden Wahlrechtskämpfe in Preußen sich überall in unzweideutiger Weise auch zur Demonstration für das Frauenwahlrecht gestalten. Beteiligt Euch alle an den Kundgebungen des proletarischen Willens. Agitiert mit Feuereifer dafür, daß die Frauen des werktätigen Volkes, Arbeiterinnen wie Arbeiterinnen, in Massen den Versammlungen zustromen. Trefft auch dahin Vorkehrungen, daß in den Versammlungen redgewandte Genossinnen in Eurem Namen die Forderung des vollen Bürgerrechts für das weibliche Geschlecht vertreten. Helft den Genossen in jeder Weise bei Vorbereitung der Demonstrationsversammlungen. Beweist durch Eure planmäßige und energische Arbeit, daß die Massen der proletarischen Frauen das Wahlrecht nachdrücklich verlangen und daß sie reif sind, es im Interesse der Befreiung der Arbeiterschaft zu gebrauchen.

Genossinnen außerhalb Preußens, unterstützt und fördert die Aktion Eurer Schwestern in Preußen, so viel Ihr nur vermögt. Nicht zum wenigsten dadurch, daß Ihr dort, wo es irgendwie möglich ist, die Frage des Frauenwahlrechts zur Erörterung stellt und

für das Frauenwahlrecht energische Propaganda entfaltet. Der Kampf Eurer Schwestern in Preußen ist Euer Kampf. Jeder Zoll breit, den sie auf dem Wege zum Ziel vorwärts dringen, ist Euer Erfolg.

Ottillie Vaader,
Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands.

Genossinnen und Genossen!

Am Sonntag, den 24. November, abends 6 Uhr, findet in Dräseln, Neue Friedrichstr. 85, eine öffentliche Versammlung für Diensthöfen, Aufwärterinnen, Wäsch- und Reinmachefrauen statt.

Frau Agnes Fahrnenwald wird sprechen über: „Unser Kampf gegen die Gefährdung“.

Genossinnen und Genossen, Eure Pflicht ist es, für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Sorgt dafür, daß Eure Töchter, Eure Frauen, Verwandte und Bekannte, so weit sie in Dienst stehen oder Aufwärterinnen, Wäschfrauen usw. sind, die Versammlung besuchen, damit sie sich ihrer Klassenlage bewußt werden und durch Eintritt in die Organisation Protest erheben gegen die Fesseln der Gefährdung. Genossen und Genossinnen! In dieser Woche hat die außerordentliche Frauenkonferenz getagt, sie hat sich mit der Rechtlosigkeit und den Arbeitsverhältnissen der Diensthöfen beschäftigt und die Organisation, sowie den Kampf gegen die Gefährdung propagiert. Legt Hand ans Werk, damit diese Beschlüsse erfüllt werden, zeigt, daß Ihr es seid, die die Verbesserung der Diensthöfen auf allen Gebieten wollt, helft Aufklärung schaffen und alle Diensthöfen, Wäsch- und Reinmachefrauen ihrer Organisation, dem „Bereis für die Interessen der Hausangestellten“ zuführen. Erscheint in dieser Versammlung und agitiert dafür bei den Diensthöfen, Aufwärterinnen, Wäsch- und Reinmachefrauen.

Die Kirche im Dienste der herrschenden Gesellschaft.

Im 6. Wahlkreise hatten unsere Genossinnen am Dienstag eine Volksversammlung veranstaltet, die außerordentlich stark besucht war. Die Versammlung war schon bald nach 8 Uhr wegen zu starkem Andrang abgebrochen. Genosse Adolf Hoffmann referierte über „Kirche, Schule und Familie“. Er zeigte, wie die Volksschule im Dienste der Kirche an der Verdummung des Volkes arbeite, indem sie zifrig Religion lehre und möglichst alle Lehristoffe mit Religion verquide, sowie mit der eindringlichen Ermahnung, daß der Respekt vor den Mächtigen und Herrschenden nicht aufhören dürfe. In den höheren Schulen ist es besser bestellt, da bekommen die Kinder schon eine Ahnung von

den modernen naturwissenschaftlichen Lehren. Kann der Vater aber nicht bezahlen, dann braucht sein Kind notwendig Religion und muß die mosaische Schöpfungsgeschichte glauben. Die Masse muß an ein Paradies im Jenseits glauben, damit das Paradies im Diesseits für die Kinder gesichert werden kann. Glaubt die Masse nicht mehr, dann könnte sie leicht anfangen, zu denken und zu zweifeln, ob die ausgestellten Wechsel auf das Jenseits wohl eingelöst werden! — Unser Streben muß darauf gerichtet sein, den Einfluß der Kirche von der Schule fernzuhalten. Familie und Schule gehören zueinander, aber die Kirche ist das tödliche und schädliche Element dazwischen. Wir haben die heilige Pflicht, unsere Jugend zu schützen, denn in ihr liegt die Zukunft und Hoffnung unseres Volkes. In dieser Richtung haben die Frauen große Aufgaben zu erfüllen. Was die Schule verümt und sündigt, muß in der Familie nachgeholt und gutgemacht werden. Man sage den Kindern nicht etwa, daß ihre Lehrer lügen, sondern man erkläre ihnen ruhig, daß die Lehrer nach einer Vorschrift unterrichten müssen und daß sie ihre Stellungen verlieren würden, wenn sie diese Vorschrift nicht befolgen, und da die Lehrer auch Kinder haben, die Brot essen wollen, könnten sie nicht anders handeln. Man veräume auch nicht, gegen das härteste Bollwerk des herrschenden Systems, gegen den Militarismus, durch eine entsprechende Erziehung der Kinder anzukämpfen. Die Liebe zur Freiheit und zur Wahrheit muß in die Herzen der Kinder gepflanzt werden; dazu sind die Mütter in erster Linie berufen. Als Parteigenossen und Genossinnen müssen wir alle Kräfte daransetzen, die Volksschule zu verbessern und durch unsere Bildungsbestrebungen die bestehenden Lücken auszufüllen.

Eine Diskussion fand nicht statt. Die Vorsitzende, Frau Ratschke, warnte sich an die anwesenden Frauen mit der Ermahnung, sich mehr am öffentlichen Leben zu beteiligen und die Worte des Rebners zu beherzigen. Sie empfahl ferner allen Frauen, die „Gleichheit“ zu abonnieren und schloß mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Montag, den 25. November, 8 1/2 Uhr, Neues Klubhaus, Kommandantenstraße 72: Vortrag, Reichstagsabgeordneter Südekum: „Skizzen aus dem englischen Arbeiterleben“.
Rummelsburg, Donnerstag, den 28. November, 8 1/2 Uhr, bei Tempel, Alt-Forchheim 50: Vortrag, Herr Dr. Gebert: „Die sexuelle Erziehung des Kindes“.

Winter-Joppen

Tausende Exemplare,
Warme Lodenstoffe mit
molligen Futterarten.
Praktische Fassons
mit doppeltem, breitem
Brustüberschlag.

Nur eigene Erzeugnisse!

24.—, 21.—, 18.—, 15.—
13.50, 12.—, 10.—, 7.50

6.— Mk.

Peiz-Joppen

Starke Stoffe, durch-
weg mit Peizfutter
Nur eigene Erzeugnisse!

45.—, 36.—, 27.—, 21.—

15.— Mk.



Winter-Bosen

Tausende Exemplare.
Gute, moderne Stoffe.
Vorzüglicher Schnitt.
Enorm grosse Ab-
wechslung in Mustern.
Nur eigene Erzeugnisse!

15.—, 13.50, 12.—, 11.—, 10.—
9.—, 8.—, 7.—, 6.—, 5.—

4.50 Mk.

Dicke Reise-Mäntel.
Automobil-Mäntel.
Wagen-Wetter-Mäntel.
Winter-Pelerinen.

Vornehme Mass-Anfertigung.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes.

Chausseestrasse 29/30 * 11 Brückenstrasse 11.

Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 32 (Neueste Moden 1907-08) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeninhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Umständen, die wir als sich haltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu Hilfe zu rufen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Dank der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitlöhne an die Arbeiterschaft zu zahlen.

Wir ersuchen daher mit Gegenwärtigem die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabenmoden in Zukunft nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.

Norden:

„Hoffnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.

Alle von dieser Firma in den Handel gebrachten Waren werden zu den von der Organisation festgesetzten Bedingungen hergestellt. Wir empfehlen dieselbe daher ganz besonders.

Baer Sohn, Chausseest. 29/30.

Diese Firma unterhält eine Betriebswerkstätte für 21 Arbeiter und hat die neunstündige Arbeitszeit eingeführt.

D. Perleberg, Chausseest. 68;

„Blitz“, Rosenthalerstr. 9.

„Blitz“, Chausseest. 85.

Diese Firma stellt einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her. Amerikanische Verkaufshallen, Rosenthalerstraße 53.

Osten:

Baer Sohn, Gr. Frankfurterstr. 20.

Haake, Landsbergerstr. 91.

„Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 187.

„Blitz“, Frankfurter Chaussee 19, Lichtenberg.

Amerikanische Verkaufshallen, Frankfurter Allee 186.

Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141, hat veranschaulicht eine Werkstätte für einen geringen Teil Rohschneider eingerichtet.

Süden:

Baer Sohn, Brückenstr. 11.

Eders u. Dyckhoff, Dranienstr. 48.

Geitinger, Deutsche Comp., Dranienstr. 40/41, stellen einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.

Leske u. Lehrer, Kottbuser Damm 78.

Wormann, Kottbuser Damm 77.

„Blitz“, Kottbuser Damm 29/30.

Westen:

„Blitz“, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Eders u. Dyckhoff, Am Dönhofsplatz.

Nachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugesagt:

S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.

Rabich u. Co., Rosenthalerstr. 3.

Philipp Rabich, Rosenthalerstr. 1.

Venhard Baer, Rosenthalerstr. 5.

Sachs, Gr. Frankfurterstr. 132.

Max Schendel, Rosenthalerstr. 8.

Alex Vohne, Landsbergerstr. 79.

Behrend, Grüner Weg 84.

Ringel, Chausseest. 31, Brunnenstr. 47.

Lewy u. Co., Brunnenstr. 50, Wilmersdorferstr. 47.

Vendit, Brunnenstr. 68.

Pittmann, Dranienstr. 2.

Joseph Wandt, Chausseest. 80a.

Th. Jurad, Chausseest. 79.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.
Die Ortsverwaltung.



Kennen Sie schon
Gentner's Veilchen-
Seifenpulver **Goldperle**

„Marke Kaminleger“
mit den prächtigsten Geschenken in jedem Paket!
Bitte machen Sie eine Probe, Sie werden hochbefriedigt sein!
In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.
Vorsicht! Man achte auf den gel. gef. Namen „Goldperle“ und den
Kaminleger Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Weinverkauf, Berlin u. Umg.: Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11. Fernsprechanst. IV, 6266.

13. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterle.

Ziehung vom 21. November 1907, vormittags.
Auf die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

140172 366 454 [500] 55 550 85 75 [3000] 631 706
274 1441105 26 240 271 [1000] 88 [1000] 902 727 800
142201 247 07 418 56 514 704 [1000] 917 143023 30
447 661 149 050 144188 534 507 [1000] 709 807 922

13. Ziehung 5. Kl. 217. Kgl. Preuss. Lotterle.

Ziehung vom 21. November 1907, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

[500] 85 709 21 143110 35 253 80 821 448 723 75 975
[500] 144122 [500] 35 90 209 548 49 757 87 817 15
145079 [500] 105 [1000] 73 215 [3000] 50 232 639 [500]

Verkäufe. Teppiche mit Farbenschildern, Gardinen, Teppichdecken, Herrensträcker, Waalkronen, Nähmaschinen, Möbel, Bettdecken, Kinderbetten, Badzettel, Winterpaletots, Nähmaschinen, Nähmaschinen, Nähmaschinen.

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Gardinen, Stores, Teppiche, Herrensträcker, Waalkronen, Nähmaschinen, Möbel, Bettdecken, Kinderbetten, Badzettel, Winterpaletots, Nähmaschinen.

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Tuch- und Wollwaren, Herrensträcker, Waalkronen, Nähmaschinen, Möbel, Bettdecken, Kinderbetten, Badzettel, Winterpaletots, Nähmaschinen.

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Herrensträcker, Waalkronen, Nähmaschinen, Möbel, Bettdecken, Kinderbetten, Badzettel, Winterpaletots, Nähmaschinen.

Verschiedenes. Fern die Mutter Sprache, Bekleidungs- und Schuhwaren, Herrensträcker, Waalkronen, Nähmaschinen, Möbel, Bettdecken, Kinderbetten, Badzettel, Winterpaletots, Nähmaschinen.

Vermietungen. Loden, Stube, Küche, 700,00, vermietet, Wohnungen, Prachtige Balkonwohnungen, Zimmer, Schlafstellen, Stellengesuche.

Stellenangebote. Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote, Stellenangebote.

Responsible Editor: Hans Weber, Berlin. For the printer: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.